

Unimagazin

Forschungsmagazin der Leibniz Universität Hannover
Ausgabe 01|02 • 2018

11
102
1004

Leibniz
Universität
Hannover



Europa

Vielfältige Geschichte – gemeinsame Identität?

Zukunft mit Energie



Hochspannend

TenneT ist einer der größten Investoren der Energiewende. Wir schließen gigantische Offshore-Windparks an unser Stromnetz an und sind damit federführend in der Umsetzung der Energiewende. Um die neu hinzukommenden Herausforderungen zu meistern, suchen wir kaufmännische und technische Nachwuchskräfte, die sich gerne mit Engagement und Energie neuen Herausforderungen stellen.

TenneT bietet damit vielseitige Arbeitsplätze in einer Branche mit hohem Zukunftspotenzial.

Wir suchen

Nachwuchskräfte mit Persönlichkeit und bieten beste Perspektiven für Hochschulabsolventen und Berufserfahrene (m/w) der Fachrichtungen

- **Elektro-/Energietechnik**
- **Maschinenbau**
- **Wirtschaftsingenieurwesen**
- **Wirtschaftswissenschaften**

Sie haben Freude daran, sich hochspannenden, abwechslungsreichen sowie verantwortungsvollen und herausfordernden Aufgaben in einem wachsenden Unternehmen zu stellen.

Auch wünschen Sie sich ein Arbeitsumfeld, das von Offenheit und gestalterischen Freiräumen geprägt ist, und in dem sich Eigenverantwortung und Teamgeist ergänzen, dann werden Sie Teil unseres Teams und machen mit uns die Energiewende wahr!

Interessiert an hochspannenden Jobs?

Die Stellenangebote unserer verschiedenen Standorte und die Möglichkeit zur Online-Bewerbung finden Sie auf unserer Homepage unter **www.tennet.eu**



TenneT ist einer der führenden Übertragungsnetzbetreiber in Europa. Mit rund 23.000 Kilometern Hoch- und Höchstspannungsleitungen in den Niederlanden und in Deutschland bieten wir 41 Millionen Endverbrauchern rund um die Uhr eine zuverlässige und sichere Stromversorgung. TenneT entwickelt mit rund 4.000 Mitarbeitern als verantwortungsbewusster Vorreiter den nordwesteuropäischen Energiemarkt weiter und integriert im Rahmen der nachhaltigen Energieversorgung vermehrt erneuerbare Energien.

Taking power further

Editorial

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

»In Vielfalt geeint« lautet das Motto der Europäischen Union seit 17 Jahren. Es geht auf die Ursprungsidee eines friedlichen Europas zurück, in dem sich die Europäerinnen und Europäer nach zwei Weltkriegen zusammengeschlossen haben, um sich gemeinsam für Frieden und Wohlstand einzusetzen. Europa soll ein Kontinent sein, in dem die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Sprachen als Bereicherung empfunden werden.

Das neue Unimagazin zeigt einen Ausschnitt aus dieser überwältigenden Vielfalt, die Europa ausmacht, aber auch die aktuellen Probleme: Die Beiträge beginnen mit dem Brexit – dem Austritt Großbritanniens aus der EU – und gehen zum einen der Frage nach, wer für den Brexit gestimmt hat und wer dagegen. Zum anderen steht im Fokus, wie sich die Euro-Skepsis der Briten im Laufe der Jahre entwickelt hat. Ein weiterer Brennpunkt ist das Verhältnis zwischen Europa und den USA nach der Wahl von Donald Trump – hier stehen Ursachen und mögliche Folgen zur Debatte.

Daran anschließend stehen geschichtliche Bezüge im Mittelpunkt: Peter Antes vom Institut für Religionswissenschaft zeigt, dass keine der großen Religionen in Europa entstanden ist, sondern dass sie ihre Wurzeln in Asien haben. Sein Beitrag ist ein vehementer Aufruf zu Toleranz und Dialogbereitschaft. Auch der Blick auf das Geflecht von Beziehungen zwischen Hannover und London im 17. Jahrhundert, die europäische Stadt als historisches Erbe sowie das »Europäische Jahr des Kulturerbes 2018« verdeutlichen, wie wichtig es ist, bei zukünftigen Entwicklungen die Historie Europas miteinzubeziehen.

An einer Universität sind es nicht zuletzt die Studierenden, die entweder nach Hannover kommen oder von Hannover aus ins europäische Ausland gehen, um neue Länder, andere Menschen und Kulturen kennenzulernen. Das Austauschprogramm Erasmus+ feiert mittlerweile 30jähriges Bestehen und zieht Bilanz.

Einzelne Aspekte politischer Entscheidungen wie etwa die digitalen Strategie der EU oder die Entwicklung der Zinssätze in den Euroländern zeigt das Forschungsmagazin ebenfalls.



Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Prof. Dr. Volker Epping

Präsident der

Leibniz Universität Hannover



13. Kautschuk-Herbst-Kolloquium

6.–8. November 2018



Deutsches Institut für Kautschuktechnologie e.V., Hannover

www.dikautschuk.de/khk



Deutsches Institut für Kautschuktechnologie e.V.

30519 Hannover
Eupener Straße 33
Tel: +49 511 84201-16

PR-DIK@DIKautschuk.de

DIK - Kompetenz in Kautschuk und Elastomeren

Das DIK bietet ein breites Forschungs- und Leistungsspektrum

- Werkstoffcharakterisierung
- Neue Materialien
- Werkstoffentwicklung
- Lebensdauervorhersage/Alterung
- Simulation
- Umweltaspekte
- „Leachables“ in Polymerwerkstoffen

Aus- und Weiterbildung



Europa

VIelfÄLTIGE GESCHICHTE – GEMEINSAME IDENTITÄT?

Unimagazin

Forschungsmagazin der
Leibniz Universität Hannover
ISSN 1616-4075

Herausgeber

Das Präsidium der
Leibniz Universität Hannover

Redaktion

Monika Wegener (Leitung),
Dr. Anette Schröder

Anschrift der Redaktion

Leibniz Universität Hannover
Alumnibüro
Welfengarten 1
D-30167 Hannover

Anzeigenverwaltung/Herstellung

ALPHA Informationsgesellschaft mbH
Finkenstr. 10
D-68623 Lampertheim
Telefon: 06206 939-0
Telefax: 06206 939-232
Internet: www.alphapublic.de

Titelabbildung

picture alliance/Westend61

Das Forschungsmagazin Unimagazin
erscheint zweimal im Jahr. Nachdruck
einzelner Artikel, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für den Inhalt der Beiträge sind die
jeweiligen Autoren verantwortlich.

Christiane Lemke

Institut für Politische Wissenschaft

6Der Brexit und Europa

Ursachen und mögliche Folgen

Jana Gohrlich | Rainer Schulze

Englisches Seminar

10»Brexit means Brexit!«

»Or so they say ...«

Christiane Lemke | Jakob Wiedekind

Institut für Politische Wissenschaft

14Transatlantische Turbulenzen

Die Beziehungen zwischen Europa und den
USA nach der Wahl von Donald Trump

Peter Antes

Institut für Religionswissenschaft

18Religiös lebt Europa vom Import

Eine Herkunftsgeschichte

Michaela Hohkamp

Historisches Seminar

22Dem Herrscher nahe sein

Der niedere Adel
im Umkreis der welfischen Herzöge
auf dem englischen Königsthron

Markus Jäger

*Institut für Geschichte und Theorie
der Architektur*

26Die Europäische Stadt

Gewachsenes Erbe – gestaltete Räume

Jörg Schröder

Institut für Entwerfen und Städtebau

30Creative Heritage

Eine Agenda für Regenerative Städte,
Resilienz und territoriale Innovation
im Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018

Rainer Danielzyk | Martin Prominski |

Frank Othengrafen | Kendra Busche

*Institut für Freiraumentwicklung, Institut für
Umweltplanung*

34EMiLA und EuMiTD

Studieren, Planen und Entwerfen im euro-
päischen Kontext

Francesco Ducatelli | Anne Höch

Hochschulbüro für Internationales

38Europa – vom Kontinent zur Identität

Das Austauschprogramm Erasmus+

Bernd Oppermann

*Institut für Deutsches und Europäisches
Privatrecht und Wirtschaftsrecht*

42Internationale Verbindungen in den Rechtswissenschaften

Das ELPIS-Netzwerk

Petra Buck-Heeb

*Institut für Deutsches und Europäisches
Privat- und Wirtschaftsrecht*

44Was Europa mit der Vergabe von Krediten zu tun hat

Das Beispiel Immobilienkauf

Christian Heinze | Michael Nicolai |

Gabriel Prado Ojea

Institut für Rechtsinformatik

48Europa jetzt auch digital?

Die »Digital Single Market«-Strategie
der EU

Philipp Sibbertsen | Michelle Voges |

Christian Leschinski

Institut für Statistik

52Langfristig stabil und im Gleichgewicht?

Ein Blick auf die Entwicklung der Zinssätze
der Euroländer

56Personalien und Preise



LANGUAGE CONNECTS

Erweitern Sie Ihren Horizont!

SPRACHEN LERNEN BEI INLINGUA – IHRE SPRACHSCHULE IN HANNOVER
www.inlingua-hannover.de · Tel.: 0511/32 45 80



Wie viel werde ich wert sein? **Traumjob oder Jobtraum?** Bleibt der Weg mein Ziel? Wie werde ich, was ich sein will? Viel lernen für nichts?

NEUE ZEITEN, NEUE FRAGEN.
Zusammen für neue Antworten: IG Metall.
▶ hochschulinformationsbuero.de



Weil langes statisches Sitzen krank macht!

3D High Tech Sitzsysteme mit patentierter Schwingtechnologie für deutlich weniger Rückenleiden.



BÜRO SYSTEME JÄKEL

30 Jahre Partner der Uni Hannover

www.bsj-gmbh.de

Lilienthalstraße 1 · 30916 Isernhagen · Tel.: 0511 616803-0 · Fax: 0511 616803-17 · E-Mail: info@bsj-gmbh.de





Fertigung
Kazim Akcay

Vertrieb
Lora Benz

Entwicklung
Viktor Bauer

DAMIT SICH ERFINDERGEIST UNBEGRENZT AUSBREITEN KANN.

Hochmoderne Technologien, richtungsweisende Lösungen und internationale Präsenz – dafür steht WAGO. Und für mehr als 8.000 ambitionierte Menschen weltweit, die Innovation zu ihrer Passion gemacht haben und gemeinsam exzellente Arbeit leisten. Als einer der führenden Anbieter von elektrischer Verbindungs- und Automatisierungstechnik bieten wir Ihnen individuelle Entwicklungschancen in einem familiären Umfeld.



Finden Sie in unserem Stellenportal den Job, der zu Ihnen passt.
www.wago.com/karriere



Der Brexit und Europa

URSACHEN UND MÖGLICHE FOLGEN

Die Beziehung zwischen Großbritannien und der EU war von Anfang an ambivalent – auch die britische Mitgliedschaft in der EU war mit Skepsis behaftet. 2016 beschlossen die Briten in einem Referendum, die Europäische Union zu verlassen.

Eine Professorin aus dem Institut für Politische Wissenschaft blickt auf die Folgen des Brexit und die Zukunft Großbritanniens und Europas.



Am 23. Juni 2016 stimmten 51,6 Prozent der Briten in einem Referendum dafür, die Europäische Union (EU) zu verlassen; 48,1 Prozent votierten für den Verbleib in der EU. Die relativ hohe Wahlbeteiligung von 72,2 Prozent zeigte, wie groß das Interesse der Briten an dieser Streitfrage war. Obwohl seit längerem bekannt war, dass in dem Land mit der zweitgrößten Volkswirtschaft der EU starke euroskeptische Positionen vorhanden sind, überraschte, ja schockierte der Ausgang Beobachter inner- und außerhalb Europas. Inzwischen sind die Verhandlungen über den Ausstieg Großbritanniens aus der EU fortgeschritten und es be-

stehen kaum Zweifel, dass das Land am Ende tatsächlich die Union verlassen wird, auch deshalb, weil die EU ihr Interesse an einem zügigen Abschluss der Verhandlungen deutlich unterstrichen hat, um Unsicherheiten zu vermeiden. Zwar ist eine fundamentale Krise in der EU ausgeblieben, dennoch stellt sich die Frage, welche Folgen der Brexit für die EU und Europa insgesamt hat.

Großbritannien und die EU: Eine ambivalente Beziehung

Die britische Mitgliedschaft in der EU war von Anfang an mit Skepsis behaftet. Erst im Jahr

1973 schloss sich das Land der Europäischen Gemeinschaft, dem Vorläufer der EU, an. Die Meinungen in den beiden großen Parteien, den Konservativen und der Labour Partei, waren gespalten. Während die Labour Partei mit Premierminister Harold Wilson den Beitritt vorantrieb, bestanden innerhalb der Partei Vorbehalte, da man einen Rückschritt in den Arbeitnehmerrechten fürchtete. Bei den Konservativen war die EU-Mitgliedschaft unpopulär, aber etliche Abgeordnete befürworteten den Beitritt, darunter auch die junge Margaret Thatcher. Ein nach der Aufnahme in die EG 1975 abgehaltenes Referendum ergab zwar eine deut-

liche Mehrheit von 67 Prozent der Stimmen für die Mitgliedschaft, aber die Motive, der EG beizutreten waren in erster Linie wirtschaftlicher Art. Anders als in den sechs Gründerstaaten der Gemeinschaft stand der Friedensgedanke nicht im Mittelpunkt. Die Vision eines neuen Europas der Völkerverständigung sowie das Bestreben, eine gemeinsame europäische Identität zu

ren Seite des Ärmelkanals, im kontinentalen (West-)Europa waren Politiker über diese Neuorientierung erfreut und die Aufnahme Großbritanniens galt als Stärkung der Idee einer europäischen Integration. Die Gemeinschaft wuchs von sechs auf neun, dann auf zwölf Mitgliedsländer an und erweiterte sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf 28 Mitgliedsländer.

gleich unterstützte sie die weitere Integration mit der Schaffung des Binnenmarktes durch den Vertrag von Maastricht 1992. Die Labour Partei kritisierte diesen Schritt zunächst als neoliberales Wirtschaftsprojekt; Premierminister Tony Blair versuchte dann jedoch ab Ende 1990er Jahre das Land enger an die EU heranzuführen. Währenddessen gewann in der Partei



Abbildung 1
Die Fahne Großbritannien (GB) und die der Europäischen Union (EU)
Foto: picture alliance / empics

Abbildung 2
Dierke Weltatlas, S. 84, Karte Nr. 4, Braunschweig 2018
© Westermann Gruppe

entwickeln, spielten auch in den folgenden Jahren kaum eine Rolle. Vielmehr erfüllte die Mitgliedschaft die Funktion einer Neuorientierung der Außenbeziehungen. Das einstmals bedeutende britische Empire hatte durch das Ende des Kolonialismus politisch, aber auch wirtschaftlich Einbußen erlitten und die britische Ökonomie befand sich in einer Misere. Auf der ande-

Die Beziehungen mit der EU blieben in Großbritannien politisch weiter umstritten, wobei sich die Konfliktlinien im Zeitverlauf zwischen den Parteien verschoben. Mit Margaret Thatcher positionierte sich Großbritannien in den 1980er Jahren als kritisches, aber pro-europäisches Mitglied. Thatcher gelang es, für das Land einige Sonderbedingungen auszuhandeln, zu-

der Konservativen der euroskeptische Flügel immer mehr an Gewicht.

Als eines der größten und wichtigsten Mitgliedsländer der EU hat Großbritannien Kernbereiche der EU mitgeprägt, von der Wirtschaftspolitik über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bis hin zur EU-Erweiterung. Die britischen Vorbehalte blie-

ben jedoch bestehen; so gehört Großbritannien nicht zum Schengen-Raum und es hat den Euro trotz seiner wirtschaftlichen Stärke nicht eingeführt. In anderen Fragen wie der Sozialcharta setzte die britische Regierung eine »opt-out«-Klausel durch und wehrte sich erfolgreich gegen eine tiefere Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Zuspitzung: Wachsender Euroskeptizismus

Die parteipolitische Polarisierung zur Europafrage, welche die britische Politik seit den 1970er Jahren beschäftigte, nahm eine dramatische Wendung durch den zunehmenden Einfluss einer neuen, zunächst recht kleinen Partei, der United Kingdom Independence Party (UKIP). Mit ihrer Forderung des Austritts Großbritanniens aus der EU wurde sie die erste rechtspopulistische Partei des »harten« Euroskeptizismus. Während der Eurokrise gelang es, mehr Unterstützung zu gewinnen und die Partei ging schließlich mit 28 Prozent der Wählerstimmen als stärkste britische Partei aus den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 hervor.

Angesichts des wachsenden Einflusses von UKIP und der Kritik des euroskeptischen Flügels in der eigenen Partei erklärte der konservative Premierminister David Cameron, im Falle seiner Wiederwahl 2015 ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft abhalten zu wollen. Zwar setzten sich Cameron, ebenso wie andere führende Mitglieder seiner Partei, die Labour Partei und die kleineren Liberal Democrats für den Verbleib in der EU ein, aber die Stimmung in der Bevölkerung war gekippt. In der nationalistischen Rhetorik der Rechtspopulisten wurde die EU für Probleme am Arbeitsmarkt sowie die wachsende Zuwanderung verantwortlich gemacht. Auch der Zustrom von Geflüchteten aus den Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens sowie aus Afrika schürte Ängste, obwohl das Land 2015/2016 tatsächlich weniger Asylsuchende aufgenommen hatte als andere Länder.

Der Einfluss der rechtspopulistischen UKIP und ihr Druck auf die anderen Parteien sowie eine hoch emotional geführte Kampagne lieferten einen Schlüssel für den Ausgang des Brexit-Referendums. Zugleich lässt sich feststellen,

dass die lange Tradition euroskeptischer Positionen in den beiden großen Parteien und ihre Ambivalenz gegenüber dem Europaprojekt eine schwungvolle Pro-EU Kampagne erschwerte. Erstaunlicherweise stimmten auch solche Regionen wie zum Beispiel Wales mehrheitlich für den Brexit, obwohl sie von den Strukturhilfen der EU besonders profitiert hatten.

Aus Umfragen nach dem Referendum geht hervor, dass viele Europabefürworter nicht an der Abstimmung teilnahmen; eine Mehrheit der Befragten äußerte sogar den Wunsch nach einem Verbleib in der EU.

Politische Folgen des Brexits

Der Ausgang des Referendums führte zu erheblichen politischen Verwerfungen. Premierminister Cameron und sein Kabinett traten unmittelbar nach dem Referendum zurück und Theresa May übernahm das Amt der Regierungschefin. Nigel Farage, einer der schärfsten EU-Kritiker erklärte, dass er sein Amt als Vorsitzender der UKIP niederlegen würde, da er seine Ziele erreicht habe. Das briti-

Streitpunkte in den Brexit-Verhandlungen

- *Finanzieller Beitrag:* Die EU besteht darauf, dass Großbritannien die finanziellen Verpflichtungen einhält, die es im Rahmen des EU-Finanzrahmens bis 2020 zugesagt hatte. Großbritannien versucht dagegen, finanzielle Verpflichtungen so gering wie möglich zu halten. Über die Höhe der britischen Beiträge gehen die Vorstellungen weit auseinander.
- *Freizügigkeit und Rechte von EU-Bürgern:* Im Brexit-Referendum ist die Gegnerschaft zur Freizügigkeit in der EU deutlich geworden. Großbritannien will zukünftig den Zugang allein bestimmen und die Grenzen schließen. Die EU möchte die Freizügigkeit der EU-Bürger möglichst beibehalten und besteht vor allem darauf, dass die in Großbritannien lebenden rund 3,2 Millionen EU-Bürger ihre Rechte behalten. Umgekehrt sollen auch die in anderen EU-Ländern lebenden britischen Bürger ihre Rechte behalten.
- *Grenzfragen:* Das Ausscheiden aus der EU-Zollunion bedeutet, dass es zwischen der Republik Irland und Nordirland eine harte Grenze mit Zollkontrollen geben müsste. Großbritannien hat bislang nicht dargelegt, wie es das Problem der Grenzkontrollen lösen wird. Irland sowie die EU-Vertreter treten für eine möglichst durchlässige Grenze zwischen beiden Ländern ein, um politische Spannungen zu vermeiden.

sche Pfund stürzte ab und viele Unternehmen und Finanzinstitutionen begannen angesichts der Unsicherheiten über den weiteren Verlauf und die Modalitäten des Austritts, sich in anderen Ländern niederzulassen. Schottland, das mehrheitlich für den Verbleib in der EU votiert hatte, erklärte, dass es sich vorbehalten, ein erneutes Unabhängigkeits-Referendum abzuhalten. In Nordirland, das ebenfalls für den Verbleib in der EU gestimmt hatte, wuchsen Befürchtungen über ein Wiederaufflammen gewalttätiger Auseinandersetzungen, wenn die Grenze zur Republik Irland wieder eine »harte« EU-Außengrenze würde.

Hoffnungen der EU-Befürworter, dass das Oberste Gericht oder eine Abstimmung im Parlament den Brexit stoppen würden, zerschlugen sich in den Folgemonaten. Obwohl sie als Mitglied der Konservativen die EU-Mitgliedschaft befürwortet hatte, erklärte Theresa May nun unmissverständlich, dass sie die Brexit-Verhandlungen konsequent durchführen würde (»Brexit means Brexit«). Bei den für Juni 2017 angesetzten Neuwahlen zur Stärkung ihrer Position verloren die Konservativen allerdings ihre Mehrheit, so dass sie nun mit einer kleinen irischen Regionalpartei zusammen regieren müssen. Im März 2017 stellte die britische Regierung offiziell in Brüssel den Antrag auf Austritt aus der EU. Nach Artikel 50 des Lissabon-Vertrags bleiben damit zwei Jahre bis Großbritannien die EU verlassen muss. Rechtlich ist es zwar möglich, dass diese Frist von der EU verlängert werden kann, aber sowohl die EU als auch Großbritannien favorisieren einen zügigen Abschluss der Verhandlungen.

Die Zukunft Großbritanniens in Europa

Noch ist nicht absehbar, welche längerfristigen wirtschaftlichen Folgen der Brexit für Großbritannien haben wird. Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU-Ländern ist eng und vielfältig. So ist Großbritannien Deutschlands dritt-wichtigster Handelspartner. Mehr als 2500 deutsche Firmen haben Niederlassungen in Großbritannien und schätzungsweise 3000 britische Firmen sind in Deutschland repräsentiert. Die Freizügigkeit von Bürgern innerhalb der EU hat diese Verflechtungen gefördert. Mehr als eine Million britische Bürger leben in anderen europäischen Ländern; rund drei Millionen Bürger aus den mittelosteuropäischen Mitgliedsländern haben sich in Großbritannien niedergelassen. London ist zudem Sitz zentraler Finanzinstitutionen und ein Hauptanteil des weltweiten Eurohandels wird dort abgewickelt. Auch im Wissenschaftsbereich bestehen sehr enge Kooperationen mit britischen Hochschulen.

Die große Krise, die mit dem Brexit-Referendum vorhergesagt wurde, ist allerdings ausgeblieben. Nach wie vor wirkt die EU als Magnet für beitragswillige Länder und selbst Länder wie Polen oder Ungarn streben keinen Austritt aus der EU an, trotz der euroskeptischen Haltung ihrer nationalen Regierungen. Im Gegenteil: Nach der Wahl des Europabefürworters Emmanuel Macron in Frankreich und angesichts der Abkehr der US-amerikanischen Administration von den engen transatlantischen Beziehungen gewinnen die europäischen Bemühungen um eine tiefere Zusammenarbeit zum Beispiel in der Binnenmarktpolitik sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik an Fahrt. Zivilgesellschaftliche Organisationen

wie Pulse of Europe, die Jungen Europäischen Föderalisten und andere Gruppen profilieren sich mit neuen pro-europäischen Aktivitäten.

Die Vorteile, die die britische EU-Mitgliedschaft mit sich gebracht hat, sind unübersehbar. Daher kann davon ausgegangen werden, dass es keine vollständige Entflechtung der Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU geben wird. Für die Neugestaltung gibt es bereits Modelle. Norwegen ist als Mitglied der European Free Trade Association (EFTA) beispielsweise auch im »Europäischen Wirtschaftsraum« verankert; das Land hat das EU-Gemeinschaftsrecht im Binnenmarktrecht umgesetzt und Dreiviertel der EU Richtlinien übernommen; es trat dem Schengen Abkommen zur Freizügigkeit bei und beteiligt sich am Kohäsionsfond der EU, aus dem die neuen Mitgliedsländer unterstützt werden. Auch die Schweiz ist Mitglied des Schengen-Abkommens, wobei hier die Zuwanderung einen Zankapfel zwischen den Parteien bildet. Die Schweiz zog 2016 offiziell ihr 1992 hinterlegtes Beitritts-gesuch zurück, aber sie bleibt wirtschaftlich und rechtlich durch Abkommen eng mit der EU verflochten und zahlt ebenfalls in den Kohäsionsfond ein.

Welchen Weg die Brexit-Verhandlungen weiter gehen werden, ist derzeit offen. Die EU benötigt kreative Kompetenz und visionäres Verhandlungsgeschick, um die Idee der regionalen Integration lebendig zu halten. Stets war die EU dabei nicht nur ein Wirtschaftsverbund, sondern auch eine politische Gemeinschaft, verwoben mit den Lebensgeschicken ihrer Bürgerinnen und Bürger. Daher verdient das Projekt der europäischen Integration weiter aktive gesellschaftliche Unterstützung.



Prof. Christiane Lemke

ist seit 1996 Professorin für Politische Wissenschaft an der Leibniz Universität Hannover und Leiterin des Arbeitsbereichs Internationale Beziehungen und Europapolitik im Institut für Politische Wissenschaft der LUH. Von 2000 bis 2010 war sie Sprecherin der AG »European Studies« und Mitverantwortlich für das Jean Monnet European Center of Excellence der Universität. Von 2010 bis 2014 besetzte sie den Max Weber Lehrstuhl für deutsche und europäische Politik an der New York University. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Theorien internationaler Beziehungen; transatlantische Beziehungen und US-Wahlen; EU- und Europaforschung. Kontakt: lemke@ipw.uni-hannover.de

»Brexit means Brexit!«

»OR SO THEY SAY ...«

»Großbritannien tritt aus der EU aus.« Diese Nachricht erreichte im Frühjahr 2016 die Öffentlichkeit und sorgte für Aufruhr.

Eine Literaturwissenschaftlerin und ein Sprachwissenschaftler erläutern, warum das Ergebnis des Referendums zum Verbleib in oder Austritt Großbritanniens aus der EU aus kontinentaleuropäischer Sicht keine Überraschung ist und wie es sich erklären lässt.



Es ist der 29. März 2017: das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland teilt dem Europäischen Rat seine Austrittsabsicht aus der EU mit. Ob dieses Austrittsgesuch in einen *soft* oder *hard Brexit* mündet, ist derzeit noch unklar. Vieles deutet allerdings bereits jetzt darauf hin, dass das Vereinigte Königreich und die Mitgliedsstaaten der EU sich auf unruhige Zeiten und kaum überschaubare Konsequenzen der schon vor langer Zeit forcierten Abspaltungsbestrebungen werden einrichten müssen.

Sezessionen, in diesem Fall ermöglicht durch einen 2009

in Lissabon vertraglich geregelten Austrittsmechanismus, sind jedoch kein neues Phänomen, wie die kanadische Provinz Québec in den 1990er Jahren, die Volksabstimmung in Schottland 2014 oder die aktuelle Situation in Katalonien oder Norditalien belegen. Allen gemeinsam ist der Wunsch, sich aus größeren Einheiten zu lösen, wobei sich das britische »Modell der Entfremdung« hinsichtlich verschiedener Aspekte von den anderen unterscheidet. Diese Aspekte erklären, warum die Ergebnisse des Referendums vom 23. Juni 2016 für viele Beobachter zwar irritierend, wenn nicht sogar schockie-

rend waren, aus kontinentaleuropäischer Sicht aber nicht überraschend sind.

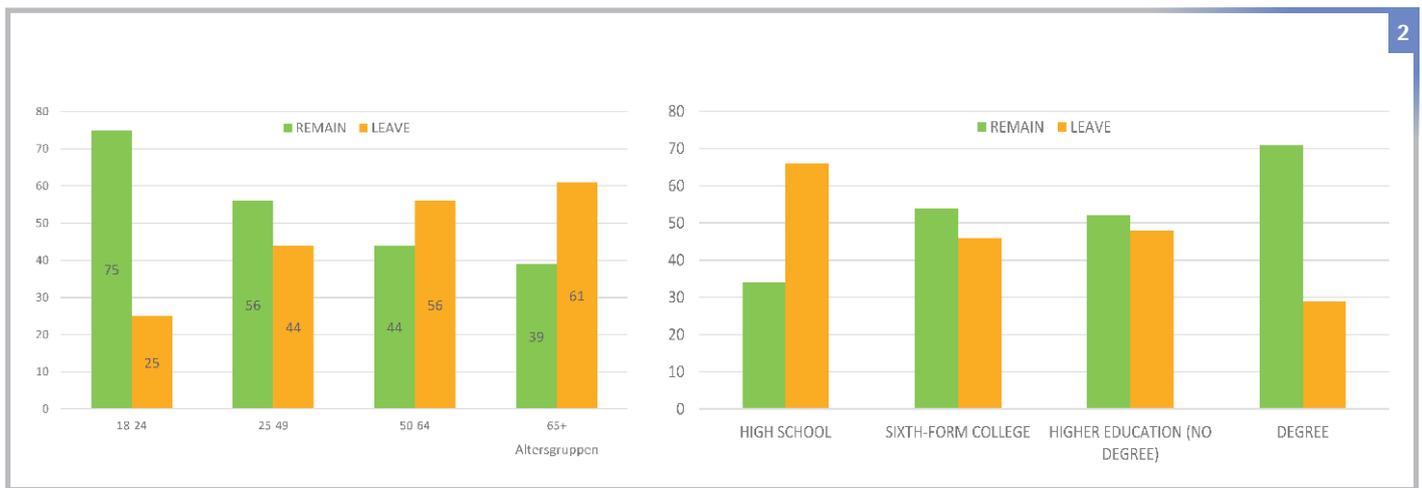
Die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs im europäischen Staatenverbund seit 1973 war zu keiner Zeit unproblematisch. Das von Jean Monnet und Robert Schuman konzipierte europäische Integrationsmodell, das in den letzten Jahren zunehmend eine neoliberale Wirtschaftspolitik betrieb, traf auf der »Insel« nicht immer auf ungeteilte Zustimmung, kollidierte die Vorstellung von europäischer Integration doch mit der britischen Vorstellung einer von London dominierten anglo-

phonen Einflussosphäre. Eine politisch-wirtschaftliche Annäherung an das kontinentaleuropäische Gegenüber war für das Vereinigte Königreich immer nur insofern von Interesse und Bedeutung, als es von dem mitteleuropäischen Staatenverbund ökonomisch profitieren konnte. Der auf dem Festland verbreitete Gedanke einer immer weiter ausbaufähigen Union in vielen Bereichen (zum Beispiel Wirt-

als sie hinsichtlich der finanziellen Mittel, die das Vereinigte Königreich zum Haushalt der EU beisteuern musste, geltend machte, dass der britische Mitgliedsbeitrag zur EU die Summe an Agrarsubventionen sowie Struktur- und Kohäsionsmitteln überstieg. Berühmt wurde 1984 ihr Ausspruch »I want my money back«, mit dem sie, wie alle ihr nachfolgenden Premierminister, Sonderrechte bei der Bei-

oder *Mail Online*, anders als die liberal gesinnten Zeitungen *The Guardian*, *The Independent* oder die der Labourpartei zugewandte *Daily Mirror*, dass britische Steuerzahler über Gebühr beansprucht würden. Angeblich zahlten sie für nicht-britische Konzerne, unzuverlässige »Südländer« wie Spanien, Italien oder Griechenland (*Grexit* übrigens als Wortbildungsvorlage für *Brexit*) sowie für korrupte, un-

Abbildung 1
Ein Pro-Brexit-Anhänger inmitten einer Demonstration vor dem Parlament in London im Jahr 2016
Foto: picture alliance / NurPhoto



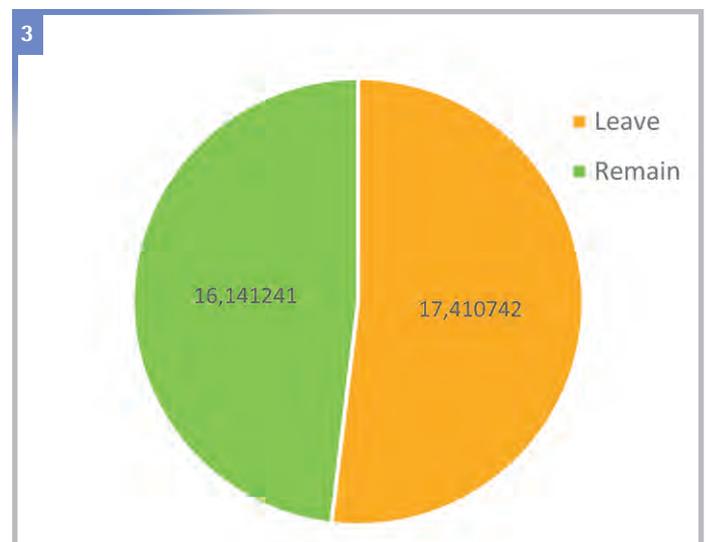
schaft, Justiz, Zölle, Universitätsausbildung) traf und trifft auf der Insel auf Vorstellungen, die immer die Wahrung staatlicher – soll heißen britischer – Souveränität in den Mittelpunkt stellen. Diese Diskrepanz in den Vorstellungen wirkt wie ein bitter-ironischer Widerschein des *Mind the gap* [zwischen Zug und Bahnsteigkante] der Londoner U-Bahnansage. Sie wurde und wird von der politischen EU-Führung stillschweigend hingenommen mit dem Ergebnis, dass die gemeinsam mit der Aufnahme der Republik Irland und Dänemark erfolgte Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft 1973 gleichzeitig zu einer mitunter erheblichen Belastung der euro-britischen Beziehungen führte. Einer Vertiefung europäischer Integration stand zum Beispiel bereits Margaret Thatcher kritisch gegenüber,

tragsbemessung erstritt. Mit der späteren Entscheidung, nicht der europäischen Währungsunion beizutreten, wurde zugleich das britische Autonomiebestreben gegenüber Brüssel sowie Frankfurt als Sitz der EZB bestärkt; dass das spätere Schengen-Abkommen auch ohne britische Teilnahme geschlossen werden musste, verwundert in diesem Zusammenhang wenig.

Die ausgeprägt selektive Teilnahme am kontinentaleuropäischen Integrationsprojekt rückte 2013 erneut in den Fokus, als David Cameron zur Befriedung der eigenen Partei- und Wählerklientel ein Referendum zum Verbleib in der EU in Aussicht stellte. Zwischenzeitlich behaupteten vor allem die den Konservativen nahestehenden Printmedien wie *The Daily Telegraph*, *Daily Mail*, *Daily Express*, *The Sun*

fähige und verschwundensüchtige Politiker in den europäischen Institutionen, ohne dafür entsprechende Gegenleistungen zu erhalten. Seinen plakativen Ausdruck fand die bewusst erzeugte europafeindliche Stimmung in der

Abbildungen 2 und 3
EU Referendum: nach Alter und nach Bildungsgrad
EU Referendum: Gesamtverteilung



Aufschrift auf dem von Boris Johnson gecharterten Tourbus: »We send the EU £50 million a day – let's fund our NHS [das staatliche Gesundheitssystem] instead« mit dem Zusatz »Let's take back control«.

Diese Behauptung ist extrem suggestiv, wenn man bedenkt, dass alle britischen Regierungen seit Margaret Thatcher, die 1979 die Amtsgeschäfte

le Sicherheit und (besonders auf lokaler Ebene) politische Teilhabe bot. Parallel dazu ist Thatchers dezidiert neoliberale Politik verantwortlich für die Deindustrialisierung ganzer Regionen in Zentral- und Nordengland sowie in Südwales, die Großbritannien im 19. Jahrhundert zur »Werkstatt der Welt« gemacht hatten. Die gut organisierte Arbeiterschaft dieser Regionen verlor nicht nur ihre Arbeitsplätze,

einer neoliberalen Haushaltspolitik die öffentlichen Ausgaben ausgesprochen drastisch beschnitten, was gesteigerte soziale Ungleichheit, Wohnungsnot sowie Notstand in Bildung und Medizin zur Folge hat. Die von Thatcher über Blairs *New Labour* bis heute geförderte Medien-, Dienstleistungs- und Finanzwirtschaft, symbolisiert durch die Londoner Bankenwelt, brachte bürgerlich-urbanen Schichten gleichzeitig deutliche finanzielle und kulturelle Gewinne. Diese Schichten stimmten in der Mehrheit für den Verbleib in der EU, deren Vorzüge die Grundlage ihres Erfolgs bilden. Auf der anderen Seite des Brexit-Spektrums schürten die *United Kingdom Independent Party* (UKIP) sowie die konservativ ausgerichteten Massenmedien die Angst der sozial Benachteiligten vor den sich nach Europa rettenden Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan, Eritrea und Nordafrika, die angeblich auch den britischen Sozialstaat bedrohen würden.

Angesichts dieser Entwicklungen ist das Ergebnis der Abstimmung durchaus folgerichtig: Seit dem frühen Morgen des 24. Juni 2016 ist klar, dass 17.410.742 (51,9 Prozent) Wahlberechtigte für den Austritt des Vereinigten Königreichs sowie 16.141.241 (48,1 Prozent) für dessen Verbleib in der EU gestimmt haben, und dies bei einer Beteiligung von 72,21 Prozent. Bei genauerer Betrachtung erkennt man jedoch, dass der Brexit ein englisch-walisches Phänomen deindustrialisierter Regionen ist; dass die Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen mehrheitlich mit 75 Prozent für den Verbleib votiert hat; dass bei den 50- bis 64-Jährigen immerhin noch eine Zustimmung von 44 Prozent auszumachen ist, aber nur noch 39 Prozent der Rentner und Pensionäre für die Zugehörigkeit Großbritanniens zur EU



Abbildung 4
Eine »Stop-Brexit« Demonstration in Manchester
Foto: picture alliance / Pacific Press Agency

übernommen hatte, die öffentlichen Ausgaben reduziert und so den Wohlfahrtsstaat ausgehöhlt haben, der in der Nachkriegszeit den ärmeren Bevölkerungsschichten sozia-

sondern büßte auch ihre schlagkräftigen Gewerkschaften ein, deren Aktionsradius die Konservativen durch harsche Gesetze einschränkten. Seit 2010 werden im Rahmen

Universitäten

Der Austritt aus der EU hat nach jetzigem Kenntnisstand auch unmittelbare ökonomische Auswirkungen auf den akademischen Austausch von Studierenden und Lehrenden: Pam Tatlow, Sprecherin der MillionPlus Group: »EU students are worth over £2bn to the UK economy.« Nach offiziellen Zahlen des britischen Rats für internationale Studienangelegenheiten (UKCISA) waren im akademischen Jahr 2014/2015 436.585 ausländische Studierende eingeschrieben, 19 Prozent der gesamten Studentenschaft. Davon kommen derzeit wiederum 127.000 aus der Europäischen Union.

stimmten. Ein letzter Blick noch auf die Wahlbeteiligung der jüngsten und ältesten Alterskohorte: die jüngste Kohorte kommt auf eine Wahlbeteiligung von 36 Prozent, die älteste auf 83 Prozent. Dass Wahlverhalten auch mit dem Parameter ›Bildung‹ korreliert, zeigen die Zahlen zu Wählern mit *High School*-Abschluss (66 Prozent für *leave*), mit *Sixth Form College*-Abschluss (dem deutschen Abitur vergleichbar: 54 Prozent für *remain*) oder Universitätsabschluss (77 Prozent für *remain*) (alle Zahlen aus *Busquets Guàrdia* 2016). Schon gleich nach der Abstimmung hatten die liberalen Medien wie der *Guardian* das Problem auf den Punkt gebracht. Das Blatt zitierte einen Einwohner Manchesters, der einst bedeutenden Industriestadt, mit den Worten: »If you've got money, you vote in. If you haven't got money, you vote out.« So stehen die der Arbeiterschicht entstammenden Austritt-Befürworter den bürgerlichen Wählern gegenüber, die sich für den Verbleib Großbritanniens ausgesprochen haben. Diese Spaltung der Nation durchzieht auch deren etablierte Parteien wie die Konservativen und *Labour*, wobei letztere 2017 mit 40 Prozent der Stimmen das beste Wahlergebnis seit 2001 erzielen konnte. Die Mitglieder der jeweiligen politischen Flügel streiten nun über die Ausgestaltung des Brexit: Seit Ende Januar wird das entsprechende Gesetz im britischen Oberhaus debattiert, das sicher einige Änderungen fordern,

die Verabschiedung aber nicht gefährden wird.

»Brexit means Brexit!« Or so they say: Was bringt die Zukunft? Was wird aus den Hoffnungen der sozial Benachteiligten und derjenigen, die sich benachteiligt fühlen, die es mit ihrem Protestvotum immerhin geschafft haben, die Aufmerksamkeit der Politiker auf sich zu ziehen? Sind sie wirklich nur »turkeys voting for Christmas«, das heißt Puten, die sich freiwillig als Weihnachtsbraten melden, wie es konservative Medien verächtlich nahelegen? *Exit* heißt Austritt und Weggang, aber woraus? Aus einer tief gespaltenen Gesellschaft oder nur aus einem, allerdings sehr umfangreichen und komplexen juristischen Regelwerk? Unter diesem Aspekt könnte das Vereinigte Königreich den Status eines ›Norwegen Plus‹ mit vollem Zugang zum EU-Binnenmarkt erhalten, ohne allerdings volle Freizügigkeit zu gewähren. Hier jedoch ist die Position der EU bisher unnachgiebig, denn sie will das Paket bestehend aus ›freiem Verkehr von Waren‹, ›Kapital‹, ›Personen‹ und ›Dienstleistungen‹ beibehalten. Was geschieht mit der irischen Insel: Wird die Außengrenze der EU durch Irland verlaufen und dessen mühsam errungene innere Stabilität gefährden? Was wird aus Schottland, das, ebenso wie Nordirland und London, für den Verbleib in der EU gestimmt hat? Wie verhält sich dieses Ergebnis zum harten Austritt Großbritan-



Prof. Dr. Jana Gohrisch

Jahrgang 1962, ist seit 2006 Professorin für Englische Literaturwissenschaft/New English Literatures an der Leibniz Universität Hannover. In der Lehre vertritt sie das Fach Anglistik in ganzer Breite, d.h. von Shakespeare bis ins 21. Jahrhundert; in der Forschung arbeitet und veröffentlicht sie zu britischen Literaturen und Kulturen seit dem 19. Jahrhundert sowie zu aktueller Migrationsliteratur, zu Literaturen aus West- und Südafrika und der Karibik. Kontakt: jana.gohrisch@engsem.uni-hannover.de



Prof. Dr. Rainer Schulze

Jahrgang 1952, ist seit 1994 Professor für Englische Sprachwissenschaft an der Leibniz Universität Hannover. Forschungs-, Arbeits- sowie Lehrschwerpunkte umfassen linguistische Pragmatik, Konversations- und Diskursanalyse, lexikalische Semantik, kognitive Linguistik mit einem starken Fokus auf Sprache in der Verwendung. Das derzeitige Hauptaugenmerk liegt auf der quantitativen und qualitativen Beschreibung und Analyse von Sprachgebrauchsmustern vor dem Hintergrund unterschiedlicher forschungsmethodischer Ansätze. Kontakt: rainer.schulze@engsem.uni-hannover.de

niens aus dem europäischen Wirtschaftsraum und der Zollunion, den die Regierung und die sie stützende, ultrakonservative nordirische *Democratic Ulster Party* (DUP) verfechten? Und abschließend: Was wird aus dem Ideal einer offenen Gesellschaft mit gerechter Verteilung des allgemeinen Wohlstands, wenn Großbritannien sich von Europa trennt?

Verweise

- *Busquets Guàrdia, A.* (2016). How Brexit Vote Broke Down. <http://www.politico.eu/article/graphics-how-the-uk-voted-eu-referendum-brexit-demographics-age-education-party-london-final-results/>
- Zugriff: 28.01.2018



Deutsch für die Uni Abendkurse Deutsch Deutsch für Mediziner

ISK | Lützwowstraße 7 | 30159 Hannover
05 11 . 12 35 63 60 | www.isk-hannover.de



Transatlantische Turbulenzen

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN EUROPA UND DEN USA

NACH DER WAHL VON DONALD TRUMP

Die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsident der USA hat in Deutschland und Europa für heftige Reaktionen gesorgt. Wie sieht es nun ein Jahr nach der Amtseinführung Trumps aus? Eine Professorin und ein Wissenschaftler vom Institut für Politische Wissenschaft beschreiben die Deutungen und Positionen verschiedener europäischen Regierungen und gehen der Frage nach, ob die transatlantischen Beziehungen in Gefahr sind.

Die transatlantischen Beziehungen galten bislang als Eckpfeiler der europäischen Außenpolitik. Aufgrund der historischen Verbindungen durch Migration, Sprache und Kultur standen sich die USA und Europa stets nahe; der Begriff der »Wertegemeinschaft« drückt diese tiefe Verbindung aus. Auf den Gebieten der Sicherheit und der Wirtschaft wurden die Beziehungen nach Ende des 2. Weltkriegs besonders eng. Auch im Forschungsbereich arbeiten amerikanische und europäische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eng zusammen. Europa wurde die wichtigste Handelsregion für die USA und europäische Länder sind wirtschaftlich stark in den USA vertreten. Dies gilt insbesondere für Deutschland; Firmen wie BMW, Daimler, Siemens oder VW haben in den USA Produktionsstätten aufgebaut, amerikanische Industrie- und Handelskammern haben eigene Sektionen für deutsch-amerikanische Beziehungen eingerichtet. Allein im Bundesstaat North Carolina, der mit 10 Millionen Einwohnern zu den mittelgroßen Staaten der USA zählt, sind mehr als 200 deutsche Unternehmen vertreten.

Nach der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsident der USA sind diese engen transatlantischen Beziehungen in Turbulenzen geraten. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit stellte der US-Präsident das NATO-Bündnis in Frage, kriti-



sierte Deutschland wegen des hohen Außenhandelsüberschusses und kündigte an, das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP mit der EU nicht abzuschließen. Der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen unterstrich die Ablehnung internationaler Verträge ebenso wie die Androhung, das mit den Europäern zusammen verhandelte Iran-Abkommen aufzukündigen. Die nationalistische Wende in der Außenpolitik unter dem Motto »America First« löste in der EU tiefe Besorgnis aus. Schärfere Einreisebestimmungen, ein neuer wirtschaftlicher Protektionismus, Strafzölle und eine konfrontative Rhetorik in sicherheitspolitischen Fragen sind hinreichende Indikatoren für eine Wende in der amerikanischen Außenpolitik, die auch die transatlantischen Beziehungen nachhaltig beeinflusst.

In der deutschen Debatte fällt die Kritik an der neuen amerikanischen Außenpolitik besonders scharf aus. Bereits kurz nach der Wahl ergab eine empirische Untersuchung der Körber-Stiftung im November 2016, dass die Befragten die Beziehungen zu den USA als die wichtigste Herausforderung für die deutsche Außenpolitik identifizieren.¹

Ein Jahr nach Amtseinführung von Donald Trump sind die Meinungen gespalten: Während einige Kommentatoren annehmen, dass die polarisierende Rhetorik des US-Präsidenten den strukturellen Verflechtungen der engen transatlantischen Beziehungen substanziiell nicht schaden wird und bislang nur wenige der angekündigten Ziele umgesetzt wurden, wird die Trump-Präsidentschaft von anderen als Desaster und als

Ende der liberalen Weltordnung begriffen. Einigkeit herrscht dagegen in der Feststellung, dass den transatlantischen Beziehungen schwierige Zeiten bevorstehen und dass sie sich mit einer hohen Verunsicherung konfrontiert sehen. Die Erwartungsverlässlichkeit, die das Verhältnis zwischen Europa und den USA über viele Jahrzehnte geprägt hat, ist zu Ende.

Historisch waren die USA stets Projektionsfläche für unterschiedliche Vorstellungen und Konzepte, die die Europäer mit der modernen Welt verbunden haben. Die wirtschaftliche Globalisierung und die Herausbildung einer multipolaren Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben auch die Wahrnehmungen der USA und ihrer hegemonialen Rolle verändert. Europäische Positionen zu entschlüsseln und Deutungsmuster transatlantischer Beziehungen jenseits der Tagespolitik auf ihre politische, kulturelle und historische Fundierung zu befragen, ist wissenschaftlich eine reizvolle Aufgabe. Einerseits bekennen sich die USA und Europa gleichermaßen zur westlichen Wertegemeinschaft; andererseits zeigen sich bei konkreten Herausforderungen unterschiedliche Normvorstellungen und Präferenzmuster. Die aus diesem Spannungsverhältnis zwischen Wertegemeinschaft und Normkonflikten entstehenden Problemstellungen werden in Forschungsprojekten im Institut für Politische Wissenschaft weiter verfolgt und untersucht, häufig in Kooperation mit US-amerikanischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Dabei zeigt sich, dass die transatlantischen Beziehungen auch jenseits politischer Rhetorik und Polarisierung in konkreten Projekten durch eine genauere Beschäftigung mit dem jeweils anderen Land gestaltet

werden, so wie dies in einem jüngst abgeschlossenen Projekt über deliberative Diplomatie gezeigt wird.²

Die neue Phase der amerikanischen Außenpolitik wird von der bundesdeutschen Politik als Umbruch wahrgenommen. In diese Richtung geht beispielsweise die Aussage von Kanzlerin Angela Merkel nach dem G7-Gipfel in Taormina 2017 mit Blick auf ihr Zusammentreffen mit Präsident Trump: »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei.«³ Doch wie sieht es in anderen Ländern aus? Sind alle europäischen Regierungen so skeptisch bis ablehnend und sind die transatlantischen Beziehungen grundsätzlich in Gefahr?

Der *German Marshall Fund of the United States*, der sich über viele Jahrzehnte mit den transatlantischen Beziehungen befasst hat, kommt anlässlich des ersten Jahrestages nach der Amtsübernahme von Donald Trump zu einer differenzierten Einschätzung.⁴ Das Ergebnis von Analysen aus verschiedenen europäischen Ländern zeigt die Vielschichtigkeit der Deutungen und Positionen. Die französisch-amerikanischen Beziehungen gelten als besonders eng; immerhin gibt es historisch weit zurückreichende Verbindungen. Frankreich hat sich stets als enger Verbündeter der USA gesehen, mit Ausnahme des Irakkriegs 2003, an dem sich Frankreich, ebenso wie Deutschland militärisch nicht beteiligte. Wie der *German Marshall Fund* ausführt, hat der französische Präsident Emmanuel Macron nach dem Regierungswechsel in Washington die Gelegenheit ergriffen, ein pragmatisches und konstruktives Verhältnis zum amerikanischen Präsidenten aufzubauen und vor allem in der Sicherheitspolitik und bei der Terrorismus-

bekämpfung die Nähe der USA zu suchen. In wichtigen internationalen Fragen, wie dem Klimaabkommen, dem Nuklear-Abkommen mit dem Iran und den Beziehungen zu Russland versucht die französische Regierung eine Mittlerposition einzunehmen. Dies bringt Frankreich in eine diplomatisch herausfordernde Position, denn in Konfliktsituationen hat auch Frank-



reich bei Entscheidungsalternativen innergesellschaftliche Konstellationen zu berücksichtigen.

In Italien hat sich die anfängliche Skepsis ebenfalls in pragmatisches Vorgehen gewandelt. Übereinstimmung besteht ohnehin im Ziel der Terrorbekämpfung. So hat Italien zum Beispiel das zweitgrößte Truppenkontingent nach Irak und Afghanistan gesandt. Wirtschaftlich hat sich in den Beziehungen nicht viel verändert, obwohl die USA der zweitgrößte Markt für italienische Produkte sind; eine amerikanische Wende zum Protektionismus würde Italien vermutlich trotzdem weniger hart treffen als Deutschland mit seinem hohen Exportvolumen in die USA. Allerdings wird auch in Italien die veränderte Rhetorik über die amerikanische

Abbildung 1
US-Präsident Donald Trump (rechts) im Gespräch mit dem Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk
Foto: picture alliance/ZUMA Press

Abbildung 2
America First
Quelle: picture alliance/dieKLEINERT.de/
Markus Grolik



Prof. Christiane Lemke

ist seit 1996 Professorin für Politische Wissenschaft an der Leibniz Universität Hannover und Leiterin des Arbeitsbereichs Internationale Beziehungen und Europapolitik im Institut für Politische Wissenschaft der LUH. Von 2000 bis 2010 war sie Sprecherin der AG »European Studies« und Mitverantwortlich für das Jean Monnet European Center of Excellence der Universität. Von 2010 bis 2014 besetzte sie den Max Weber Lehrstuhl für deutsche und europäische Politik an der New York University. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Theorien internationaler Beziehungen; transatlantische Beziehungen und US-Wahlen; EU- und Europaforschung. Kontakt: lemke@ipw.uni-hannover.de



Jakob Wiedekind, M.A.

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand im Arbeitsbereich Internationale Beziehungen im Institut für Politische Wissenschaft bei Prof. Dr. Christiane Lemke und arbeitet an einer Dissertation über die außenpolitischen Entscheidungsprozesse in den USA. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Transatlantische Beziehungen und Außenpolitikanalyse. Kontakt: j.wiedekind@ipw.uni-hannover.de

Sicherheitsstrategie kritisch verfolgt und eine im März 2018 neu gewählte italienische Regierung könnte auch in der europäischen Transatlantik-Politik andere Akzente setzen.

Interessant ist die Perspektive Polens auf die neue amerikanische Politik. Sie wird viel positiver gesehen, als in anderen europäischen Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien. Das liegt zum einen daran, dass Polen auf die Sicherheitsgarantien durch die NATO fokussiert ist und das amerikanische Konzept der Sicherheit durch militärische Stärke unterstützt. Polen hat seine Militärausgaben seit 2014 ständig erhöht, denn historische Erfahrungen haben dazu geführt, militärische Stärke zu schätzen, insbesondere als Absicherung gegen ein starkes Russland. Die amerikanische Regierung ihrerseits hat trotz der Twitter-Rhetorik des US-Präsidenten über die NATO (»obsolet«)

wichtige verteidigungspolitische Vereinbarungen zur Verstärkung der Ostgrenze, die teilweise schon von der Obama-Administration getroffen worden sind, umgesetzt. Zum anderen bestehen politische Affinitäten zwischen der rechtsnationalen PiS-Regierung in Warschau und dem nationalistischen Kurs der Trump-Administration. Beide lehnen beispielsweise Einwanderung ab und positionieren sich kritisch gegenüber muslimischen Ländern und dem Islam. Allerdings verfolgt auch die Warschauer Regierung aufmerksam, wie sich die amerikanische Politik weiterentwickelt.

Die unterschiedlichen Perspektiven auf die transatlantischen Beziehungen zeigen, dass es nicht leicht ist, von einer einheitlichen europäischen Position gegenüber den USA zu sprechen, auch wenn sich die EU nun bemüht, ein eigenes gemeinschaftliches Profil zu schärfen. Sicherheitspolitische Überlegungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie die geopolitische Lage und die historischen Erfahrungen; mit Blick auf Deutschland ist vor allem auch die Intensität wirtschaftlicher Beziehungen von nachdrücklicher Bedeutung.

Während die EU-Kommission in Brüssel zunächst bestürzt auf die US-Wahl reagierte, da sie fürchtete, dass die USA ihre Sicherheitsgarantien für Europa aufheben und engere Beziehung zu Russland suchen würde, versucht sie nunmehr, die Kontinuität in den Beziehungen, die sich über jahrzehntelange Kontakte gefestigt hat, fortzusetzen. Allerdings stößt dies auf institutionelle Grenzen, da bislang immer noch etwa ein Drittel aller Positionen im amerikanischen Außenministerium (*State Department*) unbesetzt sind und auch Ansprechpartner im

Handelsministerium und anderen Behörden fehlen. Die Androhung von Strafzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte durch die amerikanische Regierung im März 2018 löst ebenfalls tiefe Besorgnis in Brüssel aus.

Daher besteht eine andauernde Ungewissheit inwieweit die bisherige Stabilität in den diplomatischen Beziehungen aufrechterhalten werden kann. Allerdings zeigen neuere Studien auch, dass sich das Spektrum, in dem sich transatlantische Beziehungen entwickeln, deutlich erweitert hat. Nicht nur die leichtere Kommunikation über soziale Medien, sondern auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Wissenschaftskooperationen sind in der komplexen und globalisierten Welt notwendig, um die Vision einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft mit Leben zu füllen. Hier ergibt sich für Europa und insbesondere die EU die Chance, noch entschlossener und aktiver für die liberale Weltordnung einzustehen.

Verweise

- https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/handlungsfeld_internationale-verstaendigung/sonderthemen/umfrage_aussenpolitik/2016/Koerber-Stiftung_Umfrage-Aussenpolitik-2016_charts.pdf (aufgerufen am 13.03.2018)
- Vgl. Svea Burmester (2017). *Deliberative Democracy. Performing Democracy Beyond Borders. An Analysis of the American Embassy's Going Green Project*, Dissertation Philosophische Fakultät der Leibniz Universität Hannover, eingereicht im Dezember 2017.
- www.zeit.de/2017/23/angela-merkel-rhetorik-deutschland-usa (aufgerufen am 13.03.2018)
- »One Year of President Trump: Views from Around the World«, The German Marshall Fund of the United States, Policy Brief Nr. 005/2018 <http://www.gmfus.org/publications/one-year-president-trump-views-around-world> (aufgerufen am 13.03.2018).

WWW.STARTING-BUSINESS.DE

TRÄUMEN ODER MACHEN?

JETZT EIGENES **STARTUP** GRÜNDEN
UND FÖRDERUNG SICHERN!

Bist Du fit für Europa?

Hol Dir bei uns Informationen über die Europäische Union, Studienaufenthalte, Praktika und Arbeiten im EU-Ausland.

Es ist Dein Europa! Mach Dich schlau und misch Dich ein!



Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Europäisches Informations-Zentrum Niedersachsen

Aegidientorplatz 4 - 30159 Hannover

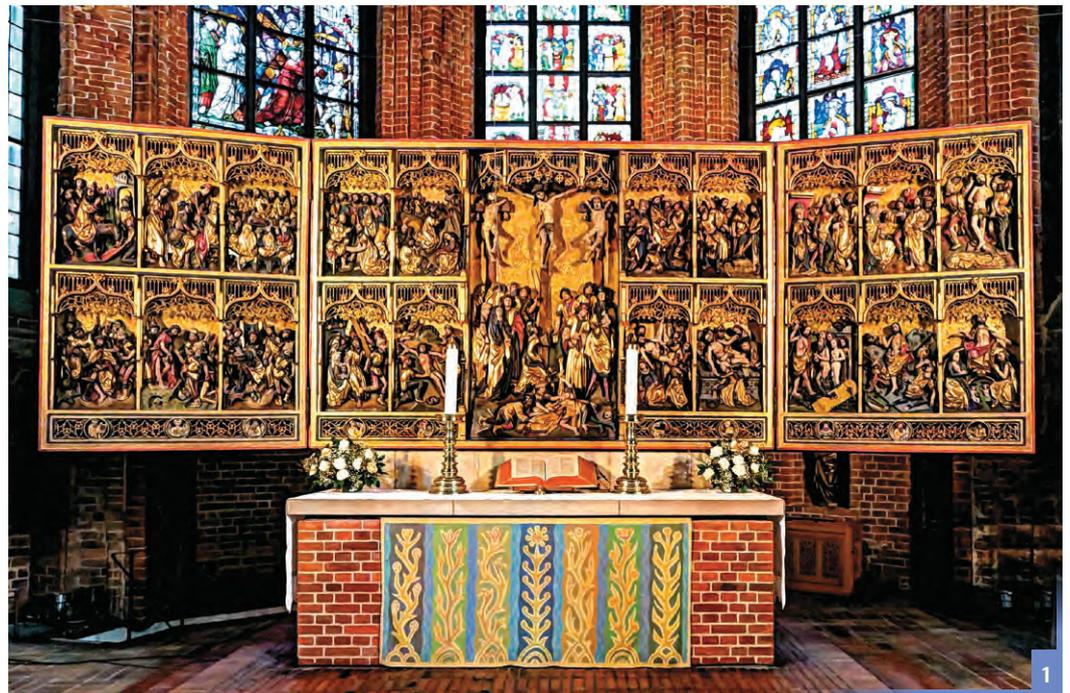
Telefon: 0511 / 120 - 8888 - E-Mail: eiz@mb.niedersachsen.de

Internet: www.eiz-niedersachsen.de - www.eiz.eu

Religiös lebt Europa vom Import

EINE HERKUNFTSGESCHICHTE

Weder das Christentum noch das Judentum haben ihren Ursprung in Europa. Vielmehr stammen die dominierenden Religionen Europas aus Asien. Ein Religionswissenschaftler erläutert die Hintergründe und plädiert dafür, im Dialog die Rahmenbedingungen für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Europa auszuhandeln und verbindlich durchzusetzen.



Viele Deutsche vertreten die Meinung, der Islam sei eine ganz andere Kultur, er gehöre deshalb nicht zu Europa. Anders sei dies doch beim Christlichen Abendland oder dem jüdisch-christlichen Erbe Europas, eine Meinung, die sich so heute wissenschaftlich nicht mehr halten lässt.¹ Richtig ist vielmehr, dass Judentum und Christentum seit langem in Europa heimisch geworden sind, nur selten ist der Islam vor dem Christentum – wie etwa im historischen Großreich Litauen – da gewesen. In anderen Ländern haben Schlachten die religiöse Landschaft bestimmt. Wenn die Schlacht von Tours und

Poitiers 732 zugunsten der Muslime ausgegangen wäre, wären vielleicht Frankreich und andere westeuropäische Länder heute mehrheitlich islamisch, genauso wie wenn die türkischen Heere vor Wien im 17. Jahrhundert siegreich gewesen wären und das Habsburger Reich und damit auch große Teile Deutschlands unter ihre Herrschaft gebracht hätten.

Alle großen Religionen stammen aus Asien

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass keine der großen Religionen in Europa ent-

standen ist. Sie alle stammen aus Asien. Abraham, Moses, Jesus und Mohammed waren keine Europäer, sie sind im Nahen Osten und auf der Arabischen Halbinsel zu Hause. Auch die biblischen Propheten und die Jünger Jesu waren keine Europäer. Judentum und Christentum sind somit erst durch Einwanderer oder Missionare nach Europa gekommen, wo die Verbreitung des Christentums bisweilen durch Gewalt erfolgte. Muslime haben sich ebenfalls durch Einwanderungen und teilweise aufgrund von Eroberungen in Europa niedergelassen. Mithraskult und Zoroastrismus sind aus Persien ins

Römisches Reich gekommen, in den letzten 100 Jahren kam die Bahai-Religion von dort zu uns.

Hinduismus, Jainismus, Buddhismus und Sikhismus sind in Indien entstanden, ihr Weg nach Europa verlief so, dass buddhistische Texte im 19. Jahrhundert in Europa bekannt wurden und derart attraktiv waren, dass Europäer sich zum Buddhismus bekehr-

davon das Buch *Religionen in Hannover*, 2016 vom Rat der Religionen in Hannover herausgegeben, beredtes Zeugnis ab.

Die Herkunft aus Asien schließt für Judentum, Christentum und teilweise Islam nicht aus, dass sie in Europa wesentlich weiterentwickelt wurden, so dass man sagen kann, die Herkunft ist zwar nicht europäisch, ihre Ent-

auf kleinstem Raum gekennzeichnet. Dies gilt heute auch für die Religionen. Längst sind die Zeiten vorbei, in denen der Grundsatz des Westfälischen Friedens von 1648 galt, dass die Religionszugehörigkeit des jeweiligen Herrschers (Fürsten, König, Kaiser) die seiner Untertanen bestimmte, so dass – zumindest der Theorie nach – religiös homogene Regionen entstanden. Religiöser Pluralis-



ten und buddhistische Gemeinden gründeten, und dies, lange bevor die ersten Buddhisten nach Europa gekommen sind. Konfuzianisches Gedankengut wurde durch die China-Mission der Jesuiten in Europa bekannt und beispielsweise von Leibniz so hoch geachtet, dass er sich wünschte, chinesische Missionare möchten kommen, um uns ihre Lehre zu verkünden.

Hindus, Jainas und Sikhs kamen in größerer Zahl erst in der Mitte des 20. Jahrhunderts durch die Entkolonialisierung nach der Unabhängigkeit Indiens ins Vereinigte Königreich und von da aus langsam auch in andere europäische Länder, so dass wir heute – was die großen Weltreligionen angeht – nahezu alle in den europäischen Großstädten vorfinden. Für Hannover legt

wicklung, heutige Erscheinungsform und Weltdeutung tragen jedoch durchaus europäische Züge. Sie haben einen maßgeblichen Einfluss auf Europa gehabt und stark zur Gestaltung der religiösen Landschaft in Europa beigetragen.

Durch Arbeitsmigration und Flüchtlinge sind schließlich noch andere, kleinere Religionen bei uns präsent. Dazu zählen aus Asien die Yeziden, aus Afrika der Voodoo-Kult und aus Südamerika Umbanda und Candomblé.

Eine Vielzahl von Richtungen und Weltanschauungen

Europa ist im Vergleich mit allen anderen Kontinenten des Globus durch eine Vielzahl von Sprachen und Kulturen



mus bestimmt heute das Bild. Wir finden islamische Gebetsräume und Moscheen an vielen Orten, aber auch buddhistische Pagoden, Hindutempel und Sikh-Gudwaras neben den christlichen Kirchen.

Die Vielzahl der Religionen geht einher mit einer Vielzahl von Richtungen innerhalb der jeweiligen Religionen. So etwa gibt es nicht nur Katholiken und Protestanten in europäischen Großstädten, sondern ebenso Orthodoxe Kirchen wie die des Patriarchen von Konstantinopel, aber auch griechisch, russisch, serbisch, bulgarisch oder rumänisch orthodoxe Kirchengemeinden neben orientalischen Christen wie den Syrern, den Chaldäern, den Armeniern oder den Kopten. Innere Differenzierungen finden sich in Deutschland bei den Katho-

Abbildung 1
Der Altar in der Marktkirche in Hannovers Altstadt stammt aus dem 15. Jahrhundert.
Foto: Marktkirche Hannover

Abbildung 2
Die Zehn Gebote auf hebräisch – eine Arbeit von Mark Turevskiy, zu sehen in der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover (K.d.ö.R.).
Foto: Joanna von Graefe

Abbildung 3
Die Moschee des Verbandes der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) in Stöcken.
Foto: Haus der Religionen

liken in Form von eigenen Gemeinden wie der spanisch oder portugiesisch sprechenden, der italienischen, polnischen oder kroatischen katholischen Gemeinde beziehungsweise innerhalb des Protestantismus in Form von Freikirchen (zum Beispiel Baptisten und Methodisten) oder von einer evangelisch-koreani-

abgehaltene interkulturelle Weihnachtsfest zeigt die enorme Vielfalt dessen, wie heute Christentum real existiert, weshalb die Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) schon lange nicht mehr den Anspruch erheben können, für das Christentum als Ganzes zu sprechen, sondern konkret mit der Vielgestaltigkeit rechnen müssen und dies bis in zentrale Fragen hinein wie etwa bezüglich des Verhältnisses von Staat und Religion. Hier ist die Position der Orthodoxen Kirchen dem islamischen Verständnis weit näher als dem des westlichen Christentums, das sich gerne auf das Wort Jesu beruft: »Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist« (Markus-Evangelium 12,17), obwohl es auch hierzulande nicht generell gilt, wenn man an die Anglikanische Kirche mit der Königin als Oberhaupt denkt oder daran, dass die Evangelischen Landeskirchen in Deutschland bis zum Ende des Ersten Weltkrieges den jeweiligen Landesherrn als Oberhaupt hatten. So war nach dem Sieg 1866 über die Welfen der König von

Preußen und spätere deutsche Kaiser bis 1918 »summus episcopus« (= oberster Bischof) der Hannoverschen Landeskirche.

Der Vielgestaltigkeit des Christentums entspricht eine mindestens ebenso große Vielfalt im Judentum, die sich bei weitem nicht auf die Unterscheidung in Liberales, Konservatives und Orthodoxes Judentum beschränkt. Ein Gleiches gilt für den Islam mit seinen Hauptrichtungen des sunnitischen und schiitischen Islam, wobei der sunnitische Islam seinerseits in wenigstens vier große Rechtsschulen (Hanbaliten, Hanafiten, Malikiten, Schafiiiten) mit oft deutlich von einander abweichenden Auslegungen für das alltägliche Verhalten der Muslime zu untergliedern ist. Auch der Sammelbegriff Schiiten beinhaltet verschiedene Richtungen wie die Zaiditen, Ismailiten (Siebenerschiiiten) und Imamiten (Zwölferschiiiten). Weitere Unterscheidungen wie die zwischen dem Scharia-Islam und dem mystischen Islam (Sufismus) oder extreme Auslegungen wie die der Salafisten oder Jihadis-



Abbildung 4
Das buddhistische Zentrum und Kloster Vien Giac in Hannover. Die Pagode Vien Giac hat einen besonderen Stellenwert, da sie welt- und europaweit eine der größten außerhalb Vietnams und in Deutschland sogar die größte ist.

Foto: Kloster Pagode Vien Giac

schen, evangelisch-arabischen oder evangelisch-persischen Gemeinde. Eine Institution wie das seit 2011 in Hannover

Abbildung 5
Eine Prozession zum Fest des hinduistischen Sri Muthuriamman Tempels in Hannover. Foto: Haus der Religionen



ten kommen hinzu, ohne die Frage der Zugehörigkeit zum Islam von Aleviten und Anhängern der Ahmadiyya Muslim Jamaat oder der 2016 gegründeten Säkularen Muslime und der Ex-Muslime hier zusätzlich zu erörtern.

Ähnlich vielgestaltig begegnet uns in Europa der Buddhismus mit seinen Hauptrichtungen des Theravada-Buddhismus, des Mahayana-Buddhismus, des Zen-Buddhismus, des Tantrischen Buddhismus oder des tibetischen Lamaismus unter der Führung des XIV. Dalai Lama.

Als Fazit gilt, dass das, was früher nur Spezialisten bekannt war und als Richtung jeweils nur in einzelnen Ländern der Erde anzutreffen war, heute in jeder Großstadt Europas präsent ist.

Neben der religiösen Vielfalt gibt es aber noch den weltanschaulichen Pluralismus mit seinen unterschiedlichen Facetten vom Atheismus und Humanismus bis hin zu Wunderheilern und speziellen Psychogruppen oder gar keiner Religion.

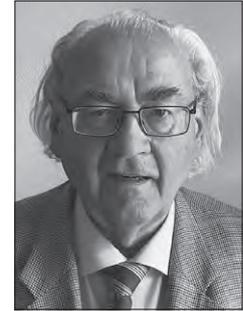
Religionskritik

Die vielleicht europäischste Art des Umgangs mit Religion ist die Religionskritik. Bereits die alten Griechen kannten diese Form der Kritik am Götterglauben und der religiösen Praxis, seit dem europäischen Humanismus und der Aufklärung findet sie wieder zunehmend Gehör unter den Europäern. Dabei wiederholen sich teilweise die Argumente. So etwa warf man in protestantischen Ländern Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts dem Katholizismus vor, reformunfähig, frauenfeindlich und von einer Zentrale im Ausland gesteuert zu sein, also genau die Punkte, die man Ende des 20. beziehungsweise zu Beginn des 21. Jahrhunderts dem Islam vorgeworfen hat, ohne zu sehen, dass es in beiden Religionen auch Reformkräfte gab und gibt, die ein anderes Bild von dieser Religion abgeben als die offiziell verbreiteten Klischees.²

Toleranz und Dialog

Angesichts der Vielgestaltigkeit der religiösen wie weltanschaulichen Wirklichkeit ist eine Rückkehr zu religiös oder weltanschaulich homogenen Regionen im Sinne des Westfälischen Friedens heute ausgeschlossen. Gefordert ist stattdessen, dass im Dialog die Rahmenbedingungen für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Europa ausgehandelt und dann verbindlich durchgesetzt werden. Als Orientierung können die Forderungen aus § 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes zum Bildungsauftrag der Schule in der Fassung vom 3. März 1998 dienen, wo es unter anderem heißt: Die Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden, »ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Toleranz sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten, den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere die Idee einer gemeinsamen Zukunft der europäischen Völker, zu erfassen und zu unterstützen und mit Menschen anderer Nationen und Kulturkreise zusammenzuleben«.

Dazu gibt es keine Alternative, wenn wir die Zukunft in Europa bewältigen und das friedliche Zusammenleben aller im Staat sichern wollen.



Prof. em. Dr. theol., Dr. phil. Peter Antes

Jahrgang 1942, war bis Februar 2012 Professor am Institut für Theologie und Religionswissenschaft an der Leibniz Universität Hannover. Seine Forschungsschwerpunkte sind islamische Ethik, Religionen und religiöse Gemeinschaften in Europa. Seit er emeritiert ist, beschäftigt sich Peter Antes mit der Vielfalt der Wege zur Transzendenz. Kontakt: antes@mbox.rewi.uni-hannover.de



Hannover hat sich in den vergangenen Jahrzehnten rasant verändert: zu den rund 150 christlichen Kirchen sind viele weitere Orte religiösen Lebens dazugekommen. Sie machen Hannover zu einer multireligiösen Stadt. Das Buch erzählt Geschichten und zeigt, wie die Religionen der Welt in Hannover heimisch geworden sind. ISBN 978-3-00-053440-9

Literatur

- [1] Vgl. dazu Michael Borgolte: Christen, Juden, Muselmanen: Die Erben der Antike und der Aufstieg des Abendlandes 300 bis 1400 n. Chr., München: Siedler 2006
- [2] Vgl. dazu José Casanova: Europas Angst vor der Religion, Berlin: Berlin University Press 2009 S. 42–48

Dem Herrscher nahe sein

DER NIEDERE ADEL IM UMKREIS DER WELFISCHEN HERZÖGE AUF DEM ENGLISCHEN KÖNIGSTHRON

Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts musste der niedere Adel verstärkt Anstrengungen unternehmen, um seine lokale Macht zu sichern. Ein probates Mittel hierzu war es die Nähe zum König zu suchen. Eine Professorin für Geschichte der Frühen Neuzeit am Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover untersucht die Beziehungsnetze, mit deren Hilfe dies gelingen konnte.

Als der britische König George II. im Jahr 1735 vorübergehend in Hannover weilte, er war 62 Jahre und saß seit acht Jahren auf dem englischen Thron, traf er auf die etwa dreißigjährige Amalie Sophie aus der niederadeligen Familie von Wendt, die zu dieser Zeit bereits mit einem Angehörigen der Familie von Wallmoden verheiratet war. Mit ihr sollte er bis zu seinem Tode eine Beziehung pflegen. Ursprünglich getauft auf den Namen Georg August war George II. der Nachfolger seines Vaters George I. auf dem englischen Königsthron. Als Enkel Elisabeth Stuarts war George I., mit dem Taufnamen Georg Ludwig als erster der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg und Kurfürsten von Hannover auf den englischen Thron gekommen. Wie später auch noch der vor seinem Vater George II. verstorbene Friedrich Ludwig, waren diese beiden Georges in Hannover geboren, hatten dort Kinder- und Jugendjahre zugebracht, zum Teil auch dort geheiratet. Sie kannten die lokalen Verhältnisse. Beziehungen zum niederen Adel, nicht nur der welfischen Territorien, waren gegeben. Ihrer bedienten sie sich auch, als es darum ging die Verbindung zwischen dem neuen Machtzentrum jenseits und dem alten Machtzentrum diesseits des Kanals zu organisieren.

Verwaltungstechnisch lief die Verbindung zwischen Hannover und London über die sogenannte »Deutsche Kanzlei« in London, der Regierungsstelle für die welfischen Territorien auf dem Kontinent. Das Scharnier zwischen der Insel und dem Kontinent bildeten die Brüder Philipp (Adolph) und Gerlach (Adolph) von Münchhausen⁽¹⁾. Sie waren Sprosse einer Familie, die seit dem hohen Mittelalter im Fürstentum Calenberg, einem Kerngebiet des späteren Kurfürstentums Hannover ansässig waren. Im 18. Jahrhundert die Münchhausen Brüder in vertrauter Nahbeziehung zu den Welfen zu finden, kann daher nicht überraschen.

Gerlach und Philipp von Münchhausen waren aber nicht nur Bedienstete eines fürstlichen und königlichen Herrn, der eine (Philipp) in der deutschen Kanzlei, der andere (Gerlach) im Kurfürstentum Hannover. Sie waren auch Angehörige des niederen Adels und als solche damit befasst, den eigenen Stand, den eigenen Stamm, den eigenen Namen zu sichern. Eine Aufgabe, die sich angesichts der Konsolidierung landesherrlicher Macht vor allem seit dem 17. Jahrhundert für alle Angehörigen des niederen Adels mehr und mehr als Herausforderung erwiesen hatte.

Wie Forschungen zum niederen Adel zeigen konnten, lag die Sicherung niederadeligen Status und Lebensweise zunächst einmal in den Händen männlicher Familienmitglieder, die den mobilen und immobilien Besitz immer wieder zu restituieren beziehungsweise zu erhalten suchten. Dabei kam es nicht nur darauf an, die Güter zu vergrößern. Sie mussten in ihrem Bestand auch gesichert werden. Ein probates Mittel hierzu stellte etwa die Errichtung eines sogenannten Fideikommiss dar. Er bot die rechtliche Grundlage dafür, die in vielen Familien immer wieder praktizierte Teilung von Gütern im Erbgang zu unterbinden und den Güterbesitz als Grundlage niederadeligen Wirtschaftens langfristig zu erhalten. Ergänzend oder auch alternativ dazu, boten sich geeignete Heiraten oder der Fürstendienst an, entweder im zivilen oder im militärischen Bereich. Vor allem im Militärdienst konnten Reichtümer erworben werden, wie der Fall Hilmars von Münchhausen (1512–1573) zeigt. Als Kriegsunternehmer im konfliktreichen 16. Jahrhundert unterwegs, erwarb dieser nachgeborene Sohn mit sehr geringen Aussichten jemals auch nur den Geburtsstatus halten zu können, ansehnliche Geldsummen, kaufte Land zum familiären Besitz hinzu und stabilisierte so langfristig die Position der verzweigten und sich immer weiter verzweigenden Familie.

Forschungen zu anderen niederadeligen Familien im Umkreis der Welfen zeigen, dass die Münchhausens, auch wenn diese im Kontext der Thronbesteigung der Hannoveraner Welfen einen bemerkenswerten Aufstieg erlebten, durchaus keine Ausnahme bildeten. Erfolgreiches Agieren im Umkreis der Macht, das zeigt die Geschichte dieser beiden Brüder deutlich,

war keine Angelegenheit einer einzelnen Person. Dem Herrscher nahe zu sein, sein Vertrauen zu genießen, war ein Kapital, das transferiert, an anderer Stelle eingesetzt, gemehrt werden konnte und auch sollte. Wie sehr sich die Zeitgenossen und Zeitgenossinnen selbst dieses Vorgangs bewusst waren, belegt eine in Kürze abgeschlossene Studie zum niederen Adel des

vormaligen Fürstentums Lüneburg ⁽²⁾. Dies ist umso mehr hervorzuheben, weil George III., anders als sein Vater, Großvater und Urgroßvater, nicht mehr in Hannover geboren worden war und auch seine Jugend beziehungsweise frühen Erwachsenenjahre nicht mehr dort verbracht hatte. Somit mag für die Angehörigen des niederen Adels der Weg in die Nähe



Abbildung 1
Georg II. (1683 bis 1760), Kurfürst von Hannover, König von Großbritannien und Irland, auf einem Bild von Gottfried Boy (1701–1755) aus dem Residenz-museum im Celler Schloss.
Quelle: Residenzmuseum Celle

des Herrschers seit Mitte des 18. Jahrhunderts weiter gewesen sein. Doch scheinen die Welfenherzöge ihrerseits den Kontakt zum Kontinent nicht abreißen gelassen zu haben. Drei der nachgeborenen Söhne Georges III., nämlich Ernst August, der nach dem Ende der Personalunion 1837 der erste König von Hannover sein sollte, der nicht zugleich

Ehe mit seiner Kusine Sophie Dorothea von Braunschweig-Lüneburg einging, kann sicher gesagt werden, dass damit Ansprüche auf das Teilfürstentum Lüneburg zementiert werden sollten. Der wenige Jahre zuvor von seiner Mutter, Sophie von Hannover, ins Auge gefasste Plan, den Sohn nach England in die eigene Herkunftsfamilie ein-

resse gesehen werden. Seit dem 17. Jahrhundert an den europäischen Fürstenhöfen mehr und mehr institutionalisiert, sind Mätressen nicht mit Kurtisanen gleichzusetzen, die im 15. und 16. Jahrhundert an den Höfen Geistlicher die Aufgaben einer Fürstin erfüllten. In der Regel ausgebildet von weiblichen Verwandten (Tanten, Mütter oder Großmütter), beherrschten viele Kurtisanen die lateinische und griechische Sprache, spielten Instrumente, dichteten auch. Die semantische Abkunft des Wortes Kurtisane aus dem italienischen »la cortigiana«, deutsch: Hofdame, verweist aber gleichwohl auf den Hof als Ort, an dem weibliche Mitglieder geeigneter Familien – in der Fürstengesellschaft des Heiligen Römischen Reiches waren dies vornehmlich Töchter niederadeliger Familien – Karrieren machen konnten. Als Hofdame, Hof- und Oberhofmeisterinnen, mitunter auch als Gouvernanten verbrachten sie einen guten Teil ihrer Lebensjahre im sogenannten »Frauenzimmer« der Fürstinnen. Der Lebensweg Anna Katharinas von Offen (1624–1702) kann hierfür als exemplarisch angesehen werden. Als fünftes von insgesamt neun Kindern aus einem niederadeligen Haushalt in der Grafschaft Lippe, trat sie mit 21 Jahren in das Frauenzimmer der Gräfin von Schaumburg-Lippe ein. In den folgenden Jahren gelangte sie über die Beziehungen ihrer Herrin zu ihrer Schwester an den Hof von Hessen-Kassel, wechselte auf Empfehlung der Landgräfin an den Kurpfälzer Hof in Heidelberg wo Offen auch als Erzieherin tätig werden sollte. Von Heidelberg führte der Weg an den Hof Sophies von Hannover, wo sie eine Position als Hofmeisterin und dann als Oberhofmeisterin fand und mit Christian Friedrich von Harling einen geeig-

Abbildung 2
St. James's Palace in London
1753, Sitz der Deutschen Kanzlei
auf einem Bild von Thomas
Bowles



auf dem englischen Thron saß, sowie seine Brüder August Friedrich und Adolph Friedrich waren als Studenten an der Göttinger Universität immatrikuliert und traten hernach in die hannoversche Armee ein.

Die Welfen auf dem englischen Thron verfügten aber nicht nur über eine gut funktionierende und translokal organisierte Verwaltung, und ließen ihre Söhne an ihrer eigenen Landesuniversität Göttingen studieren beziehungsweise in hannoversche Heeresdienste treten. Sieht man von den Versuchen der Hannoveraner Kurfürstin in den 1680er Jahren ab, ihren Sohn Georg Ludwig, den späteren George I., mit seiner Großcousine Anne Stuart⁽³⁾ zu verheiraten, suchten die Welfen ihre Ehegattinnen in den fürstlichen Häusern des Kontinents. Für den Fall Georg Ludwigs, der 1682 eine

heiraten zu lassen – auch wenn die Braut nicht in jeder Hinsicht als standesgemäß anzusehen war – trat demgegenüber in den Hintergrund. Georges I. Sohn George II. ehelichte mit Caroline von Ansbach eine Tochter aus dem translokal aufgestellten Hause der Hohenzollern und George III. schließlich heiratete Sophie Charlotte von Mecklenburg (-Strelitz). An dieser Stelle ist es wert notiert zu werden, dass Ehen von Angehörigen des niederen Lüneburger Adels in dieser Zeit ebenfalls nach Mecklenburg weisen. Ob dieses Heiratsverhalten als bewusste Strategie zu werten ist um Nähe zum Herrscher herzustellen, oder zu festigen, muss gegenwärtig aber noch offen bleiben.

Als weibliche Variante des Fürstendienstes beziehungsweise des Versuchs, Nähe zum Herrscher herzustellen, kann die Position einer Mät-

neten Ehemann. Zeit ihres Lebens zählte das Paar zu den Schützlingen nicht nur der späteren Hannoveraner Kurfürstin Sophie, sondern stand auch in einer Patronagebeziehung zu deren Nichte, Liselotte von der Pfalz, Schwägerin des französischen Königs Ludwig XIV.

Der Dienst als Hofdame hatte aber nicht nur das Potenzial zu einer Karriere als Hofmeisterin. Nicht wenige Hofdamen unterhielten irgendwann Beziehungen zu den Herrschern, erreichten den offiziellen Status einer Mätresse, oder gingen Ehen zur linken Hand ein. Madame de Pompadour am französischen Hofe ist wohl die bekannteste unter ihnen. In der Fürstengesellschaft des Heiligen Römischen Reiches haben Ursula von Rosenfeld in der Markgrafschaft Baden, Eva von Trott in Braunschweig-Wolfenbüttel oder Luise von Deegenfeld am Kurpfälzer Hof in Heidelberg als Mätressen der Herrscher oder auch als deren spätere Gattinnen reichsweit Aufsehen erregt.

Ebenso wie der männliche Fürstendienst sich in einigen niederadeligen Kreisen zur familiären Tradition entwickelte, so scheint in einigen Familien auch die Position der Mätresse zum Orientierungspunkt weiblicher Lebenswege gezählt zu haben. So konnte die oben erwähnte Anna Sophie von Wendt, verheiratete von Wallmoden und Mätresse Georges II. nicht nur auf eine Großmutter (Katharina von Meysenburg) blicken, die als Mätresse Georgs I. ebenso die Nähe des Herrschers genoss, wie Melusine von der Schulenburg, die diesem sogar nach England folgte. Am Ende erhielt sie vom Kaiser den Titel einer Fürstin von Eberstein. Das durch die Beziehung zum König erworbene Kapital dieser Niederadeligen

konnte so an die Herkunftsfamilie gespielt werden. Aus dieser Verbindung gingen drei Kinder hervor. Eines dieser Kinder, die Tochter Anna Luise (1692–1773) heiratete später in die Familie von dem Bussche-Ippenburg ein, zu der wiederum der Gatte Katharinas von Meysenburg gehörte, die als Vorgängerin der von der Schulenburg in der Position der Mätresse von George I. zu sehen ist. Somit verbanden sich durch diese Ehe zwei Familien, deren jede eine Mätresse des ersten Welfen auf dem englischen Thron gestellt hatte. Diese Dichte von königlichen Mätressen in einem weiteren Familienverband erhöhte sich noch durch Anna Sophies von Wendt (Wallmoden) Großtante mütterlicherseits, Clara von Meysenburg, die aus dem Amt der Hofdame auf die Position der Mätresse bei Ernst August, dem Vater Georges I. (= Georg Ludwig) gewechselt hatte. Im Jahr darauf ergab sich dann für sie die Gelegenheit, den Prinzenerzieher Franz Ernst von Plathen zu ehelichen. Wie die von Harlings teilte sich auch dieses Paar die Nähe zum Herrscher.

Die kurzen Ausführungen sollten deutlich gemacht haben, wie sehr familiäre und verwandtschaftliche Strategien des niederen Adels halfen dessen Position und Chancen auch in schwierigen Zeiten zu sichern. Fürstendienst und Mätressenwesen haben sich dabei ergänzt. Sie bildeten mitunter eheliche Kerne, um die herum sich im familiären und verwandtschaftlichen Netz des Niederadels kulturelles, wirtschaftliches, symbolisches und soziales Kapital anhäufen und gewinnbringend einsetzen ließ. Fürst und Fürstin bildeten dabei den Bezugspunkt im sozialen Raum der höfischen Gesellschaft, der nicht an einen bestimmten Ort gebunden sein musste.

Verweise

- (1) Sebastian Schick, Geschwisterbeziehungen und Verflechtungen in der hohen Dienerschaft des Herrn im 18. Jahrhundert, in: Christine Fertig / Margareth Lanzinger (Hg.), Beziehungen, Vernetzungen, Konflikte. Perspektiven Historischer Verwandtschaftsforschung, Köln usw., 2016, S. 91–109.
- (2) Titel des Forschungsprojektes »Herrschaft, Landschaft und Verwandtschaft: Die Lüneburger Ritterschaft zwischen lokaler Machtausübung, obrigkeitlicher Herrschaft und translokaler Netzwerkbildung (1648 bis 1866)« gefördert von »Pro Niedersachsen«. Laufzeit: 1. Juni 2013 bis 31.5.2016 (Wencke Hinz), kostenfrei verlängert bis zum 30. Juni 2018, Leitung Prof. Hohkamp. Eine Publikation der Forschungsergebnisse ist geplant.
- (3) Anne Stuart war eine Tochter Jakobs II. aus seiner ersten Ehe mit Anne Hyde, die sich im niederländischen Exil angebahnt hatte, und damit eine Enkelin Karls I., dessen Schwester Mutter von Sophie von der Pfalz war, der späteren Kurfürstin von Hannover und Prätendentin auf den englischen Thron.



Prof. Dr. Michaela Hohkamp ist seit 2011 Professorin für Geschichte der Frühen Neuzeit, Raum und Region am Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in der Geschichte frühneuzeitlicher Gewalt und Herrschaftsgeschichte, Familie und Verwandtschaft, Frauen- und Geschlechtergeschichte, Geschichte der Historiografie. Kontakt: michaela.hohkamp@hist.uni-hannover.de

Die Europäische Stadt

GEWACHSENES ERBE – GESTALTETE RÄUME

Die »Europäische Stadt« ist in der Städtebau­theorie ein etablierter und zugleich umstrittener Terminus. Gleichwohl kann dieser schillernde Begriff dazu beitragen, vermeintliche europäische Selbstverständlichkeiten als urbane Qualitäten ins Bewusstsein zu rufen. Ein Professor für Bau- und Stadtbaugeschichte erläutert beispielhaft, dass diese Qualitäten im globalen Kontext keineswegs selbstverständlich sind.



Im späten 20. Jahrhundert wurde die »Europäische Stadt« von praktizierenden Städtebauern zu einem Leitbild deklariert. Zu einem Ideal, das es wieder anzustreben und zurückzugewinnen gelte. Skeptiker sahen darin eher ein einengendes, wenn nicht sogar modernefeindliches, Korsett.

Was ist die »Europäische Stadt«? Enthebt man den Begriff von den zeitgenössischen Debatten und städtebaulichen Projektionen, dann stellt man fest, dass er vergleichsweise wenig geeignet ist, um präzise

Qualitäten festzuschreiben. Er scheint eine bestimmte Kategorie von Stadt zu benennen und bleibt doch erstaunlich diffus. Ein Problem ist die ahistorische Verwendung, denn es ist eine offenkundige Tatsache, dass die europäische Stadt des Mittelalters eine ganz andere war als die der Gründerzeit. Viele, die mit dem Begriff der »Europäischen Stadt« ein morphologisches Phänomen beschreiben, haben in der Regel die Stadt des späten 19. Jahrhunderts vor Augen. Insofern eignet sich der Begriff in gegenwärtiger Perspektive eher für eine

grundsätzliche Unterscheidung globaler Stadttypen, insbesondere in Abgrenzung von amerikanischen oder asiatischen Stadtformen, die den Städtebauboom der Gegenwart prägen.

Auf einer solchen Betrachtungsebene vermag deutlich zu werden, worin sich die »Europäische Stadt« als Typus von anderen unterscheidet. Amerikanische Städte sind zum Inbegriff von Hochhausagglomerationen und gesichtslosem suburbia geworden. Und die neuen Städte Asiens erscheinen uns viel-

fach als Orte eines enthemmten Kapitalismus, die Räume für Renditeträume und schnellem Cashflow offerieren, aber wenig urbanen Mehrwert generieren. Es sind vielfach Städte ohne gewachsene Quartiere, Städte ohne bauliche Permanenz, Städte ohne Flaneure, Städte ohne Stadtbürgertum.

Natürlich sind das überspitzte Stereotypen. Aber eine solche

Der Boom der amerikanischen Städte im 20. Jahrhundert und der asiatischen Städte im 21. Jahrhundert mag aus europäischer Perspektive erstauen, wenn nicht sogar befremden. Zugleich erinnert er uns daran, dass sich Europas Städte im 19. Jahrhundert ähnlich boomartig veränderten und in Folge der Industrialisierung eine grundlegende Transformation vollzogen, die sehr unterschiedliche Zukunftsbilder

fen. Als technische, sanitäre, ökonomische und administrative Herausforderung, aber nicht als kompositorische Disziplin.

Geburtsstunde der Disziplin Stadtbaukunst

Das änderte sich an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert. Es ist die Zeit, die gemeinhin als Geburts-



Abbildung 1
Eugène Hénard, »Ville de l'avenir« (Stadt der Zukunft), 1910

Abbildung 2
Otto Wagner, Projekt für den XXII. Wiener Gemeindebezirk, 1911

Abbildungen aus »Großstadt gestalten. Stadtbaumeister in Europa« (Berlin 2018)

Zuspitzung vermag im Umkehrschluss bewusst zu machen, was denn die Besonderheiten und Eigenarten europäischer Städte kennzeichnet. Es sind vor allem historisch gewachsene Städte. Städte, die über ein großes bauliches Erbe verfügen. Städte, die dieses Erbe sowohl im Stadtgrundriss als auch in ihrer tradierten Substanz erlebbar werden lassen. Und es sind Städte, die immer wieder darum ringen, wie sich Tradition und Moderne in Einklang bringen lassen. Städte, die das Resultat einer generationenübergreifenden bürgerschaftlichen Kultur sind.

evozierten (Abbildung 1). Innerhalb weniger Jahrzehnte wuchsen die Städte auf ein Vielfaches ihrer alten Fläche. Oftmals vollzog sich dieser Prozess ohne übergeordnete Planung. Dort, wo es eine solche gab, waren überwiegend Tiefbauingenieure für die Projektierung neuer Quartiere und Stadterweiterungen zuständig. Unter ihnen gehören James Hobrecht (Berlin) oder Ildefonso Cerdà (Barcelona) zu den bekanntesten. Vielerorts waren aber auch namenlose Akteure am Werk. Städtebau wurde lange Zeit als bloße

Infrastrukturtaufgabe begriffen. Als technische, sanitäre, ökonomische und administrative Herausforderung, aber nicht als kompositorische Disziplin. Das änderte sich an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert. Es ist die Zeit, die gemeinhin als Geburtsstunde der Disziplin Stadtbaukunst bezeichnet wird. Neben den für die Stadtentwicklung verantwortlichen Politikern, Tiefbauingenieuren und Sanitärtechnikern gesellten sich um 1900 in verstärktem Maße Architekten hinzu. Es reifte die Erkenntnis, dass städtische Räume auch von »künstlerischen Grundsätzen« geprägt sein können (und sollten), wie es Camillo Sitte in seiner berühmten Studie 1889 formuliert hat. Er und viele anderen fingen an, darüber nachzudenken, ob sich daraus auch Prinzipien für künftiges städtebauliches Handeln und

Entwerfen entwickeln lassen. An den Architekturfakultäten der Hochschulen wurden in jener Zeit die ersten Lehrstühle für Städtebau eingerichtet.

Im gleichen Zuge gingen auch die Kommunen dazu über, eigene Planungsabteilungen für die städtebauliche Entwicklung einzurichten. Dies

baumeistern waren sie nicht nur für einzelne Hochbauten der Stadt zuständig, sondern auch für die künstlerische Konzeption und Entwicklung städtischer Quartiere. Sie waren wörtlich und im übertragenen Sinne Stadtbaumeister oder, wenn sie gleichzeitig auch in politischer Verantwortung standen, Stadtbauräte.

dazu über, ein Leitbild für die Zukunft ihrer Stadt zu entwerfen, gleichsam eine Zielstellung, wohin sich das Stadtgefüge räumlich entwickeln soll. Dabei ging es – wie heute auch – um das Verhältnis von Geschichte und Moderne, von Erbe und Zukunft. Natürlich waren (und sind) diese Debatten und Abwägungsprozesse

Abbildung 3
Karl Mayreder, Projekt für einen Straßendurchbruch von der Singerstraße zum Stephansdom in Wien, 1895



Abbildung 4
Der aktuelle Band »Großstadt gestalten. Stadtbaumeister in Europa« (Berlin 2018) bildet den dritten und letzten Teil der Stadtbaumeister-Trilogie, die Markus Jäger gemeinsam mit Prof. Dr. Wolfgang Sonne von der TU Dortmund herausgegeben hat. Die beiden vorangegangenen Bände widmeten sich den Stadtbaumeistern in nationaler und regionaler Perspektive.



Abbildungen aus »Großstadt gestalten. Stadtbaumeister in Europa« (Berlin 2018)

geschah in der Absicht, aus den wachsenden Großstädten nicht nur gesunde und gut funktionierende, sondern auch schöne und attraktive Städte zu machen. Die bekanntesten unter den damaligen Stadtbaumeistern waren Hermann Josef Stübgen in Köln, Theodor Fischer in München oder Fritz Schumacher in Hamburg. Im Unterschied zu früheren Rats-

Um 1900 waren nahezu alle europäischen Großstädte mit einem ungebrochenen Wachstums- und Investitionsdruck konfrontiert. Damals bestand ein Konsens darüber, dass dieser Investitionsdruck gesteuert und kanalisiert werden – und nicht allein dem freien Spiel des Marktes oder den Renditeträumen einiger Spekulanten überlassen werden sollte. Viele Städte gingen

nie konfliktfrei und mitunter sehr umstritten. Aber es zeichnet viele europäische Städte aus, dass sie ihre Geschichte als einen wichtigen und zentralen Teil ihrer urbanen Identität begreifen.

Geschichte und Moderne

Ein anschauliches Beispiel ist die Stadt Wien, die 1890 ihre zweite Stadterweiterung vollzog und zur Millionenstadt wurde. In Folge dessen ließ die Stadt einen »Generalregulierungsplan« erstellen. Der unmittelbare Anlass dieser Planung war die unausweichlich gewordene Modernisierung von Verkehr und Infrastruktur. Dazu gehörten die neue Stadtbahn, die Regulierung des Wien-Flusses und die Verbesserung der sanitären Verhältnisse. Dieses gesamtstädtische Ziel wurde auf zwei Wegen verfolgt: Zum einen sollte ein Masterplan für die künftige Ausdehnung und Erweiterung der Stadt ge-

schaffen werden. Dabei wollte man vorbeugen, dass sich abermals triste, ausschließlich von Zinshäusern gesäumte Straßenzüge etablieren, wie sie in den Gründerjahren durch Bauspekulation unter anderem in Ottakring entstanden waren. Nach Vorstellung von Otto Wagner, dessen 100. Todestag in diesem Jahr mit einer großen Ausstellung im Wien-Museum gewürdigt wird, sollten in der Zone jenseits der neuen Gürtelstraße attraktive Wohnquartiere entstehen. Dazu gehörten neben Wohn- und Geschäftshäusern auch öffentliche Bauten. Darüber hinaus verfügten Wagners Quartiere über Promenaden und gärtnerisch gefasste Plätze (*Abbildung 2*), also jene urbanen Elemente, die sich unter Renditeaspekten nicht rechnen, aber Ausdruck einer Stadtkultur sind, die wir als Zivilisationsleistung schätzen. Man kann das als Dekadenz diffamieren, man kann darin aber auch eine besonders entwickelte Form der sozialen Stadt sehen.

Neben der Projektierung von Stadterweiterungsquartieren sollte um 1900 auch die Wiener Innenstadt modernisiert und an die aktuellen Verkehrsbedürfnisse angepasst werden. Damit waren seinerzeit vor allem Straßenverbreiterungen und -durchbrüche gemeint (*Abbildung 3*). Das berühmte Vorbild dieser Praxis war Paris unter dem Préfekten Haussmann. Doch während dort im Zuge der großen Transformation ein Großteil der historischen Stadt geopfert wurde, erkannte man um 1900 in Wien den Wert gewachsener Strukturen. Galt dies anfangs nur für einzelne Bauten, die man als herausragende Zeugnisse der Baukultur früherer Epochen schätzte und bewahren wollte, erstreckte sich das im Zuge der damaligen Debatten auch auf den Stadtgrundriss und Quartierszusammenhänge. Es klingt wie ein Paradoxon: Der Modernisierungsdruck war zugleich auch ein Katalysator für die neuerliche Wertschätzung des historischen Er-

bes. Erst der drohende Verlust von Alt-Wien hat den Wienern vor Augen geführt, über welchen urbanen Schatz sie verfügen.

Als Karl Mayreder, der damalige »künstlerische Leiter« des Stadtregulierungsbüros, seine Pläne für die Transformation der Wiener Innenstadt erstellte, tat er dies unter der Prämisse, dass bei den unausweichlichen Modernisierungen zugleich Rücksicht auf »ein historisch entwickeltes Stadtbild« zu nehmen sei. Ungeachtet der Frage, wie gut ihm dies tatsächlich gelungen ist, bleibt es ein bemerkenswertes Faktum, dass ein solcher Anspruch schon damals zum Leitbild der Planung deklariert wurde. Die Geschichte der Stadt wurde nicht als ein Hemmnis oder ein einschränkendes Korsett empfunden, sondern als eine urbane Qualität. Als ein vorhandener, über viele Generationen tradierter Wert, den es aufrecht zu erhalten und weiterentwickeln gilt.



Prof. Dr. Markus Jäger

Jahrgang 1972, ist seit 2017 Professor für Bau- und Stadtbaugeschichte am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der Fakultät für Architektur und Landschaft. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören profane Kirchenumnutzungen seit der Reformation, Fürsten- und Adelsresidenzen in Stadt und Land sowie die Kulturgeschichte der Technik in Haus und Stadt. Kontakt: jager@igt-arch.uni-hannover.de



HANNOVER

20 Jahre Partner-Hotel der Leibniz Universität Hannover

Hotel in Herrenhausen

42 moderne Zimmer ■ Gute Anbindung zu allen Fakultäten!
 UNI-Sonderpreise: ■ Classic Einzelzimmer 72,00 Euro
 ■ Classic Einzelzimmer Garten 79,00 Euro
 ■ Doppel-/Zweibettzimmer 98,00 Euro
 ■ Inklusive Vital-Frühstücksbuffet und W-Lan
 Erfragen Sie unsere Gruppenrabatte!

Markgrafstraße 5
 30419 Hannover
 Tel.: 0511 - 7907 600
 Fax: 0511 - 7907 698
info@hotel-in-herrenhausen.de
www.hotel-in-herrenhausen.de

Creative Heritage

EINE AGENDA FÜR REGENERATIVE STÄDTE, RESILIENZ UND
TERRITORIALE INNOVATION IM EUROPÄISCHEN JAHR DES KULTurerBES 2018

»Creative Heritage« ist eine interdisziplinäre Initiative europäischer Forscher, die unter Federführung einer Gruppe aus der Fakultät für Architektur und Landschaft der Leibniz Universität, einen Beitrag zum Thema »Regenerative Stadt« erarbeitet hat.

Im Oktober 2018 wurde beim Symposium »Creative Heritage« in Schloss Herrenhausen, gefördert von der Volkswagenstiftung, eine »Hannover Creative Heritage Agenda« entwickelt, die Grundlage für weitere Aktivitäten ist und die im November 2018 bei der UNESCO vorgestellt wurde.



»Regenerative Stadt«

Die »Regenerative Stadt« wird aktuell als zukunftsweisendes Leitbild und Antwort auf tiefgreifende räumliche und gesellschaftliche Transformationen formuliert, in Architektur und Städtebau sowie in einer breiten öffentlichen und politischen Debatte. Die »Regenerative Stadt« bezieht sich auf die »Urban Agenda« der EU von 2016, in der die nachhaltige Stadtentwicklung als wesentliches Politikfeld der Europäischen Union definiert wird. Dabei sind globale Ziele nachhaltiger Entwicklung

(»Sustainable Development Goals« der UN) auf aktuelle Herausforderungen in Europa bezogen. »Regenerative Stadt« verbindet in innovativer Weise mehrere aktuelle Zielfelder räumlicher Entwicklung, die mit dem Begriff »Resilienz« in Verbindung gebracht werden – der dazu von seiner Herkunft aus den Ökologie- und Umweltwissenschaften (Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen gegenüber Stressfaktoren) und aus den Ingenieurwissenschaften (Widerstandsfähigkeit von gebauten Systemen gegenüber Schockfaktoren, Risiken und

Katastrophen) für den Blick auf die Stadt deutlich erweitert wird. Diese Erweiterung wurde besonders durch die Wirtschaftskrise in Europa nach 2008 angestoßen, sie fragt nach der Widerstandsfähigkeit in sozialer und ökonomischer Hinsicht. Mit der Perspektive von Architektur und Städtebau werden zwei weitere wesentliche Faktoren zu dieser erweiterten Fassung des Begriffs Resilienz hinzugefügt: der Raum der Stadt als komplexes Gebilde verschiedenster Einflussfaktoren und als gelebter Raum, für den es insgesamt um Resilienz geht –

und die Dimension der Zukunft: als Fähigkeit nicht nur auf Stress und Schock zu reagieren und sich zu regenerieren, sondern proaktiv eine resiliente Stadt zu gestalten, die zukünftige Widerstandsfähigkeit bereits in sich trägt und in die eine regenerative Grundausrichtung zukunfts-fähiger Gestaltung bereits verankert ist. Damit ist das Leitbild der »Regenerativen Stadt« nicht nur eine Zielbestim-

geben zu können. Die Architektur an der Leibniz Universität Hannover kann mit ihrer deutschlandweit und international starken Stellung in Forschung und Lehre wesentliche Impulse zum neuen Leitbild der »Regenerative Stadt« beitragen. Dies gilt – im Verbund der Fakultät für Architektur und Landschaft – insbesondere für die Herausforderung des Klimawandels, für die Stadt und Natur in einer

Fakultäten, durch Kooperationen auch über die Universität hinaus sowie mit Städten und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Initiativen und Organisationen ist die Fakultät für Architektur und Landschaft bestens aufgestellt, um hierzu Akzente in der Forschung zu setzen. Aktuell wird ein neuer fakultätsweiter Forschungsschwerpunkt definiert und ausgestaltet: unter dem Titel »Habitats der Zu-



Abbildung 1
Das Buch zur Initiative »Creative Heritage« ist kürzlich im Jovis Verlag Berlin erschienen: ISBN 978-3-86859-532-1.
Quelle: Institut für Entwerfen und Städtebau

Abbildung 2
Das Projekt »Alpine Building Culture« im Europäischen Strukturfonds (Partner: Institut für Entwerfen und Städtebau) untersuchte den Beitrag von Baukultur zu Energieeffizienz und territorialer Entwicklung im Alpenraum.
Quelle: Institut für Entwerfen und Städtebau

mung, sondern auch eine prozess- und kapazitätsorientierte Ausrichtung auf eine Stadt, die sich selbst ständig sinnvoll erneuert und neu erfindet.

gemeinsamen Zukunftsperspektive verbunden werden. Durch diese interdisziplinäre Aufstellung, durch zahlreiche Kooperationen mit weiteren

kunft – Gestaltung des Lebensumfelds des Menschen« wird die Forschung zu »Regenerativer Stadt« in der Bündelung interdisziplinärer Kom-

»Habitats der Zukunft« – Architektur und Landschaft

Architektur und Städtebau arbeiten an der Neuausrichtung von Konzeptionen und Werkzeugen in enger Verbindung von Forschung und Praxis, um damit innovative Beiträge für gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen

Hannover Creative Heritage Agenda
Die Agenda wurde im Symposium »Creative Heritage« im Oktober 2018 in Schloss Herrenhausen, gefördert von der Volkswagenstiftung, erarbeitet und inzwischen von 44 europäischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterzeichnet sowie von weiteren Partnern aus Lateinamerika und dem Mittleren Osten, aus den Bereichen Stadtplanung und Architektur mit Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.
Die Agenda ist erhältlich unter:
www.staedtebau.uni-hannover.de/schroeder

petenzen gestärkt und auf einen größeren Horizont übertragen: eine Vielzahl von Siedlungsformen, regionale Perspektiven, gebauter Raum und Natur. Das Leitmotiv der Gestaltung umfasst dabei neue interdisziplinäre Bündelungen von Arbeitsmethoden: räumlicher Entwurf, Raumkunst, Strategie- und Programmbil-

zukünftige Kernaufgabe darstellt. Zur Illustration zwei Zahlen: in wachsenden Metropolregionen wie zum Beispiel Hamburg werden jährlich etwa 1 Prozent der Bauflächen stadtplanerisch neu gefasst (eine relevante Größe), zusätzlich finden zahlreiche – und zunehmende – kleine Einzel Eingriffe und größere Siedlungserweiterungen statt. Dies gilt auch für die sich ständig erweiternden neuen Zusammenschlüsse der Metropolregionen. Alle diese Aktivitäten haben aufs Engste mit Weiterbauen zu tun, sie sind aber auch eine Neuerung von Stadtbausteinen und von Konzepten von Stadt generell. Die zweite Zahl betrifft einen größeren Umgriff: im Alpenraum wurde zum Beispiel etwa 90 Prozent des Baubestands vor 1990 errichtet, daher geht es heute um Erneuerung von Siedlungen und ihrer Programme, um multilokale und touristische Faktoren, um Energieeffizienz im Baubestand sowie um impulsgebende neue Architekturen für wirtschaftliche und soziale Innovation – alles auf Engste mit Weiterbauen und Neuerung verbunden. Nur etwa 3 Prozent des Baubestands in den Alpen ist denkmalgeschützt, das Thema des Weiterbaus muss aber über diesen geschützten Bestand einzelner Gebäude hinausgehen und Orts- und

Landschaftszusammenhänge einbeziehen.

Europäisches Jahr des Kulturerbes 2018

Das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018 antwortet auf ein verstärktes Interesse und Engagement von Bürgern, Institutionen und von Forschung in Europa, Kulturerbe als Teil von Zukunft zu verstehen. Zu den vom Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission definierten Zielen zählt: Menschen zu ermutigen, Europas reiches und unterschiedliches Kulturerbe zu erkunden, seinen einzigartigen Wert zu verstehen und zu schützen und die Rolle von Kulturerbe im Leben der Europäer neu zu bestimmen. Es soll besonders betont werden, wie Kulturerbe sozialen Zusammenhalt stärken, wie es zu Arbeitsplätzen und Wohlstand beitragen kann, welche Bedeutung es für globale Perspektiven hat und wie es geschützt werden sollte. Das Kulturerbejahr 2018 hat einen Vorläufer, an den es anschließt: das Europäische Jahr des Architektonischen Erbes 1975 unter dem Motto »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit« war wesentlich inspiriert vom Ziel, die historischen Stadtkerne Europas mit neuem Leben zu füllen. Diese Herausforderung ist in keiner



Abbildung 3
Im Symposium »Creative Heritage« in Schloss Herrenhausen, gefördert von der Volkswagenstiftung, wurde im Oktober 2018 die »Hannover Creative Heritage Agenda« erarbeitet, der sich in zwischen 44 europäische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Partner aus Lateinamerika und dem Mittleren Osten angeschlossen haben.
Quelle: Institut für Entwerfen und Städtebau

dung, räumliche Planung, Werkzeuge der Partizipation, Regulierung und Incentives, Kommunikation, Wissenstransfer und Bildung.

Weiterbauen an der Stadt

In Bezug darauf steht hier folgendes im Fokus: das Weiterbauen an der Stadt. Es ist ein wesentliches Merkmal der Stadt in Europa – und des Habitat als menschlicher Lebensraum –, dass das Weiterentwickeln eine aktuelle und

European Year of Cultural Heritage 2018

Das Europäische Kulturerbejahr stellt mit zahlreichen Veranstaltungen, Projekten und Fördermaßnahmen Kulturerbe als wichtigen Baustein für die Zukunft Europas dar. Auf der Webseite europa.eu/cultural-heritage/ heißt es dazu:

»Man mag Kulturerbe als etwas aus der Vergangenheit oder als etwas Statisches ansehen – es entsteht aber durch unser Engagement. Mehr noch: Kulturerbe kann für Europas Zukunft eine große Rolle spielen. Daher wollen wir vor allem junge Menschen für das Europäische Kulturerbejahr begeistern. Kulturerbe kann in vielen Formen definiert werden:

- materielles Kulturerbe: zum Beispiel Gebäude, Monumente, Gegenstände, Kleidung, Kunstwerke, Bücher, Maschinen, historische Städte, archäologische Stätten;
- immaterielles Kulturerbe: Praktiken, Darstellungs- und Ausdrucksformen, Wissen, Fertigkeiten – und die damit verbundenen Werkzeuge, Objekte und kulturellen Räume – denen Wert zugemessen wird. Dies schließt auch Sprache und sprachliche Traditionen ein, Darstellende Künste, soziale Praktiken und traditionelles Handwerk;
- natürliches Kulturerbe: Landschaften, Flora, Fauna;
- digitales Kulturerbe: das in digitaler Form geschaffen wurde (zum Beispiel digitale Kunst oder Animation) oder das digitalisiert wird als Weg zur Erhaltung (mit Text, Bildern, Video, Audio).«

Weise verschwunden, sie wurde aber erweitert durch ein breiteres und inklusiveres Kultur- und Denkmalverständnis und durch ein Augenmerk auf immaterielles Kulturgut, das wesentlich auch in der Perspektive der Architektur eingeschrieben ist: kulturelle Haltungen, Kenntnisse und Fertigkeit in Bauen und in der Nutzung von Bauten und von Stadt. Der Aspekt des Teilens (»Sharing«) wurde vom deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, das eine wichtige Kraft für das Europäische Kulturerbejahr ist, mit dem Leitmotiv »Sharing Heritage« besonders betont: geteilte Verantwortung, gesellschaftliche und kulturelle Integrativität, Kommunikation und Bildung sind dabei wesentliche Punkte. Leitthemen des Kulturerbejahres in Deutschland sind: Grenz- und Begegnungsräume, Austausch, Stadt, Erinnerung und Beginn, gelebtes Kulturerbe in Europa.

Die Idee von »Creative Heritage«

In diesem umfassenden und engagierten Ansatz des Kulturerbejahres 2018 wird – sinnvollerweise – zunächst Erhaltung und Schutz in den Mittelpunkt gestellt. Die Idee von »Creative Heritage« geht davon aus, dass ein zusätzlicher Fokus auf Kreativität, die von Kulturgütern ausgeht, ein interessantes Feld für Forschung und Innovation darstellt. Diese Kreativität ist notwendig, um den Schutz von Kulturgütern zukunftsorientiert in der Gesellschaft von heute zu verankern – aber noch viel mehr, um die Rolle von Kulturgütern für Stadt, Kultur und Gesellschaft der Zukunft zu stärken, wie auch, um im Dialog mit Bestehendem neue Kulturgüter zu schaffen. Der Ansatz von »Creative Heritage« adressiert damit zwei wesentliche Komponenten

– gelebter Raum und Gestaltung von Zukunft – die Kern der fachlichen Kompetenzen von Architektur und Städtebau sind. Was hier zunächst als »Weiterbauen« und »Neuerfindung« bezeichnet wurde, soll mit »Creative Heritage« genauer erkundet werden: in vielen Dimensionen von Architektur, Stadt und Territorium und in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Bedeutung. Für eine neue Rolle von Kulturerbe skizziert »Creative Heritage« vier Erkundungsfelder in der Forschung, die im Rahmen des Leitbilds der »Regenerativen Stadt« stehen:

1. Verbindungen im Raum: Erweiterung von den historischen Kernen und der historischen Stadt zu einem historischen Layer in neuen Stadt-Land-Konstellationen und ihrer Transformation.
2. Verbindungen in der Form: materielle (berührbare), immaterielle (nicht berührbare), natürliche und digitale Formen von Kulturerbe in Stadt, Architektur und Landschaft;
3. Gestalten von Kulturerbe: Kontexte, Formen, Impulse für Gesellschaft und Wirtschaft;
4. Impulse zum Neuschaffen von Kulturerbe.

Die Initiative »Creative Heritage«

Die Initiative »Creative Heritage« zielt unter dem Leitthema kreativer Aspekte im Verstehen, Nutzen und Erweitern von Kulturerbe auf seine Rolle für die Zukunft der Stadt und auf kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovation. Die Initiative bündelt bestehende Forschungsaktivitäten und Forschungshintergründe der Partner, zum Beispiel aus dem Projekt »Alpine Building Culture« gefördert im Europäischen Strukturfonds,

»ReCycle« gefördert vom Forschungsministerium in Italien, »Territorial Mosaic City« gefördert vom Wirtschaftsministerium in Spanien, »Food Revolution 5.0« veranstaltet vom Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg, oder »Baltic Coast« über neue Architektur und räumliche Planung an der Ostsee. Die Initiative soll eine Plattform für zukünftige gemeinsame Forschungsaktivitäten und internationale Verbundprojekte sowie für Transfer und Kommunikation sein. Dazu werden in »Creative Heritage« vier Schwerpunkte in der Forschung bearbeitet:

1. Modelle der Inklusion in Stadt und Territorium, verstärkt durch Kulturerbe;
2. Stärkung urbaner Resilienz durch Kulturerbe: soziale, wirtschaftliche und ökologische Faktoren;
3. Verständnis von Kulturerbe als Grundlage für Neuschaffen in Stadt und Kultur;
4. Visionen und Konzept zur Stadt der Zukunft: Kulturerbe für die »Regenerative Stadt«.

Die Plattform »Creative Heritage« kann dank des von der Volkswagenstiftung geförderten Symposiums im Oktober 2018 in Schloss Herrenhausen mit der »Hannover Creative Heritage Agenda« forciert werden, die im November 2018 bei der UNESCO vorgestellt wurde. Zahlreiche Aktivitäten der Verbreitung und der Kooperation zwischen den Partnern haben bereits begonnen, auch in einer globalen Perspektive mit Lateinamerika und dem Mittleren Osten. Im April wird ein Buch im Jovis Verlag, Berlin, herausgegeben, das Ansätze und Statements zu »Creative Heritage« einem größeren Publikum vorstellt.



Prof. Jörg Schröder

Jahrgang 1972, ist seit 2012 Professor für Regionales Bauen und Siedlungsplanung am Institut für Entwerfen und Städtebau IES sowie aktuell Forschungsdekan der Fakultät für Architektur und Landschaft. Seine Forschungsinteressen liegen in der Verbindung von Architektur, Stadt und Land für Modelle räumlicher und kultureller Innovation. Kontakt: schroeder@staedtebau.uni-hannover.de

EMiLA und EuMiTD

STUDIEREN, PLANEN UND ENTWERFEN IM EUROPÄISCHEN KONTEXT

An der Fakultät für Architektur und Landschaft können Studierende zwei internationale Studienangebote mit verpflichtendem Auslandsaufenthalt wählen. Wie die Vertiefungsrichtung »European Master in Landscape Architecture« (EMiLA) und der Studiengang »European Master in Territorial Development« (EuMiTD) strukturiert sind, beschreiben Mitglieder der Fakultät.

Jedes Jahr entscheiden sich durchschnittlich 80 Studierende der Fakultät für Architektur und Landschaft für einen Auslandsaufenthalt. Das sind 25 Prozent aller Outgoings der gesamten Leibniz Universität Hannover (Stand: 2017), was insofern bemerkenswert ist, weil die Fakultät für Architektur und Landschaft mit fünf Prozent der Studierenden die kleinste der neun Fakultäten ist.

Die bemerkenswerte Statistik der Auslandsmobilität ist unter anderem auf das fakultäts-eigene Büro für »International Relations« zurückzuführen. Es ermöglicht eine fachbezogene Beratung und Vermittlung einer Auslandsuniversität, begleitet die Studierenden während des Auslandsaufenthalts und koordiniert die Leistungsanerkennung. Das große internationale Partnernetzwerk mit 61 europäischen Universitäten und 20 langjährigen, außereuropäischen Partnerschaften wird in enger Absprache mit den Lehrenden ständig gepflegt und qualitativ weiterentwickelt.

Neben dem Angebot eines freiwilligen Auslandsaufenthaltes für alle Studierende unterstreichen zwei internationale Studienangebote mit verpflichtendem Auslandsaufenthalt die starke internationale Ausrichtung der Fakultät: die Vertiefungsrichtung »European Master in Landscape Architecture« (EMiLA)

und der Studiengang »European Master in Territorial Development« (EuMiTD).

Vertiefungsrichtung »European Master in Landscape Architecture« (EMiLA)

Ein Netzwerk aus fünf Universitäten, die schon über viele Jahre enge Kontakte gepflegt hatten, entwickelte zwischen 2011 und 2014 ein Masterprogramm, welches das Entwerfen europäischer Landschaften in den Mittelpunkt einer kooperativen Lehre stellt. Der EMiLA wurde bewusst nicht als Joint- oder Double-Degree-Programm entwickelt, weil die bürokratischen und organisatorischen Hürden bei fünf verschiedenen nationalen Systemen zu hoch gewesen wären. Stattdessen wird der EMiLA in die laufenden Masterstudiengänge der Partneruniversitäten integriert und über ein spezielles Diploma-Supplement im Masterzeugnis herausgestellt, aus dem die geleisteten Auslandssemester hervorgehen.

Die Vertiefungsrichtung EMiLA richtet sich an deutsche und internationale Bachelorabsolvierende der Landschaftsarchitektur. Grundvoraussetzungen sind ein besonderes Interesse an komplexen Entwurfsfragestellungen. Darüber hinaus sollten die Interessierten über ein hohes Maß an Neugierde, Flexibilität



und Selbstorganisation verfügen sowie entwerferische Fähigkeiten vorweisen können.

Eine kooperative Lehre an fünf Universitätsstandorten (oder: Eine Ausbildung an drei Universitäten)

Das erste Fachsemester in Hannover kann zum Winter- oder Sommersemester erfolgen. Darauf folgend sieht die zweijährige Studienstruktur zwei Auslandssemester an zwei unterschiedlichen Studienstandorten vor. Den EMiLA-Studierenden stehen vier europäische Partneruniversitäten zur Auswahl: Amsterdam University of the Arts, Universität Politècnica de Catalunya, The University of

Edinburgh oder Ecole Nationale Supérieure de Paysage Versailles Marseille. Die Masterarbeit wird abschließend in Hannover verfasst – die Inspiration zur Themenwahl entsteht bereits oftmals im Laufe der Auslandsaufenthalte.

Eine Besonderheit der Studienstruktur liegt in der Durchführung zweier Studienmodule, die eigens für die Vertiefungsrichtung EMI-

Europaweite Zielvorstellungen verstärken die Internationalisierung von landschaftsbezogenen Planungsaufgaben.

Die Ausbildungsstruktur des EMI LA greift diese Internationalisierung der europäischen Planungskultur auf und ermöglicht eine Kompetenzentwicklung und Wissensgenerierung über unterschiedliche nationale Kontexte. Die gesammelten Erfahrungen

Landschaftsarchitektur wirkt sich diese Blickwinkelerweiterung sogar auch auf die Studierenden in Hannover aus.

Studiengang »European Master in Territorial Development« (EuMiTD)

Schon Ende des vergangenen Jahrzehnts hat es in der Fakultät für Architektur und Landschaft erste Überlegungen für



LA entwickelt wurden: das E-learning-Modul »EU policies on large-scale territorial changes« und die alljährliche »EMiLA SummerSchool« gewährleisten eine Zusammenarbeit aller aktuellen EMI LA-Studierenden der fünf Partnerhochschulen – im digitalen sowie im physischen Raum.

Mehrwert durch Internationalisierung

Mit der Unterzeichnung der Europäischen Landschaftskonvention im Jahr 2000 entstand ein erstes völkerrechtliches Übereinkommen, welches die (Kultur-)Landschaftsentwicklung in Europa als gemeinsame staatenübergreifende Aufgabe definiert.

über europäische Planungsvorhaben und Landschaftsarchitekturen stärken die Urteilskraft der Studierenden. Ein weiterer Vorteil entsteht durch die Weiterentwicklung sprachlicher Fähigkeiten, die gemäß des »Common European Framework of Reference for Languages (CEFR)« zur Zulassung eingefordert werden.

Der EMI LA ermöglicht eine Individualisierung des Studiums, da der Großteil der Modulbausteine frei gewählt werden kann – dies führt zu einer verstärkten Profilschärfung und somit zur Persönlichkeitsentwicklung der EMI LA-Studierenden. Durch die Teilnahme der »EMiLAs« an Pflichtmodulen des Master

einen internationalen Studiengang im Bereich Raumplanung und Raumentwicklung gegeben. Dabei waren zwei Motive wesentlich: Neben dem Beitrag zur weiteren Internationalisierung des Studienangebots der Fakultät war es Ziel, die vorhandenen Studienangebote in den Bereichen Architektur, Landschaftsarchitektur und Umwelt um einen Studiengang zu ergänzen, der ausdrücklich die integrative Perspektive der querschnittsorientierten Raumentwicklung in den Mittelpunkt rücken sollte.

Zielgruppe für das neue Angebot des EuMiTD, der seit dem Wintersemester 2014/2015 angeboten wird, sind insbesondere Absolventinnen und

Abbildung 1 Übersicht der teilnehmenden Universitätsstandorte des EMI LA

Abbildung 2 EMI LA-Summerschool 2012 auf den Orkney Islands © Martin Prominski

Absolventen aus in- wie ausländischen Studiengängen mit raum- und planungswissenschaftlichem Schwerpunkt. Ihr Interesse sollte auf eine berufliche Tätigkeit im internationalen Kontext ausgerichtet sein. Damit sind nicht nur Arbeitsplätze in internationalen Organisationen gemeint, sondern etwa auch

weitere Schwerpunkte im Bereich raumbezogener Planungen wie etwa der Landschaftsplanung und der Verkehrsplanung durch eigene Module gesetzt. Zudem wird im Interesse der praktischen Handlungsfähigkeit der Studierenden ausführlich auf die Förderpolitiken der EU eingegangen. Gemeinsam ist al-

Mehrwert durch Internationalisierung und Praxisbezug

Das dritte Fachsemester von EuMiTD soll obligatorisch an einer der ausländischen Partneruniversitäten verbracht werden (University of West England, Stockholms universitet, Université Francois Rabelais Tours, Wageningen University oder Universität für Bodenkultur Wien). Hier ist durch Kooperationsverträge eine Integration der Studierenden in den laufenden Betrieb der jeweiligen Fakultäten gewährleistet. Das vierte Semester dient dann der Erstellung der Masterarbeit, die möglichst von einem internationalen Team aus je einem Lehrenden der Universität Hannover und einer ausländischen Partneruniversität betreut werden soll.

Ein weiterer Mehrwert von EuMiTD liegt in der Einbindung der in Hannover und Braunschweig zuständigen Planungsbehörden (die Region Hannover und der Regionalverband Großraum Braunschweig), die für ihre Expertise im Bereich von Regionalplanung und Raumentwicklung sowie für die Verknüpfung von Verkehrssystem und Siedlungsentwicklung national und international sehr bekannt sind. Durch den engen Kontakt zu beiden Einrichtungen erhalten die EuMiTD-Studierenden wertvolle Einblicke in die Planungspraxis und erwerben weitere beruflich relevante Kompetenzen.

Fazit/Ausblick

Die Auseinandersetzung mit interdisziplinären und transnationalen Themen im »europäischen Maßstab« gewinnt im Kontext von Landschaftsarchitektur und raumbezogener Planung immer mehr an Bedeutung. Durch die Studienangebote an der Leibniz



Abbildung 3
Integrierte und nachhaltige Entwicklung von Städten und Regionen als Ziel des EuMiTD
© Martin Sondermann

in deutschen Planungsbehörden oder Entwicklungsagenturen, die in Grensräumen oder in anderen internationalen Verbänden mitwirken.

Integrative Raumentwicklung in europäisch vergleichender Perspektive

In den ersten beiden Semestern werden in Pflicht- und Wahlpflichtmodulen an der Leibniz Universität Hannover grundlegende Kenntnisse zum Verständnis der Planung und Raumentwicklung im internationalen Kontext vermittelt. Damit sind zum einen die EU-Ebene selbst gemeint, zum anderen aber auch die Planungssysteme und »Planungsrealitäten« in verschiedenen europäischen Staaten. Dabei werden neben der integrativen Perspektive der Raumentwicklung (Territorial Development)

in Modulen die Konzentration auf eine integrative Raumentwicklung im europäischen Kontext – dies trägt zur Profilierung des Studiengangs bei und ist ein Alleinstellungsmerkmal.

Da die beruflichen Tätigkeiten in der Raumplanung und Regionalentwicklung darüber hinaus Teamarbeit und das Verständnis für sehr verschiedene Disziplinen erfordern, liegt im EuMiTD, wie in anderen Studiengängen der Raumplanung, ein besonderer Schwerpunkt auf Studienprojekten, die sich mit konkreten Aufgaben und Fragestellungen planerischer Praxis befassen. Hier lernen und erfahren die Studierenden die Bedeutung von Teamarbeit, Interdisziplinarität und integrativen Perspektiven, wobei die Lehrenden eher die Rolle eines »Coaches« einnehmen.



M. Sc. Kendra Busche

Jahrgang 1986, ist seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Freiraumentwicklung (Fachgebiet Entwerfen Urbaner Landschaften) und EMiLA-Koordinatorin für den Standort Hannover. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der kooperativen Stadtentwicklung und performativen Beteiligungsmethoden. Kontakt: kendra.busche@freiraum.uni-hannover.de



Prof. Dr.-Ing. Martin Prominski

Jahrgang 1967, leitet seit 2009 das Fachgebiet Entwerfen urbaner Landschaften am Institut für Freiraumentwicklung der Leibniz Universität Hannover und ist seit 2011 für den EMiLA verantwortlich. Seine aktuellen Forschungen widmen sich erneuerbaren Energielandschaften und nachhaltigen Strategien für sich verdichtende Städte, u.a. als Leiter des »Sino-German Joint Laboratory on Urbanization and Locality Research« (gemeinsam mit der Peking Universität). Kontakt: martin.prominski@freiraum.uni-hannover.de



Prof. Dr. Rainer Danielzyk

Jahrgang 1959, Studium der Geographie, Raumplanung/Verwaltung, Volkswirtschaftslehre und Psychologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Promotion und Habilitation an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, ist seit 2010 Professor für Landesplanung und Raumforschung im Institut für Umweltplanung. Seit 2013 ist er auch Generalsekretär der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Empirie der Raumentwicklung; Raumordnung und Regionalpolitik, Planungstheorie. Kontakt: danielzyk@umwelt.uni-hannover.de



Prof. Dr. Frank Othengrafen

Jahrgang 1976, Raumplanungsstudium an der TU Dortmund, Promotion zum Thema Planungskultur an der Hafen-City Universität Hamburg, seit 2013 Juniorprofessor für Landesplanung und Raumforschung, vor allem Regional Governance, im Institut für Umweltplanung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Planungstheorie und Planungskultur, der Europäischen Raumentwicklung sowie im Bereich von Urban und Regional Governance. Kontakt: othengrafen@umwelt.uni-hannover.de

Universität Hannover sowie die unterschiedlichen Ausrichtungen der Partneruniversitäten sind die Absolventinnen und Absolventen von ihren Kompetenzen her für die Anforderungen der Berufspraxis sehr gut vorbereitet und in der Lage, der Komplexität europäischer Fragestellungen gerecht zu werden. EuMiTD und EMiLA verbessern damit die Berufschancen der Studierenden, tragen aber auch zur Persönlichkeitsbildung bei.

Gleichzeitig sind die Studiengänge EuMiTD und EMiLA durch ihre spezifische Ausrichtung für die Außenwirkung und Wahrnehmung

der Fakultät Architektur und Landschaft im nationalen und internationalen Raum bedeutsam. Die Studiengänge sind durch die in den Modulen jeweils vermittelten Kompetenzen, aber auch durch die Herkunft der Studierenden aus verschiedenen Ländern, Studiengängen und Studienorten sehr attraktiv. Denn es entstehen durch das gemeinsame Studieren neue Formen des Austausches und neue Netzwerke, die nach unseren bisherigen Erfahrungen auch nach dem Studium hilfreich sind. Ziel ist es, dass sich die Studierenden über die Identifikation mit den beiden Studiengängen auf den jeweiligen Arbeitsmärkten

und in den berufsbezogenen Netzwerken profilieren können.

Gleichwohl wäre es wünschenswert, wenn sich Interesse und Nachfrage der Studierenden nach den Studiengängen noch weiter stabilisieren und erhöhen würden. Für Marketing und Koordination sind in einem durchaus bescheidenen Umfang kontinuierliche Mittel erforderlich. Diese könnten auch dafür genutzt werden, noch mehr und systematischer Erkenntnisse über den Verbleib der Studierenden nach Studienabschluss im Interesse weiterer Profilierung der Studiengänge in Erfahrung zu bringen.

Europa – vom Kontinent zur Identität

DAS AUSTAUSCHPROGRAMM ERASMUS+

Das Austauschprogramm Erasmus+ besteht seit 30 Jahren und hat vielen Studierenden dazu verholfen, Europa zu bereisen und dadurch neue Perspektiven zu entwickeln. Der Koordinator des Erasmus+-Programms und die Programmadministratorin Austauschstudierende Incomings blicken zurück und ziehen Bilanz.



»Ich habe viele Leute in Europa getroffen. Ich bin sogar mir selbst begegnet.« James Baldwin

Grenzüberschreitende Mobilität boomt an den europäischen Hochschulen. Gerade feierte das Erasmus+-Programm, welches als Symbol für den europäischen Gedanken und das bekannteste europäische Austauschprogramm gelten kann, sein 30-jähriges Bestehen. Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern innerhalb europäischer Länder ist jedoch an sich kein neues Phänomen, sondern hat eine lange Tradition. Bereits in vergan-

genen Jahrhunderten suchten Gelehrte Hochschulen in anderen europäischen Ländern auf, um an Studien mitzuarbeiten und zu unterrichten. War dies noch mit vielen Hürden verbunden, scheinen die Möglichkeiten für einen Auslandsaufenthalt heute schier unbegrenzt. So können Mobilitäten unterschiedlichster Länge ins Studium integriert werden. Wer einen kürzeren Aufenthalt bevorzugt oder einfach erst einmal in das Universitätsleben im Ausland hineinschnuppern möchte, kann dies im Rahmen einer Summer School tun. Hierzu bieten viele europäische Hochschulen sprach- und

fachbezogene Sommerschulen an, die im Durchschnitt bis zu vier Wochen andauern und oftmals während der Semesterferien stattfinden. Wer Wissenschaft und Praxis verbinden möchte, hat die Möglichkeit eines Auslandspraktikums. Neben Laborpraktika, welche meist an den Universitäten selbst angesiedelt sind, können auch Praktika in privaten oder öffentlichen Einrichtungen absolviert werden. Je nach Finanzlage und Vergütung des Praktikums besteht auch hier die Möglichkeit bei der Heimathochschule einen Zuschuss für Reise- oder Aufenthaltskosten zu beantragen.

Ein Großteil der Auslandsaufenthalte findet allerdings im Rahmen von sogenannten Kreditmobilitäten statt. Hierbei handelt es sich um studienbedingte Auslandsaufenthalte, die dem Erwerb von Kreditpunkten dienen, welche an der Heimatuniversität zur Erlangung des Studienabschlusses anerkannt werden sollen. Die Aufenthalte sind in diesem Fall zeitlich begrenzt. Meist handelt es sich um ein- oder zweisemestrige Mobilitäten, die im Rahmen von Austauschprogrammen oder in geringerer Anzahl auch selbst organisiert stattfinden.

Im Hinblick auf die Austauschprogramme steht neben den Hochschulpartnerschaften vor allem das bereits erwähnte Erasmus+-Programm im Fokus. Bedingt durch den gegenseitigen Studiengebührenerlass der Partnerhochschulen, die Anerkennung von Studienleistungen aus dem Ausland und die Gewährung von Mobilitätzuschüssen konnte sich das Programm in den vergangenen 30 Jahren immer besser entwickeln: So gingen zwischen 1987 und 2017 rund 4.400.000 Studierende mit Erasmus ins Ausland, davon 651.000 aus Deutschland (Quelle: DAAD). Das Programm leistet damit einen wichtigen Beitrag zur europäischen Identitätsbildung: Viele der (ehemaligen) Erasmus-Studierenden geben an, sich durch den Erasmus Aufenthalt mehr als Europäer zu fühlen, als dies vorher der Fall war.

Europa bleibt für die Studierenden hierbei nicht nur ein abstrakter Begriff, sondern wird durch den Auslandsaufenthalt direkt erfahrbar. Es werden Freundschaften über europäische Grenzen hinaus geschlossen und das gegenseitige, interkulturelle Verständnis wächst. So ist bereits vom

»Erasmus Effekt« und »Erasmus-Babies« die Rede, der ersten Generation junger Europäerinnen und Europäer. Die Tatsache, dass die Studierenden lernen, sich an eine zunächst fremde Lehr- und Lernkultur anzupassen, zeigt auch positive Auswirkungen auf ihre Karrierechancen. Viele Firmen legen in der sich globalisierenden Arbeitswelt mittlerweile großen Wert auf Auslandserfahrungen und Fremdsprachenkenntnisse ihrer Mitarbeiter. Gleichzeitig erhöhen die Studierenden auf diese Weise ihre Karrierechancen im Ausland selbst. Im Zusammenhang mit dem Erwerb internationaler Schlüsselkompetenzen dürfen auch die positiven Effekte auf die Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden nicht unerwähnt bleiben. Neben der bereits beschriebenen größeren Toleranz gegenüber anderen Einstellungen und Kulturen, gibt ein Großteil der ehemaligen Erasmus-Studierenden an, dass sie durch den Auslandsaufenthalt deutlich mehr an Selbstvertrauen und Eigenständigkeit gewonnen hätten.

Ein Auslandsaufenthalt im Rahmen von Erasmus+ ist aber längst nicht mehr nur Studierenden vorbehalten. Wenn das Zusammenwachsen und die Vernetzung europäischer Hochschulen gelingen sollen, ist die Einbeziehung der Hochschulmitarbeiter unerlässlich.

So sehen sich nicht nur Lehrende mit der wachsenden Anzahl von internationalen Studierenden konfrontiert, sondern auch andere Beschäftigte aus unterschiedlichsten Bereichen der Hochschule. Für Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter besteht die Möglichkeit eines Lehraufenthaltes an einer der Partnerhochschulen. Die Teilnehmenden können auf diese Weise

sowohl eine andere Lehrkultur kennen lernen als auch ihr eigenes Fachwissen an die Studierenden der Gasthochschule vermitteln. Durch das Senden und Empfangen von Gastdozenten wird nicht nur das internationale Profil der jeweiligen Hochschule gestärkt, sondern es erhalten auch Studierende, die aus verschiedenen Gründen keinen Auslandsaufenthalt in Anspruch nehmen können oder wollen, die Möglichkeit, neue Inhalte und Lernmethoden kennenzulernen. Zudem können sich Lehrende auf diese



Weise vor Ort mit ihren dortigen Kollegen vernetzen, was im besten Falle die Entwicklung gemeinsamer Studienprogramme zur Folge hat. Diese Erfahrungen sollen jedoch nicht nur den Lehrenden einer Hochschule vorbehalten werden. Gleichwohl ist die länderübergreifende Mobilität auch für andere Hochschulbeschäftigte eine hervorragende Chance, einen Einblick in die Arbeitsweise der Gasthochschule zu bekommen. Teilnehmende können innerhalb eines jeweils ähnlichen Tätigkeitsbereichs wie dem der Heimatinstitution hospitieren. Somit lernen sie die Strukturen und Organisation der

Ein Auslandsaufenthalt bietet Studierenden die Chance, nicht nur neue Länder kennenzulernen, sondern auch neue Freunde zu finden.

Foto: Julia Almeida



Anne Höch

Jahrgang 1980, ist Mitarbeiterin im Hochschulbüro für Internationales. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Programmadministration der internationalen Austauschstudierenden. Kontakt: anne.hoech@zuv.uni-hannover.de



Dott. Francesco Ducatelli

Jahrgang 1973, ist Erasmus+-Hochschulkoordinator, Programmkoordinator Europa und Israel. Kontakt: [francesco.ducatelli@zuv.uni-hannover.de](mailto:ducatelli@zuv.uni-hannover.de)

Partnerinstitution kennen, was oft vielfältige neue Erkenntnisse und Anregungen mit sich bringt. Gleichzeitig haben sie die Gelegenheit, den ausländischen Kollegen die Arbeitsverfahren an der heimischen Institution vorzustellen. Was rückblickend von den meisten Teilnehmenden als sehr positiv empfunden wird, sind die entstandenen persönlichen Kontakte. So könnten auch Dinge im gegenseitigen Arbeitsaustausch seit dem Aufenthalt an der Gastinstitution viel schneller »auf dem kurzen Dienstweg« geregelt werden. Neben Hospitationen an Partnerinstitutionen können Beschäftigte jedoch auch an internationalen Workshops, Staff Weeks und Sprachkursen im Rahmen des Erasmus+-Programms teilnehmen.

Im Fokus all dieser Mobilitätsmaßnahmen, unabhängig davon, ob es sich um Studierende, Lehrende oder Beschäftigte handelt, stehen der europäische Gedanke und die Idee des lebenslangen Lernens. Es geht um die Vernetzung und das Zusammenwachsen der europäischen Hochschulen und somit um die Schaffung eines gemeinschaftlichen europäischen Hochschul-

bildungsraumes. Wenn von Mobilität und Internationalisierung der Hochschulen die Rede ist, dürfen auch die Studierenden nicht unerwähnt bleiben, welche im europäischen Ausland einen Abschluss anstreben. So nehmen viele Studierende die Möglichkeit wahr, nach dem Bachelorstudium im Heimatland, ihr Masterstudium ins europäische Ausland zu verlagern. Dies wird dann als vertikale Mobilität bezeichnet. Darüber hinaus kann in einzelnen Studiengängen bereits ein »joint degree« (Erwerb eines gemeinsamen Abschlusses der heimischen und der ausländischen Hochschule) oder »double degree« (Erwerb der Abschlüsse beider Partnerhochschulen) absolviert werden.

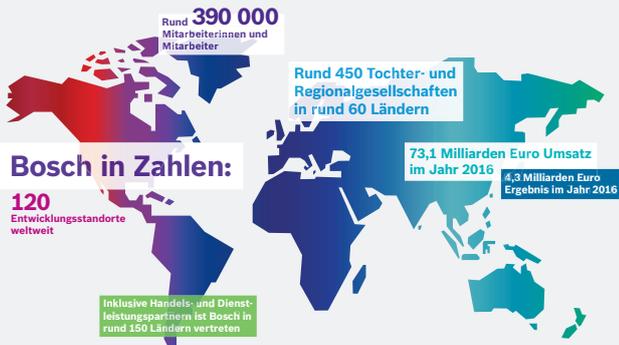
Diese Variante erfreut sich bei Studierenden immer größerer Beliebtheit, zumal sie hiermit bessere Karrierechancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt verbinden. Ähnliche Verfahren gibt es auch im Bereich der Forschung, so dass Doktoranden beispielsweise eine Promotionsarbeit in zwei europäischen Ländern ermöglicht wird (»Cotutelle-Verfahren«).

Es ist bereits deutlich geworden, wie vielfältig die Wege im Hinblick auf einen Auslandsaufenthalt in Europa sind und welche Grundgedanken hiermit verbunden werden. Aber wie sieht die Umsetzung konkret an der Leibniz Universität Hannover aus?

Die Leibniz Universität Hannover hat sich die Internationalisierung als Schlüsselaufgabe gesetzt. Zur Umsetzung dieses Zieles ist die Leibniz Universität in verschiedenen Netzwerken aktiv (unter anderem TU9, CESAER, T.I.M.E.) und verfügt über eine große

Anzahl attraktiver Partnerhochschulen weltweit. Europa ist hierbei einer der Schwerpunkte innerhalb der Internationalisierungsstrategie der Leibniz Universität. So bestehen Erasmus-Kooperationen mit rund 300 Partnerhochschulen, die insgesamt über 700 Studienplätze beinhalten. Das Erasmus Programm der Leibniz Universität wurde bereits zweimal mit dem Europäischen Qualitätssiegel für eine besonders gute Umsetzung der Programmkomponenten und Mobilitätsmaßnahmen ausgezeichnet. Neben den Mobilitäten von Studierenden, Lehrenden und Beschäftigten stehen auch Maßnahmen zur Curriculumentwicklung, die Durchführung von Kurzzeitprogrammen, die Schaffung innovativer Lehr- und Lernmethoden sowie die Entwicklung dualer Studiengänge im Fokus des Erasmus+ Programms.

Nicht vergessen werden dürfen hier zudem die Erasmus-Praktika und die gemeinsamen Masterabschlüsse (Erasmus Mundus). Die Aufenthalte im europäischen Ausland erfreuen sich auch an der Leibniz Universität in den vergangenen Jahren immer größerer Beliebtheit, zumal ein großer Teil der im Ausland erbrachten Leistungen im Rahmen der Kreditmobilitäten hier anerkannt werden kann und es somit nicht zu einer Verlängerung des Studiums kommen muss. Viele Studierende schätzen die finanzielle Unterstützung in Form des Mobilitätzuschusses sowie den Erlass der Studiengebühren an der Partnerhochschule, was besonders in Nordeuropa einen wesentlichen Vorteil mit sich bringt. Daher bleibt abschließend nur zu sagen »Weiter so!« oder getreu dem Erasmus-Slogan: »Wer sich bewegt, bewegt Europa!«



Bosch in Zahlen:

Lieber bewegen statt stillstehen? Willkommen bei Bosch.

Die Bosch-Gruppe gehört zu den Global Players im Technologie- und Dienstleistungsbereich: Wir setzen pro Jahr rund 73 Milliarden Euro um – mit insgesamt über 390.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weltweit. Wo wir aktiv sind: in den vier Unternehmensbereichen Mobility Solutions, Industrial Technology, Consumer Goods sowie Energy and Building Technology. Wie wir agieren: mit rund 450 Tochter- und Regionalgesellschaften in rund 60 Ländern. Was uns antreibt: Lösungen für das vernetzte Leben zu entwickeln und so weltweit die Lebensqualität der Menschen zu verbessern – mit innovativen und begeisternden Produkten und Dienstleistungen. Was Sie bei Bosch erwartet: die Möglichkeit, wirklich Großes zu bewegen und gemeinsam mit uns aktiv die Zukunft zu gestalten. Als Teil eines Teams, das mit sinnstiftenden Produkten neue Impulse setzt.

Starten auch Sie etwas Großes.
Für mehr Informationen zu Ihren
Karrieremöglichkeiten bei Bosch:
www.bosch-career.de

Let's be remarkable.



Damit im Studium
nix schief
läuft ...

- Mensen + Cafeterien
- Zimmer + Wohnungen
- BAföG + Finanzierung
- Soziales + Internationales

www.studentenwerk-hannover.de

studentenwerk.hannover

Internationale Verbindungen in den Rechtswissenschaften

DAS ELPIS-NETZWERK

Überall ist Recht in die Sprache und die Kultur seiner Herkunft integriert. Für Prüfung und Ausbildung steht in Deutschland das juristische Staatsexamen im Fokus. Internationalität in der Lehre und Forschung ist mithin nicht die Kernbeschäftigung eines Juraprofessors, sondern bleibt zusätzlichem Engagement überlassen. Nach achtzehn Jahren eigener Leitung eines internationalen Netzwerks von Rechtsfakultäten wird diese Aufgabe seit dem Vorjahr von Prof. GERMELMANN und seiner Mannschaft weiterbetrieben. Das Schwergewicht lag seit jeher auf dem ELPIS-Netzwerk (ELPIS steht für »European Legal Practice Integrated Studies«, als Akronym für griechisch »Hoffnung«). Das Netzwerk, initiiert im Jahr 1984 durch Prof. FENGE, besteht heute aus rund 36 europäischen Rechtsfakultäten, hinzu kommen programmbezogene assoziierte Partner auf anderen Kontinenten. Es handelte sich lange um das größte europäische Rechtsfakultäten-Netzwerk Europas, welches Studierenden- und Dozentenaustausch, Forschungsverbund sowie gemeinsame Projektanträge zum Gegenstand hat. Vor allem aber geht es uns allen um den Ausbau des europäischen Hochschulraums.

Das Charakteristische bei ELPIS war stets das Gespräch zwischen den europäischen Partnern, das verlässlich, unmittelbar und jederzeit stattfindet. Die Studienangebote und Förderschemata, wie ERASMUS MUNDUS und TEMPUS, entwickelten sich zu neuen Formen, Elemente der juristischen Praxis gehörten stets dazu.

So vermittelt der ELPIS I-Studiengang im Regelfall in Ergänzung des Staatsexamensstudiums Kenntnisse des Rechts in verschiedenen europäischen Rechtsordnungen

sowie im Europarecht für Untergraduierte. Signifikantes Merkmal ist der zweiseimstige Aufenthalt an einer anderen europäischen Universität. Der Abschluss »Magister Legum Europae (MLE)« war äußerst erfolgreich und mit über 600 absolvierten MLEs in der Branche bekannt. Derzeit als Zertifikatsstudium CLE angeboten, ist die Überleitung in einen konsekutiven Bachelor (LL.B.) beabsichtigt.

Seit 2004 führt der konsekutive postgraduierte Master ELPIS II in zweijährigem Vollzeitstudium zu einem gemeinsamen Abschluss der staatlichen Universitäten in Hannover, Lissabon und Rouen mit der Bezeichnung »European Legal Practice – LL.M. Joint Degree«. Das Programm wird durch ein Konsortium koordiniert und zeichnet sich durch europäische Mobilität der juristischen Studien ebenso aus wie durch ein integriertes Sprachschema. Als ERASMUS MUNDUS Pionierkurs hat das Produkt 12 Jahre ein EU-Label (EMMC) getragen.

Das ELPIS-Netzwerk hat regional noch weitere gemeinsame Produkte an seinen Partneruniversitäten anzubieten, darunter bekannte Sommerakademien im Steuer- und Europarecht, integrierte Curricula europäischer Universitäten und gemeinsame Publikationen. Auch hat die juristische Fakultät in Hannover, deren Stärke nicht zuletzt auf ihrem internationalen Fokus beruht, überdies noch weitere internationale Projekte vorzuweisen.

Prof. Dr. Bernd Oppermann
Institut für Deutsches und Europäisches
Privatrecht und Wirtschaftsrecht

Was Europa mit der Vergabe von Krediten zu tun hat

DAS BEISPIEL IMMOBILIENKAUF

Wie sehr das nationale Recht von der EU-Normsetzung durchdrungen ist, zeigt sich besonders deutlich am Beispiel des Wirtschaftsrechts. Das deutsche Wirtschaftsrecht basiert inzwischen zu etwa 80 Prozent auf europäischen Vorgaben. Eine Wissenschaftlerin vom Institut für Deutsches und Europäisches Privat- und Wirtschaftsrecht beschreibt die Auswirkungen dieses Befunds auch auf den einzelnen Bürger beispielhaft am Wohnimmobilienkreditrecht.



I. Der Traum vom Eigenheim und dessen Finanzierung

Viele Menschen hegen, nicht zuletzt aufgrund steigender Mieten und der geringen Verzinsung des Ersparnis, den Wunsch nach den sogenannten eigenen vier Wänden. Der Erwerb einer Wohnimmobilie ist regelmäßig mit der Aufnahme eines Kredits bei einer Bank oder Sparkasse verbunden.

Der Kreditgeber prüft bei der Vergabe eines Kredits schon aus eigenem Interesse, ob ein solcher im Falle einer Nichtrückzahlung abgesichert ist.

Im Mittelpunkt stand dabei bis zum Jahre 2016 insbesondere, dass die zu erwerbende Immobilie werthaltig ist. Dies festzustellen war auch das Ziel der dem Darlehensgeber in § 18 Kreditwesengesetz (KWG) aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Kreditwürdigkeitsprüfung.

Die Wohnimmobilienengagements der Verbraucher führten in der Praxis immer wieder dazu, dass der Kredit nicht mehr zurückgezahlt werden konnte. Die Konsequenz war häufig eine Zwangsversteigerung der erworbenen Immobilie. Dies

wiederum führte in manchen Fällen sogar zur Obdachlosigkeit der betroffenen Personen.

II. Der europäische Gesetzgeber und die Kreditwürdigkeitsprüfung

Ein Anliegen des europäischen Gesetzgebers war es daher, Missstände bei der Vergabe von Wohnimmobilienkrediten zu beseitigen. Es war von einer »verantwortungsvollen Kreditvergabe« aus Verbraucherschutzgründen die Rede. Die Banken und Sparkassen würden bei ihrer Kreditentscheidung nicht hin-

reichend berücksichtigen, ob der Kreditnehmer den Kredit mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zurückzahlen kann. Vielmehr werde überwiegend auf die Werthaltigkeit der Immobilie abgestellt.

Gleichzeitig ging es dem EU-Gesetzgeber um die Vermeidung einer weiteren Finanzmarktkrise, deren Ursache auch in der unverantwortlichen Kreditpraxis gegenüber den Verbrauchern auf den Hypothekmärkten gesehen wurde. Dass der deutsche Markt, im Gegensatz zu anderen europäischen Märkten, hieran aufgrund regelmäßig festverzinslicher (und nicht

Wohnimmobilien-Kreditvergabe unter anderem nur noch dann gestattet sein soll, wenn der Kreditgeber eine eingehende Kreditwürdigkeitsprüfung vorgenommen hat. Es muss wahrscheinlich sein, dass der Verbraucher seinen Verpflichtungen aus dem Kreditvertrag nachkommen kann, wobei nicht hauptsächlich auf den Immobilienwert abgestellt werden darf (Art. 18 Abs. 1, 3 und 5 lit. a) Wohnimmobilienkreditrichtlinie).

III. Die Richtlinienumsetzung in deutsches Recht

Der deutsche Gesetzgeber setzte diese Richtlinie im

Rechtsunsicherheiten beseitigen sollte. Zugutehalten muss man diesem, dass diejenigen Punkte, die der deutsche Gesetzgeber bei seiner Umsetzung von 2016 »vergessen« hatte, im Gesetz ergänzt wurden. So darf beispielsweise nun »hauptsächlich« der Immobilienwert berücksichtigt werden, wenn der Kreditvertrag »zum Bau oder zur Renovierung der Wohnimmobilie« dient (§ 505b Abs. 2 Satz 3 BGB). Mit dem Begriff »Bau« ist wohl richtlinienkonform der »Ausbau« gemeint.¹

Nicht vollständig behoben sind mit dem Korrekturgesetz von 2017 jedoch die angeprangerten Verschlechterungen bei einer Kreditvergabe.² Aufgrund der zahlreichen unbestimmten Rechtsbegriffe des Gesetzes war zudem die Befürchtung aufgekommen, die Banken und Sparkassen würden ab jetzt in ihrer Kreditvergabe wegen der entstandenen Rechtsunklarheiten sehr restriktiv verfahren. Eine fehlerhafte Kreditwürdigkeitsprüfung des Kreditgebers führt nämlich nach neuem Recht zu drastischen Rechtsfolgen (§ 505d BGB). Sie reichen von einer Zinsreduktion bis hin zur Möglichkeit des Kunden, den Kreditvertrag auch noch nach vielen Jahren mit der Begründung einer fehlerhaften Kreditwürdigkeitsprüfung fristlos zu kündigen. Umstritten ist derzeit in der Wissenschaft noch, ob der Kunde daneben auch Schadensersatzansprüche geltend machen kann.³

Immerhin enthält das Gesetz von 2017 eine Rechtsverordnungsbefugnis (§ 505e BGB), auf der nun die Hoffnungen hinsichtlich einer Konkretisierung der Anforderungen ruhen. Der Verordnungsvorschlag »zur Festlegung von Leitlinien zu den Kriterien und Methoden der Kreditwürdigkeitsprüfung« ist allerdings sehr allgemein gehalten.



Abbildung 1
Das deutsche Wirtschaftsrecht basiert zu einem großen Teil auf europäischen Vorgaben.
Foto: picture alliance

Abbildung 2
Um eine Immobilie erwerben zu können, müssen viele Käufer einen Kredit aufnehmen.
Foto: picture alliance / Ikon Images

variabler) Darlehen gar nicht »Mitauslöser« war, spielte im europäischen Kontext keine Rolle. Und drittens wurde konstatiert, dass die Geschäftsgebaren in den EU-Mitgliedstaaten bei Abschluss eines Wohnimmobilienkreditvertrags sehr unterschiedlich waren. Damit werde der Wettbewerb und die Auswahl auf dem Markt eingeschränkt.

Aufgrund dieses Szenarios schuf der europäische Gesetzgeber am 4. Februar 2014 die »Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher«. Zentraler Punkt war die Regelung, dass eine

März 2016 um und nahm insbesondere die oben genannten Punkte in das Darlehensvertragsrecht des Bürgerliche Gesetzbuchs auf (vgl. § 505a Abs. 1 Satz 2, § 505b Abs. 2 BGB). Damit geriet er sofort heftig in die Kritik. Bemängelt wurde zu Recht vor allem, dass es jetzt insbesondere jungen Familien und alten Menschen faktisch unmöglich geworden sei, einen Wohnimmobilienkredit zu erhalten.

Als Reaktion des Gesetzgebers trat am 10. Juni 2017 das Finanzaufsichtsrechtergänzungsgesetz in Kraft, das unter anderem die aufgetretenen



Prof. Dr. Petra Buck-Heeb

Jahrgang 1963, hat am Institut für Deutsches und Europäisches Privat- und Wirtschaftsrecht der Juristischen Fakultät der Leibniz Universität den Lehrstuhl für Zivilrecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht inne. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Kapitalgesellschaftsrecht, Bank- und Kapitalmarktrecht, Informationsmanagement in Unternehmen, Compliance sowie Selbstregulierung im Privatrecht. Kontakt: buck@jura.uni-hannover.de

IV. Die »europäisch bedingten« Schwierigkeiten, einen Kredit zu erhalten

Zentraler Stein des Anstoßes ist nach wie vor die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung, ob der Kunde den Wohnimmobilienkredit »wahrscheinlich« zurückzahlen kann (§ 505a Abs. 1 Satz 2 BGB). Wann eine solche Wahrscheinlichkeit gegeben sein soll, ist bislang nur unzureichend ausgelotet. Diesbezüglich hat der Darlehensgeber laut Gesetz die finanziellen und wirtschaftlichen Umstände des Darlehensnehmers »eingehend« zu prüfen, wobei die relevanten Faktoren »angemessen« zu berücksichtigen sind. Solche und weitere unbestimmte Rechtsbegriffe machen eine hinreichende Kreditwürdigkeitsprüfung schwer.

Als Parameter sollen nach dem Gesetz nicht nur das Einkommen und die Ausgaben des Kunden berücksichtigt werden, sondern auch »die Faktoren ..., die für die Einschätzung relevant sind, ob der Darlehensnehmer seinen Verpflichtungen aus dem Darlehensvertrag voraussichtlich nachkommen kann« (§ 505b Abs. 2 Satz 2 BGB). Welche Faktoren das genau sein sollen, bleibt offen.

Einigkeit besteht immerhin darüber, dass der Kreditsachbearbeiter nun nicht nur die Haben- und Soll-Seite vergleicht, sondern auch eine Prognose darüber abgeben muss, ob der Kreditnehmer den Kredit auch in der Zukunft bis zur vollständigen Tilgung zurückzahlen kann. Wie diese langfristige Einschätzung hinreichend erfolgen kann, ist nicht klar.⁴ Offen ist, ob deshalb die Kunden etwa nach der Familienplanung gefragt werden müssen, beispielsweise nach Scheidungsgedanken, nach Krankheiten und/oder nach erblich bedingten Handycaps in der

Familie. Eine akribische Kreditwürdigkeitsprüfung würde solche Fragen zwingend einbeziehen müssen. Denn nur dann ist eine noch immer relative, aber gesichertere Prognose bezüglich der Rückzahlungsfähigkeit möglich.

Nach der Leitlinien-Rechtsverordnung soll zwar davon abgesehen werden können, statistisch mögliche Szenarien im Sinne von allgemeinen Lebensrisiken (Ehescheidung, Arbeitslosigkeit usw.) zu berücksichtigen, wenn nicht konkrete Anhaltspunkte vorliegen (§ 4 Abs. 3 VO-Entwurf). Welche und wie viele Angaben hierzu vom Kreditgeber zu erfragen sind, wird aber offengelassen. Nur bedingt hilft es auch, dass die zu beachtenden Faktoren vom Einzelfall abhängen sollen (§ 2 Abs. 3 VO-Entwurf), und dass bei der Rückzahlungsprognose ein »nach der Lebenserfahrung anzunehmender Verlauf der Dinge« unterstellt werden darf (§ 3 Abs. 1 VO-Entwurf).

Hinzu kommt ein Weiteres: Selbst wenn der potenzielle Kunde den »Verdacht« hat, die Bank habe die Kreditgewährung aufgrund einer fehlerhaften, weil viel zu strengen Kreditwürdigkeitsprüfung abgelehnt oder wenn er Hinweise darauf hat, dass die Bank falsche (negative) Informationen hierfür verwendet hat, kann er diese weder darauf verklagen, ihm den Kredit zu gewähren noch die Kreditwürdigkeitsprüfung zu wiederholen. Insofern herrscht (noch immer) Vertragsfreiheit mit dem Recht zur Ablehnung eines Vertragsschlusses durch die Bank. Der einzige Weg, der dem Kunden bleibt, ist, sich an eine andere Bank zu wenden. Sofern diese jedoch erfragt, ob bereits anderweitig ein Darlehen »beantragt« und abgelehnt wurde, könnte für den Kunden die Traumimmobilie »in weite Ferne« rücken.

V. Fazit

Zwar haben die europäische Richtlinie und das deutsche Umsetzungsgesetz mit dem Schutz des Verbrauchers ein gutes Ziel vor Augen gehabt. Mit den getroffenen Maßnahmen wurde jedoch teilweise »danebengeschossen«. An den »Pranger« gestellt wurde bislang in der Öffentlichkeit der deutsche Gesetzgeber. Dass ihm aber in zahlreichen Punkten »die Hände gebunden« sind, darf dabei nicht vergessen werden. Konkret ist es jedenfalls derzeit weder der Praxis noch der Wissenschaft möglich, festzustellen, wann eine Kreditwürdigkeitsprüfung vor den Zivilgerichten wohl standhalten wird.

Eine Konkretisierung der deutschen Regelungen durch eine nationale Rechtsverordnung ist schon deshalb nur begrenzt hilfreich, weil diese Bestimmungen von den Gerichten richtlinienkonform auszulegen sind. Daher wird es darauf ankommen, wie die nationalen und letztendlich die europäischen Richter die einzelnen Rechtsbegriffe auslegen. Ein misslicher Zustand nicht nur für die Banken und Sparkassen, sondern auch für den Verbraucher.

Verweise

- 1 Omlor, NJW 2017, 1633, 1636.
- 2 Siehe etwa Buck-Heeb, WM 2017, 1329 ff.; Harnos, JZ 2017, 552 ff.
- 3 Vgl. Buck-Heeb, NJW 2016, 2065 ff.
- 4 Vgl. Omlor, NJW 2017, 1633 f.; König, WM 2017, 269, 273 ff.

11
102
1004

Leibniz
Universität
Hannover



LeibnizSHOP

Welfenschloss
Welfengarten 1
30167 Hannover

Öffnungszeiten
Montag bis Freitag
10.00 - 14.00 Uhr



www.leibnizshop.de



Europa jetzt auch digital?

DIE »DIGITAL SINGLE MARKET«-STRATEGIE DER EU

Digitale Technologien sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Sie sind nicht nur Grundlage vieler Wirtschaftsbereiche, sondern auch fester Teil des Arbeits- und Privatlebens geworden – und das in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission im Jahr 2015 eine Strategie für einen digitalen Binnenmarkt entworfen. Drei Wissenschaftler vom Institut für Rechtsinformatik erläutern die Hintergründe.

Die Europäische Kommission hat im Jahr 2015 eine Strategie für einen digitalen Binnenmarkt in Europa, einen »Digital Single Market« vorgestellt (COM/2015/192 final), um das Potenzial dieses großen Wirtschaftsraums besser auszunutzen. Diese Strategie soll die zwischen den Mitgliedstaaten bestehenden rechtlichen und tatsächlichen Barrieren beseitigen und damit die Mitgliedstaaten nicht nur sprichwörtlich besser vernetzen. Durch den Ausbau des digitalen Marktes sollen das Waren- und Dienstleistungsangebot für die Bürger erweitert und mehr Absatzmöglichkeiten und damit letztlich auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, sodass damit nicht nur das Leben der über 500 Millionen EU-Bürger bereichert, sondern auch die Gesamtwirtschaft der EU maßgeblich (die Rede ist von einem Betrag von insgesamt 415 Mrd. Euro) gestärkt wird. Die Umsetzung dieses »Fahrplans zur Vollendung des digitalen Binnenmarkts« hat bereits zu einigen medienwirksamen Neuregelungen geführt. In diesem Beitrag sollen einige der bereits erreichten Resultate vorgestellt und die weiteren bis zum Jahr 2020 angestrebten Ziele skizziert werden.

Ein wichtiger Aspekt des digitalen Binnenmarkts ist der Online-Handel. Um die Hemmnisse vor dem grenzüberschreitenden Online-



Handel sowohl auf Unternehmer- als auch Verbraucherseite zu beseitigen, ist zunächst sicherzustellen, dass die EU-Bürger überhaupt über einen (bezahlbaren) Zugang zum Internet verfügen. Um auch die Versorgung mit Breitbandinternet in ländlichen Regionen zu gewährleisten, sollen Investitionen in den Kabelnetzausbau angeregt und insbesondere die Funkfrequenzen für drahtloses Internet auf einer einheitlichen Grundlage verwaltet werden. Neben der fehlenden technischen Infrastruktur hat sich in der Vergangenheit auch die (Rechts-) Unsicherheit als Hemmschuh für den grenzüberschreitenden Online-Handel erwiesen. Nur 38 Prozent der Verbraucher fühlten sich im Jahr 2015 bei Online-Einkäufen bei Händlern aus anderen EU-Mitgliedstaaten sicher. Dieses Unsicherheitsgefühl war auch auf Unternehmenseite zu verzeichnen, von denen überhaupt nur 7 Prozent ihre Waren im gesamten EU-Ausland angeboten haben. Als Grund

dafür hat die EU-Kommission unter anderem die fehlende Rechtsharmonisierung im Bereich des Online-Handels ausgemacht, insbesondere etwa im Hinblick auf den Handel mit digitalen Inhalten wie eBooks, die dazu führt, dass Verbraucher und Unternehmer angesichts der (mindestens) 28 unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen verunsichert sind. Um das Vertrauen in den grenzüberschreitenden Online-Handel zu stärken, wird daher eine weitere Vereinheitlichung sowie die Vereinfachung der Durchsetzbarkeit dieser Rechte angestrebt. Zwei wichtige Richtlinienvorschläge zu diesem Thema befinden sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren (COM/2015/634 final; COM/2017/637 final). Die neuen Rechte sind aber wenig wert, wenn man sie nicht durchsetzen kann. Deshalb wurde mit der Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten (Verordnung (EU) Nr. 524/2013) ein Instrument

zur vereinfachten außergerichtlichen Rechtsdurchsetzung und damit zur Stärkung des Vertrauens in den Online-Handel geschaffen. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung Anfang 2016 wurde eine Plattform eingerichtet, die Händlern und Verbrauchern in der EU die Möglichkeit gibt, zwischen ihnen aufgetretene Probleme durch eine unabhängige Stelle klären zu lassen (<https://ec.europa.eu/consumers/odr>).

Ein weiteres Hindernis für einen tatsächlichen digitalen Binnenmarkt in Europa ist die verbreitete Praxis des sogenannten Geoblockings. Nicht wenige Unternehmen haben die Entstehung eines tatsächlichen Binnenmarktes dadurch behindert, dass sie je nach ermittelter Herkunft, Staatsangehörigkeit oder anhand des Wohnorts des potenziellen Käufers diesen vom Abruf der Internetseite ausgeschlossen oder Varianten der Webseiten mit unterschiedlichen Kaufbedingungen und Nettverkaufspreisen angezeigt haben. Dieses Verhalten wird mit der ab dem 03.12.2018 geltenden Verordnung (EU) 2018/302 für den Bereich von Online-Käufen eingeschränkt. Auch eine weitere Variante des Geoblockings wurde mit der seit März geltenden Portabilitätsverordnung (EU) 2017/1128 erheblich eingeschränkt. In der Vergangenheit war es oft üblich, dass Anbieter von Online-Medien wie Musik, Filmen oder Spielen den Zugang zu diesen Inhalten nur am registrierten Wohnsitz bereitgestellt haben, sodass bei Urlaubs- oder Geschäftsreisen im EU-Ausland der Abruf dieser Inhalte gesperrt war. Auch diese Form des Geoblockings gehört nun der Vergangenheit an. Bei vorübergehendem Aufenthalt im EU-Ausland muss der Zugang zu bezahlten Online-Medien nun genauso möglich sein wie im

Heimatort. Weiterhin möglich ist jedoch das Geoblocking bei unentgeltlich angebotenen, urheberrechtlich geschützten Inhalten, die zuweilen zwar nicht von Deutschland, aber im Ausland abrufbar sind. Der bekannte YouTube-Hinweis »Dieses Video ist in Deutschland leider nicht verfügbar – das tut uns leid« bleibt uns damit bis auf weiteres noch erhalten.

nen genutzt werden wie im Inland, was ein wichtiges Anliegen der »Digitaler Binnenmarkt«-Strategie war.

Ein Ort, an dem sich Unternehmen wie Verbraucher begegnen, sind Online-Plattformen, also etwa soziale Netzwerke oder E-Commerce-Plattformen wie eBay. Sie nehmen im Internet eine besondere Position ein, stellen sie doch



2

Wer seine Online-Medien gerne über das Smartphone gestreamt hat, war im Ausland nicht nur durch das Geoblocking gehindert, sondern oftmals auch angesichts der teilweise erheblichen Roaminggebühren abgeschreckt, die insbesondere deutsche Mobilfunkanbieter berechnet haben. Viele EU-Bürger freuten sich daher auf den 15.06.2017, als die Roaminggebühren EU-weit abgeschafft wurden und das »roam like at home«-Prinzip wirksam wurde. Mit Geltung der Roaming-Verordnung (EU) 2015/2120 können Mobilfunktarife im EU-Ausland nun zu den gleichen Konditio-

technische Infrastruktur bereit, über die private Nutzer wie auch Unternehmen kommunizieren, kaufen und verkaufen können. Insbesondere kleine Unternehmen profitieren durch die große Reichweite der Plattformen, durch die sie schnell und einfach große Märkte erschließen können. Aufgrund ihrer Größe ist es Betreibern dieser Plattformen möglich geworden, auf den Markt und mittelbar auch auf das Verhalten ihrer Nutzer einzuwirken. Die Kriterien, nach denen etwa eine Suchmaschine die Reihenfolge der Ergebnisse bestimmt, bleiben geheim, sodass der Nutzer dem Betreiber vertrauen

Abbildung 1
Die »Digital Single Market«-Strategie der EU veranschaulicht als Schaubild. Zu finden unter: <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/policies/shaping-digital-single-market>

Abbildung 2
Einkaufen im Internet gehört heute zum Alltag vieler Menschen dazu.
Foto: pixelio


Dipl.-Jur. Michael Nicolai

Jahrgang 1990, ist seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Christian Heinze, LL.M. (Cambridge) am Institut für Rechtsinformatik. Seine Forschungsinteressen liegen im Urheberrecht mit Schwerpunkt Digitalität sowie im Haftungsrecht der Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft. Kontakt: nicolai@iri.uni-hannover.de


Dipl.-Jur. Gabriel Prado Ojea

Jahrgang 1989, ist seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Christian Heinze, LL.M. (Cambridge) am Institut für Rechtsinformatik. Sein Forschungsinteresse liegt insbesondere in den Auswirkungen der Digitalisierung auf das Patentrecht. Kontakt: prado@iri.uni-hannover.de


Prof. Dr. Christian Heinze, LL.M. (Cambridge)

Jahrgang 1976, ist seit 2014 Professor am Institut für Rechtsinformatik an der Juristischen Fakultät der Leibniz Universität. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind das Recht des geistigen Eigentums, das Bürgerliche Recht und das Internationale Privat- und Verfahrensrecht. Kontakt: heinze@iri.uni-hannover.de

muss. Doch auch Unternehmen können durch Plattformen beeinträchtigt werden. Sperrt der Plattformbetreiber Unternehmen aus oder senkt die Suchmaschine die Platzierung eines Anbieters, so kann dies existenzvernichtend sein, denn immerhin 82 Prozent der befragten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) verlassen sich bei der Vermarktung ihrer Leistungen auf Suchmaschinen. Rund 66 Prozent gaben an, die Position in den Suchergebnissen habe erhebliche Auswirkungen auf ihren Absatz. Auch die Bevorzugung eigener Produkte und Dienstleistungen durch die Plattformbetreiber steht zu befürchten. Für einen gut funktionierenden, vertrauenswürdigen digitalen Binnenmarkt spielen Online-Plattformen daher eine zentrale Rolle und sollten klaren Regeln unterworfen werden.

Immer wieder umstritten ist dabei die Verantwortung der Plattformen, insbesondere von sozialen Netzwerken, für die Aktivitäten ihrer Nutzer. Online-Plattformen zeichnen

sich im Regelfall dadurch aus, dass sie die technische Infrastruktur – also die Plattform – bereitstellen. Sie sind daher grundsätzlich neutral. Dementsprechend haften sie für illegale Inhalte grundsätzlich erst dann, wenn sie Kenntnis von diesen erlangt haben. Ob ein Inhalt aber gelöscht wird, richtet sich nach unterschiedlichen nationalen Vorschriften und ist oft abhängig von einer komplizierten Abwägung zwischen gegenläufigen Rechten und Interessen. Löschen die Betreiber nicht, sehen sie sich möglicherweise Klagen, Bußgeldern und Strafverfahren gegenüber. So besteht für sie der Anreiz, im Zweifel zu löschen und damit auch rechtmäßige Inhalte zu beeinträchtigen, was geeignet ist, das Vertrauen der Nutzer in Plattformen und damit den digitalen Markt zu erschüttern. Einheitliche Regelungen sollen deswegen Haftungsfragen vorhersehbar machen und so die Rechtssicherheit stärken. Die Kommission hat hier einen engeren Kontakt der Betreiber mit den zuständigen nationalen Behörden einer-

seits und besonders vertrauenswürdigen Einrichtungen (zum Beispiel Meldestellen von Interpol oder INHOPE) andererseits vorgeschlagen. Auch soll die Meldung von illegalen Inhalten durch Nutzer möglichst leicht und benutzerfreundlich gestaltet sein. Besonders umstritten ist, ob und in welchem Umfang Plattformen künftig nicht nur reaktiv gemeldete Rechtsverletzungen abstellen müssen, sondern auch präventiv durch sogenannte Upload-Filter das Einstellen illegaler Inhalte von vorneherein verhindern sollen. Hier soll eine Einspruchsmöglichkeit für betroffenen Nutzer eingerichtet werden, um mögliche Fehler beim Filtern berichtigen zu können. Das Vorgehen und die Prozesse einer Plattform sollen schließlich verständlich in ihren Nutzungsbedingungen erklärt und die Ergebnisse der Maßnahmen in einem Transparenzbericht veröffentlicht werden.

Viele der von der Europäischen Union auf dem Gebiet des digitalen Binnenmarkts vorgeschlagenen und teilweise bereits umgesetzten Regeln berühren das Leben der Bürger unmittelbar. Allerdings sind es bisher nicht viel mehr als erste Schritte, wie auch der Halbzeitbericht der EU-Kommission zur Strategie (COM/2017/0228 final) deutlich macht. Das Ziel eines effektiven, vertrauenswürdigen und für alle zugänglichen digitalen Binnenmarkts ist ambitioniert, aber es ist es wert, sich darum zu bemühen.



ZQS

Schlüsselkompetenzen



Region Hannover

11
102
1004

Leibniz
Universität
Hannover

>> Ihre Erfahrung zählt!

Sie arbeiten in führender Position in einem Unternehmen der Region Hannover? Sie haben selbst studiert und möchten Ihre beruflichen Erfahrungen gerne weitergeben?

Das freut uns! Als Mentorin/Mentor haben Sie die Möglichkeit, Studierende aus dem In- und Ausland auf ihrem persönlichen Weg in den Beruf aktiv zu begleiten. Im gegenseitigen Austausch profitieren Sie von Einblicken in die Leibniz Universität Hannover ebenso wie von neuen Kontakten zu weiteren Mentorinnen/Mentoren aus der Region.

- >> Persönliches 1:1-Mentoring
- >> Netzwerkveranstaltungen
- >> Sechsmonatige Tandemphase

Mentoring für den
Berufseinstieg
für Studierende aus
dem In- & Ausland



Wir suchen Mentorinnen/Mentoren...

- >> aus allen Branchen und Unternehmensgrößen
- >> aus Unternehmen und wirtschaftsnahen Einrichtungen
- >> aus allen Fachabteilungen
- >> mit akademischem Hintergrund
- >> mit mindestens fünf Jahren Berufserfahrung und Führungsverantwortung
- >> mit Interesse am Austausch mit Studierenden

Speziell für internationale Studierende gerne mit...

- >> Auslandserfahrungen
- >> Fremdsprachenkenntnissen
- >> Offenheit für andere Kulturen

Next Step ist eine Kooperation zwischen der ZQS/Schlüsselkompetenzen der Leibniz Universität Hannover sowie der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Region Hannover.

www.sk.uni-hannover.de/mentoring



Langfristig stabil und im Gleichgewicht?

EIN BLICK AUF DIE ENTWICKLUNG DER ZINSSÄTZE DER EUROLÄNDER

Seit 16 Jahren ist der Euro offizielles Zahlungsmittel. Ein Kriterium bei der Einführung des Euro war – neben der Stabilität der öffentlichen Haushalte und des Preisniveaus – die Stabilität der langfristigen Zinsen. Eine Wissenschaftlerin und zwei Wissenschaftler vom Institut für Statistik an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zeigen, dass sich die Zinsen der Euroländer schon lange vor der Eurokrise nicht im Gleichgewicht befunden haben.

Bereits seit den 1970er Jahren gab es die Idee einer europäischen Gemeinschaftswährung, um den Handel zwischen Mitgliedsstaaten der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu erleichtern. Aus vielfältigen Gründen wie dem Zusammenbruch des internationalen Währungssystems von Bretton-Woods oder den Folgen der Ölkrise, die in vielen europäischen Staaten zu wirtschaftlicher Stagnation bei gleichzeitig hoher Inflation geführt hat, konnte das Projekt aber nie umgesetzt werden. Erst 1990 wurde mit der Einführung des freien Kapitalverkehrs innerhalb der europäischen Union ein erster Schritt zu einer gemeinsamen Währung gegangen. Dieser mündete dann 1999 in der Einführung des Euros als sogenanntes Buchgeld in elf Ländern und drei assoziierten Ländern der europäischen Union. Damit war der Wechselkurs der nationalen Währungen zum Euro und damit auch untereinander unverrückbar festgelegt. 2001 wurde Griechenland als weiteres Land in den Euroraum aufgenommen. Seit dem Jahr 2002 existiert der Euro auch als Bargeld und hat die nationalen Währungen als offizielles Zahlungsmittel in den Mitgliedsstaaten des Euroraums abgelöst.

Im Vertrag von Maastricht 1992 wurden einige Kriterien



festgeschrieben, die ein Staat erfüllen musste, um den Euro als Währung einführen zu dürfen. Bekanntermaßen betreffen diese Konvergenzkriterien die Stabilität der öffentlichen Haushalte und des Preisniveaus. Ein weiteres Kriterium forderte aber zusätzlich die Stabilität der langfristigen Zinsen. Dieses Kri-

terium ist von Bedeutung, um eine Integration der Märkte der teilnehmenden Länder zu gewährleisten.

Insbesondere die ersten beiden Konvergenzkriterien waren lange Gegenstand der öffentlichen Diskussion und es ist bekannt, dass insbesondere die Kriterien zur Stabili-

Abbildung 1
Die von Ottmar Hoerl geschaffene Skulptur des Eurozeichens vor der Zentrale der Europäischen Zentralbank (EZB).

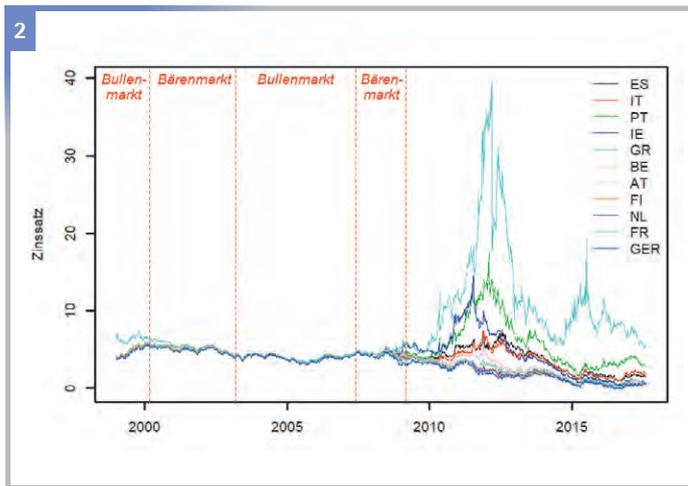
Foto: picture alliance / dpa Themen-dienst

tät der öffentlichen Haushalte von zahlreichen Ländern des Euroraums wiederholt nicht eingehalten worden sind. Es ist auch unstrittig, dass seit der europäischen Staatsschuldenkrise 2010 alle drei Konvergenzkriterien von mehreren Euroländern nicht eingehalten werden.

Wenig bis gar nicht untersucht ist die Frage, inwieweit das dritte Konvergenzkriterium

Weiteren »Krisen-Länder«). Gemessen werden die langfristigen Zinsen über die Preise von Staatsanleihen der jeweiligen Länder. Luxemburg ist in unserer Untersuchung nicht vertreten, da die Entwicklung der langfristigen Staatsanleihen auf Grund der Größe des Landes nur schwer messbar ist. Die Entwicklung der langfristigen Zinssätze dieser Länder findet sich in *Abbildung 1*.

Wie gesagt scheinen die langfristigen Zinsen für die anderen Länder seit der Euroeinführung bis zur Finanzkrise eng beieinander zu liegen. Nun bedeutet eng beieinander liegen aber nicht, dass sich die Zinsen in einem Gleichgewichtszustand befinden. Von einem Gleichgewichtszustand würde man sprechen, wenn die Verhältnisse der langfristigen Zinsen zweier Länder um einen festen Wert schwanken



eines stabilen langfristigen Zinssatzes vor der europäischen Staatsschuldenkrise 2010 eingehalten worden ist. Vielmehr ist die gängige, aber nicht wirklich überprüfte Vermutung, dass sich die Zinsen der Euroländer in einem langfristigen Gleichgewicht befunden haben. Der Frage, inwiefern diese Vermutung zutreffend ist, wird in diesem Aufsatz nachgegangen.

Dazu untersuchen wir mit modernen statistischen Methoden die langfristigen Zinssätze derjenigen Staaten, die mit Einführung des Bargelds 2002 Mitglied des Euroraums waren. Namentlich sind dies Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Niederlande, Österreich (im Weiteren »Nicht-Krisen-Länder«) sowie Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien (im

Man erkennt gut, dass sich mit Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise 2010 die langfristigen Zinssätze der Euroländer völlig unterschiedlich verhalten. Dies ist bekannt und es ist klar, dass auch das Konvergenzkriterium bezüglich der langfristigen Zinssätze seit dieser Zeit nicht eingehalten wird. Seit der Einführung des Euro und bis zur Finanzkrise hingegen scheinen die langfristigen Zinssätze auf den ersten Blick nah beieinander zu liegen. Die einzige Ausnahme hier ist Griechenland. Auf Grund der Historie Griechenlands im Euro ist es aber nicht verwunderlich, dass das Land eine Sonderstellung einnimmt. Wir wollen dem bei unserer Untersuchung kein größeres Gewicht beimessen und uns vielmehr auf die anderen Länder konzentrieren.



würden in dem Sinn, dass sie bei Abweichungen von diesem Gleichgewichtswert sehr schnell wieder zu dem Gleichgewicht zurückkommen.

Statistisch misst man Gleichgewichtsbeziehungen über das Konzept der Kointegration. Für die Entwicklung dieses Ansatzes erhielten Clive Granger und Robert Engle im Jahr 2003 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Da die langfristigen Zinsen eine starke langfristige Abhängigkeitsstruktur aufweisen, ist dieser Ansatz in unserem Fall nur dank aktueller Modifikationen anwendbar.

Wendet man dieses Konzept der Kointegration auf die langfristigen Zinssätze der Eurostaaten vor der europäischen Schuldenkrise an, so zeigt sich, dass die geforderte

Abbildung 2
Zinssätze der EMU Staatsanleihen mit einer Einteilung in Bullen- und Bärenmärkte
Quelle: Institut für Statistik, Leibniz Universität Hannover

Abbildung 3
EUROSTOXX 50 Index und die daraus abgeleitete Einteilung in Bullen- und Bärenmärkte
Quelle: Institut für Statistik, Leibniz Universität Hannover



Dr. Christian Leschinski

Jahrgang 1987, ist seit 2016 akademischer Rat am Institut für Statistik. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Zeitreihenanalyse und empirischen Finanzmarktforschung. Kontakt: leschinski@statistik.uni-hannover.de



M.Sc. Michelle Voges

Jahrgang 1993, promoviert seit 2016 am Institut für Statistik. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Zeitreihenanalyse. Kontakt: voges@statistik.uni-hannover.de



Prof. Dr. Philipp Sibbertsen

Jahrgang 1972, ist seit 2005 Direktor des Instituts für Statistik an der Leibniz Universität Hannover. Er ist Mitglied des Vorstands der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Zeitreihenanalyse und der Finanzökonometrie. Kontakt: sibbertsen@statistik.uni-hannover.de

Gleichgewichtsbeziehung auch bereits lange vor der europäischen Staatsschuldenkrise nicht existierte.

Interessant ist zu sehen, was passiert, wenn man die Zinsreihen in die Zeitabschnitte sogenannter Bullen- und Bärenmärkte unterteilt. Von einem Bullenmarkt spricht man, wenn die Aktienkurse über längere Zeit hinweg steigen, und von einem Bärenmarkt, wenn sie für eine längere Zeit fallen. Die Phasen identifiziert haben wir mittels der Zyklen des europäischen Aktienindex EUROSTOXX 50. Dies ist in *Abbildung 2* zu erkennen.

Führt man die gleiche Untersuchung getrennt für Bullenmärkte und Bärenmärkte durch, so zeigt sich, dass die langfristigen Zinsen in guten Zeiten in der Tat um ein langfristiges Gleichgewicht geschwankt haben, dies aber während schlechter Zeiten am Aktienmarkt nicht mehr galt. Offenbar hat die Einführung des Euros also unabhängig von der europäischen Schuldenkrise nicht dazu geführt,

dass sich die Zinssätze der Teilnehmerstaaten langfristig anpassen und im Gleichgewicht befinden. Vielmehr funktionierte dieser Mechanismus nur in Zeiten eines Aufschwungs an den Finanzmärkten.

Offenbar verlassen die langfristigen Zinsen ihr Gleichgewicht bei einem steigenden Risiko auf dem Aktienmarkt, das einen wirtschaftlichen Abschwung indiziert. Eine ökonomische Erklärung hierfür ist, dass in wirtschaftlich schlechten Zeiten nicht nur das Risiko am Aktienmarkt steigt, sondern auch das Ausfallrisiko von Ländern und damit von deren Staatsanleihen. Offenbar waren die Marktteilnehmer nicht der Auffassung, dass durch die Einführung des Euros dieses Ausfallrisiko für die Mitgliedsstaaten des Euros angeglichen worden ist. Vielmehr wurden weiterhin Unterschiede zwischen den Staaten ausgemacht. In wirtschaftlich guten Zeiten spielt das Ausfallrisiko der Staaten hingegen nur eine untergeordnete Rolle. Diese unterschiedliche Bewer-

tung der Eurostaaten insbesondere in Bärenmärkten führte zu unterschiedlichen Entwicklungen in den langfristigen Zinsen auch vor Ausbruch der europäischen Staatsschuldenkrise. Es bleibt damit festzuhalten, dass das Kriterium einer Konvergenz der langfristigen Zinsen auch vor der europäischen Staatsschuldenkrise regelmäßig nicht eingehalten worden ist. Das Ziel einer Marktintegration der Euroländer ist somit seit Beginn der Euroeinführung nicht erreicht worden.

Kannegiesser®

TECHNIKPARTNER DER WÄSCHEREI

Wir sind ein Maschinenbauunternehmen mit 1.750 Mitarbeitern und beliefern weltweit Großwäschereien mit der kompletten Welt industrieller Wäschereitechnik.



Softwareentwickler (m/w) Automatisierungstechnik für unseren Standort Sarstedt bei Hannover **Job-ID 1876407**

Ihre Aufgaben

- Entwicklung von SPS-Software für Transportsysteme im Wäschereibetrieb
- Mitarbeiter bei der Weiterentwicklung und Standardisierung von Funktionen unserer Transportkomponenten
- Auslegung von Hardwarekomponenten
- Definition und Entwicklung von Testumgebungen für neue Hardwarekomponenten
- Abstimmung mit Fertigungs- und Entwicklungsbereichen
- Inbetriebnahme von Transportanlagen beim Kunden
- Unterstützung des Kundendienstes

Ihr Profil

- Studium der Elektrotechnik / Automatisierungstechnik oder vergleichbare Qualifikation, mindestens jedoch Weiterbildung zum/zur staatlich geprüften Techniker/in Elektrotechnik
- Gute Grundlagenkenntnisse der Elektrotechnik
- Englische Sprachkenntnisse
- Teamgeist und gute Kommunikationsfähigkeit
- Freude am eigenverantwortlichen Handeln
- Bereitschaft zu gelegentlicher Reisetätigkeit

Wir bieten

- Spannende und verantwortungsvolle Aufgaben in einem jungen, agil arbeitenden Team
- Flache Hierarchien in einem Familienunternehmen
- Attraktive Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge
- Flexible Arbeitszeitmodelle
- Maßgeschneiderte Weiterbildungskonzepte

Profitieren Sie von den Vorzügen eines international aufgestellten Familienunternehmens und lernen Sie die Welt der industriellen Wäschereitechnik kennen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Dann freuen wir uns auf Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen mit Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins.

Für Rückfragen

steht Ihnen gern Frau Tanja Thiedig unter der Telefonnummer 057 33 / 12-82 28 zur Verfügung.

Herbert Kannegiesser GmbH Kannegiesserring · 32602 Vlotho · Tel.: 057 33 / 12-0 · Fax: 057 33 / 12-82 23
E-Mail: job@kannegiesser.de · www.kannegiesser.de



Ashfield

CAREER UPGRADE IN PHARMA?

Möchten Sie...

-  ... neue Leute treffen?
... in der Pharma- & Healthcarebranche Ihr Talent einsetzen?
-  ... Karrierechancen sowohl beim Kunden als auch in der Ashfield-Division nutzen?
-  ... in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis arbeiten?
... sich Ihre Arbeitszeiten einteilen?

 jobs.ashfieldhealthcare.de **Dann kommen Sie zu uns!**

Personalia und Preise

BERUFUNGEN

Rufe an die Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. **Oliver Brand**, Universität Mannheim, hat den Ruf auf die W3-Professur für Bürgerliches Recht und Versicherungsrecht erhalten.

Prof. Dr. **Nadja-Carola Bigall**, Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie, hat den Ruf auf die W3-Professur für Funktionale Nanostrukturen angenommen.

Prof. Dr. **Lena Dräger**, Universität Hamburg, hat den Ruf auf die W3-Professur für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Geld und internationale Finanzwirtschaft angenommen.

Prof. Dr.-Ing. **Hans-Josef Endres**, Hochschule Hannover, hat den Ruf auf die W3-Professur für Kunststofftechnik angenommen.

Prof. Dr. **Julia Gillen**, Philosophische Fakultät der Leibniz Universität Hannover, hat den Ruf auf die W3-Professur für Berufspädagogik: Organisations- und Qualitätsentwicklung in der beruflichen Bildung angenommen.

Prof. Dr. **Judith Kreyenschmidt**, Hochschule Geisenheim, hat den Ruf auf die W2-Professur für Lebensmittelwissenschaft/Lebensmitteltechnologie abgelehnt.

Dr. **Cornelia Lee-Thedieck**, Karlsruher Institut für Technologie, hat den Ruf auf die W3-Professur für Zellbiologie angenommen.

Jun.-Prof. Dr. **Andreas Nehring**, Naturwissenschaftliche Fakultät der Leibniz Universität Hannover, hat den Ruf auf die W2-Professur für Didaktik der Naturwissenschaften mit dem Schwerpunkt Chemiedidaktik angenommen.

Prof. Dr. **Philipp Theison**, Universität Zürich, hat den Ruf auf die W3-Professur für Deutsche Literatur mit dem Schwerpunkt Kultur- und Wissensgeschichte erhalten.

Dr. **Andreas Wachter** hat den Ruf auf die W3-Professur für Pflanzenphysiologie erhalten.

Rufe nach außerhalb

Prof. Dr. **Susanne Beck** hat den Ruf auf die W3-Professur für Strafrecht und Strafprozessrecht im Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Frankfurt a.M. erhalten.

Prof. Dr. **Nadja-Carola Bigall**, Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie, hat den Ruf auf die W3-Professur für Physikalische Chemie der Nanomaterialien im Fachbereich Mathematik und Naturwissenschaften der Universität Kassel abgelehnt.

Prof. Dr. **Julia Gillen**, Philosophische Fakultät der Leibniz Universität Hannover, hat einen Ruf auf die W3-Profes-

sur für Berufspädagogik an der TU Dresden erhalten und abgelehnt.

Prof. Dr. **Ghislain Fourier**, Institut für Algebra, Zahlentheorie und Diskrete Mathematik, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl B für Mathematik (W3) an der RWTH Aachen erhalten.

Prof. Dr.-Ing. **Sami Haddadin** hat einen Ruf auf eine W3-Professur für »Robotik und Systemintelligenz« an der Technischen Universität München angenommen.

Prof. Dr. **Emil Wiedemann**, Institut für Angewandte Mathematik, hat den Ruf auf die W3-Professur für Angewandte Analysis in der Fakultät Mathematik und Wirtschaftswissenschaften der Universität Ulm angenommen.

Prof. Dr. **Torsten Wilholt** hat den Ruf auf die W3-Professur für Philosophie mit einem Schwerpunkt in der Theoretischen Philosophie der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen abgelehnt.

Juniorprofessuren

Dr.-Ing. **Amir Ebrahimi**, Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, wurde mit Wirkung zum 16. November 2017 in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von drei Jahren zum Juniorprofessor ernannt.

Dr.-Ing. **Jens Friebe**, Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, wurde mit Wirkung

Studium fertig? Bleiben Sie in Kontakt!

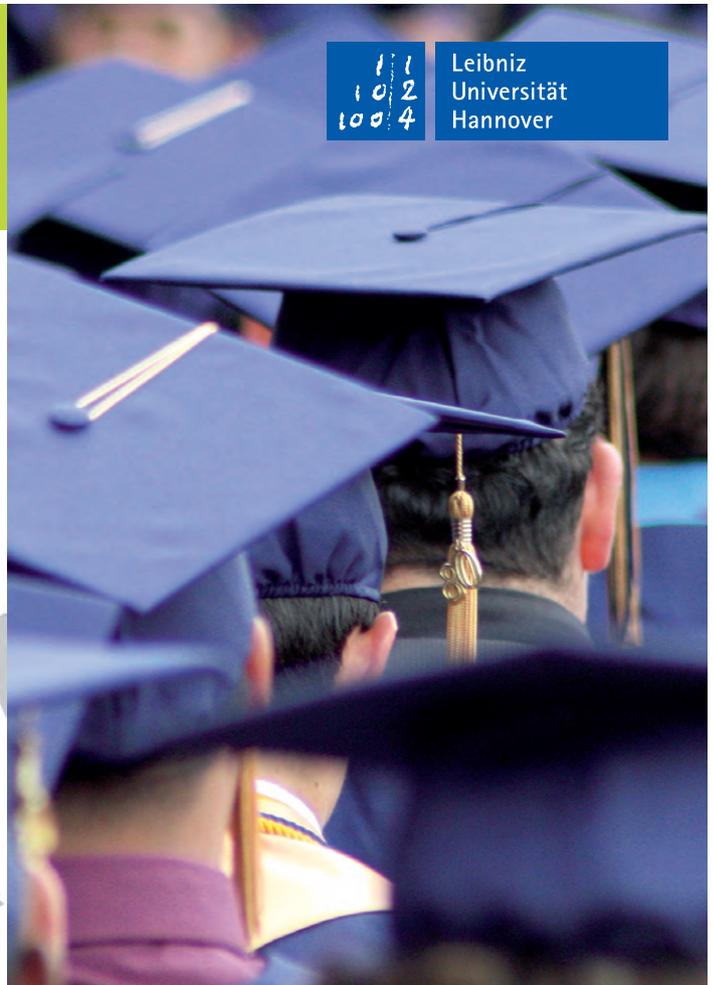
Das Studium ist vorbei, doch die Studienzeit bleibt.
Nutzen Sie unsere Angebote.

**Profitieren Sie vom Alumninetzwerk.
Jetzt anmelden:**

www.uni-hannover.de/alumni



AlumniCampus der Leibniz Universität Hannover
Das Netzwerk für alle Ehemaligen



11
102
1004

Leibniz
Universität
Hannover

TUM School of Management
Technical University of Munich

TUM



**AT TUM CAMPUS
HEILBRONN***

www.wi.tum.de

TUM School of Management

**MASTER IN
MANAGEMENT***

for engineers and natural scientists

**MASTER IN
MANAGEMENT &
INNOVATION***

for young professionals

*Subject to approval by the Bavarian State
Ministry of Science and the Arts



Teil werden. Bildung fördern. Zukunft gestalten.

Werden Sie als Mitglied der Universitätsgesellschaft auch Teil der Universität und unterstützen mit uns Studierende und Lehrende.

- Wissenschaftliche Projekte
- Stipendien
- Auszeichnung hervorragender wissenschaftlicher Leistungen
- Vorlesungsreihen

Weitere Informationen unter
www.leibniz-universitaetsgesellschaft-hannover.de

Mitmachen und sich engagieren.

Hiermit beantrage ich die **Mitgliedschaft** in der Leibniz Universitätsgesellschaft Hannover e.V. als

persönliches Mitglied Unternehmen / Körperschaft

Name, Vorname, Titel / Bei Unternehmen / Körperschaften: Ständige/r Vertreter/in

Unternehmen / Körperschaft

Geburtsdatum

Beruf / Tätigkeit

Straße, Nr.

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Jahresbeitrag (Mindestbeitrag EUR 50,00 p.a.)



Formular bitte schicken an: Leibniz Universitätsgesellschaft Hannover e.V.,
Wilhelm-Busch-Straße 4, 30167 Hannover

Bei Fragen und Kontakt: 0511 762-19112

E-Mail info@universitaetsgesellschaft.uni-hannover.de

SEPA-Lastschriftmandat (Typ: Wiederkehrende Zahlung)

Name, Vorname (Kontoinhaber/in)

IBAN

BIC

Gläubiger-Identifikationsnummer der Leibniz Universitätsgesellschaft e.V.
Hannover: DE57ZZZ00001107847

Ich ermächtige den Zahlungsempfänger Leibniz Universitätsgesellschaft Hannover e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Zahlungsempfänger Leibniz Universitätsgesellschaft Hannover e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ort, Datum, Unterschrift

zum 1. Januar 2018 in das Beamtinnenverhältnis auf Zeit für die Dauer von drei Jahren zum Juniorprofessor ernannt.

Ernennung zur Universitätsprofessorin / zum Universitätsprofessor

Prof. Dr. **Sandra Buchholz**, Philosophische Fakultät, wurde mit Wirkung vom 1. April 2018 als Universitätsprofessorin der Leibniz Universität Hannover eingestellt.

Prof. Dr. **Lena Dräger**, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, wurde mit Wirkung zum 1. April 2018 zur Universitätsprofessorin der Leibniz Universität Hannover ernannt.

Prof. Dr. **Christian Mikutta**, Naturwissenschaftliche Fakultät, wurde mit Wirkung zum 1. Februar 2018 zum Universitätsprofessor der Leibniz Universität Hannover ernannt.

Prof. Dr. **Katharina Müller**, Philosophische Fakultät, wurde mit Wirkung zum 1. Februar 2018 zur Universitätsprofessorin der Leibniz Universität Hannover ernannt.

Prof. Dr. **Andreas Nehring**, Naturwissenschaftliche Fakultät, wurde mit Wirkung zum 1. Februar 2018 zum Universitätsprofessor der Leibniz Universität Hannover ernannt.

Dr. **Lysann Zander**, Philosophische Fakultät, wurde mit Wirkung zum 1. März 2018 zur Universitätsprofessorin der Leibniz Universität Hannover ernannt.

Ernennung zur Universitätsprofessorin / zum Universitätsprofessor auf Zeit

Prof. Dr. **Christian Becker**, Juristische Fakultät, wurde

mit Wirkung zum 5. Dezember 2017 zum Universitätsprofessor für die Dauer von fünf Jahren der Leibniz Universität Hannover ernannt.

Verleihung des Titels »Außerplanmäßige Professorin / Außerplanmäßiger Professor«

Dr.-Ing. **Bernd Geck**, Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, wurde mit Wirkung zum 9. Februar 2018 die Befugnis verliehen, den Titel »Außerplanmäßiger Professor« zu tragen.

Dr.-Ing. habil. **Kirsten Weide-Zaage**, Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, wurde mit Wirkung zum 15. November 2017 die Befugnis verliehen, den Titel »Außerplanmäßige Professorin« zu tragen.

Bestellung zur Honorarprofessorin / zum Honorarprofessor

Dr.-Ing. **Jochen Bredemeyer**, Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, wurde mit Wirkung zum 9. Februar 2018 zum Honorarprofessor der Leibniz Universität Hannover bestellt.

Dr.-Ing. **Matthias Narroschke**, Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, wurde mit Wirkung zum 9. Februar 2018 zum Honorarprofessor der Leibniz Universität Hannover bestellt.

Dr.-Ing. **Roman Schwartz**, Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, wurde mit Wirkung zum 31. Mai 2018 zum Honorarprofessor der Leibniz Universität Hannover bestellt.

EMERITIERUNG UND RUHESTAND

Prof. **Michael Erich Wilhelm Braum**, Fakultät für Architek-

tur und Landschaft, trat mit Ablauf des 28. Februar 2018 in den Ruhestand.

Prof. Dr. **Harald Gropengießer**, Naturwissenschaftliche Fakultät, trat mit Ablauf des 31. März 2018 in den Ruhestand.

Prof. Dr.-Ing. **Christian Müller-Schloer**, Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, trat mit Ablauf des 31. März 2018 in den Ruhestand.

Prof. Dr.-Ing. **Karl-Heinz Rosenwinkel**, Fakultät für Bauingenieurwesen und Geodäsie, trat mit Ablauf des 31. März 2018 in den Ruhestand.

Prof. Dr.-Ing. **Albert Schmid-Kirsch**, Fakultät für Architektur und Landschaft, trat mit Ablauf des 31. März 2018 in den Ruhestand.

Prof. Dr. **Beate Wagner-Hasel**, Philosophische Fakultät, trat mit Ablauf des 31. März 2018 in den Ruhestand.

BEENDIGUNG DES DIENSTVERHÄLTNISES

Beendigung des Dienstverhältnisses als Juniorprofessor/in

Prof. Dr. **Susan Steiner**, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, wurde mit Ablauf des 28. Februar 2018 auf eigenen Antrag aus ihrem Dienstverhältnis als Juniorprofessorin entlassen.

VERSTORBEN

Wissenschaftlicher Rat Prof. Dipl.-Ing. **Horst Gustav Adolf Kütke**, ehemals Fakultät für Architektur und Landschaft, verstarb am 12. März 2018 im Alter von 90 Jahren.

Prof. em. Dr.-Ing. **Carl Franz Seyfried**, ehemals Fakultät

für Bauingenieurwesen und Geodäsie, verstarb am 28. November 2017 im Alter von 92 Jahren.

PREISE UND AUSZEICHNUNGEN

Studierende, Absolventinnen und Absolventen der Leibniz Universität Hannover wurden am 6. Februar mit dem Preis des Präsidiums 2018 für exzellente Leistungen ausgezeichnet. Insgesamt 20 Studierende aus neun Fakultäten wurden benannt: **Stefanie Rötmeier**, Fakultät für Architektur und Landschaft, **Eileen Wystub**, Fakultät für Bauingenieurwesen und Geodäsie, **Sönke Südbeck** und **Tobias Nießen** von der Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, **Felix Lücke** und **Lisa Marie Gruhl** von der Juristischen Fakultät, **Mathias Tantau**, **Mathäus Winkler** und **Alexander Oleff** von der Fakultät für Maschinenbau, **Simon Brennecke**, Fakultät für Mathematik und Physik, **Chris Daniel Rosendahl**, **Anne Schmitz** und **Stephanie Mittrach** von der Naturwissenschaftlichen Fakultät, **Nadine Christine Golenia**, **Henriette Lange**, **Ricarda Darm** und **Armin Wühle** von der Philosophischen Fakultät, **Lukas Berttram**, **Julia Meyer** und **Marc Alexander Kühn** von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Emil Adamczyk, Institut für Quantenoptik, hat seine Ausbildung zum Feinmechaniker als Jahrgangsbester abgeschlossen.

Prof. Dr. **Karsten Danzmann**, Direktor des Instituts für Gravitationsphysik der Leibniz Universität Hannover und am Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik (Albert-Einstein-Institut, AEI) in Hannover wurde mit der Stern-Gerlach-Medaille der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) ausgezeichnet. Die

Stern-Gerlach-Medaille ist die höchste Auszeichnung der DPG für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der experimentellen Physik. Danzmann erhielt die Medaille für seine entscheidenden Beiträge zur Entwicklung von Gravitationswellen-Detektoren. Am 7. März 2018 wurde die goldene Medaille im Rahmen eines Festakts bei der 82. Jahrestagung der DPG in Erlangen verliehen.

Prof. Dr.-Ing. **Berend Denkena**, Institut für Fertigungstechnik und Werkzeugmaschinen an der Fakultät für Maschinenbau, ist im Januar zum Präsident der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Produktionstechnik ernannt worden.

Den zweiten Platz beim academics-Nachwuchspreis 2017 hat Dr. **Sascha Fahl** vom Institut für IT-Sicherheit belegt. Der Preis ehrt junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die mit ihren Forschungsleistungen den jeweiligen Wissenschaftsbereich nachhaltig voran gebracht haben.

Abbildung
Linda Lange mit dem »ALR Hochschulpreis 2017«



Mit einer Ehrenprofessur der Kharkiv National University of Radio Electronics (Ukraine) ist Prof. Dr. **Birgit Glasmacher** ausgezeichnet worden.

Prof. Dr.-Ing. **Sami Haddadin**, Institut für Regelungstechnik, und sein Team erhielten den Deutschen Zukunftspreis 2017. Der Preis des Bundespräsidenten für Technik und Information wurde am 29. November 2017 bekanntgegeben.

Das Präsidium hat Prof. Dr. **Michèle Heurs** und Dr.-Ing. **Lars Panning-von Scheidt** mit dem Preis für exzellente Lehre 2017 ausgezeichnet. In diesem Jahr wurden erstmals zwei Preise vergeben, einer für die Professorinnen und Professoren und einer für die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Michèle Heurs könne »sowohl Vorlesungsinhalte als auch Forschungsthemen verständlich und unterhaltsam präsentieren« und qualifizierte sich darüber hinaus durch ihr Engagement in der Öffentlichkeitsarbeit. Lars Panning-von Scheidt wird besonders für seine Gestaltung und Leitung der Gruppenübungen sowie seinen Einsatz für die Internationalisierung der Lehre gedankt.

Die Studentin **Lucy Icking** aus dem Masterstudiengang Geodäsie und Geoinformatik wurde für ihre fachlichen Leistungen und ihre gesellschaftliches Engagement mit dem Niedersächsischen Wissenschaftspreis ausgezeichnet.

Im Rahmen des von der Niedersächsischen Akademie Ländlicher Raum e.V. erhielt Dr.-Ing. **Linda Lange**, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Umweltplanung, den 1. Preis »ALR Hochschulpreis 2017 – Perspektive Ländlicher Raum Niedersachsen. Herausforderungen. Diskurse. Lösungen« für ihre Disserta-

tion »Multilokalität in ländlich geprägten Räumen Niedersachsens«.

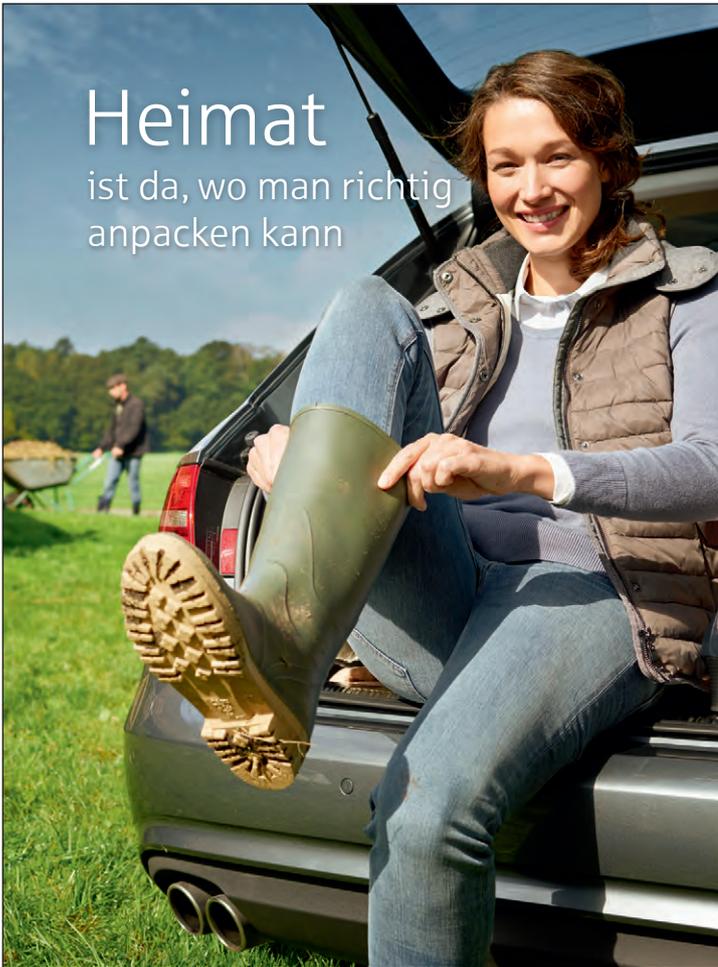
Dr. **Alejandra Omarini**, Research and Transfer Center of Entre Ríos, hat ein Georg-Forster-Forschungsstipendium für erfahrene Wissenschaftler der Humboldt-Stiftung erhalten und ist für 18 Monate zu Gast am Institut für Lebensmittelchemie. Ihr Gastgeber ist Prof.-Ing. Ralf Günther Berger.

Die Gesellschaft für Tribologie (GfT) hat **Felix Konstantin Prigge**, Institut für Maschinenkonstruktion und Tribologie, den GfT-Förderpreis für seine Bachelorarbeit zur numerischen Analyse von primären Verschleißerscheinungen an oszillierend beanspruchten Kugellagern verliehen.

Prof. **Ernst M. Rasel**, Fakultät für Mathematik und Physik, erhielt den Willis Lamb-Award for Laser Physics and Quantum Optics 2018 für seine bahnbrechenden Arbeiten auf dem Gebiet der Erforschung ultra-kalter Atome unter Schwerelosigkeit. Der Preis wird im Rahmen des Winterkolloquiums der Physics of Quantum Electronics Konferenz in Snowbird, Utah, überreicht.

Den Preis der Wissenschaftlichen Gesellschaft Lasertechnik hat Dr.-Ing. **Oliver Suttman** vom Laserzentrum Hannover e.V. für seine Forschung in den Bereichen Faserverbund-, Glas- und Mikrobearbeitung erhalten.

Die Initiative Wissenschaft Hannover hat für das Videoportal **wissen.hannover.de** den FOX AWARD in Gold erhalten. Auf dem Portal informieren die neun hannoverschen Hochschulen, das Studentenwerk, das Frauenhofer ITEM, die Volkswagenstiftung, die hannoverimpuls



Heimat

ist da, wo man richtig anpacken kann

Finden Sie Ihre berufliche Heimat bei der VGH. Sie stehen kurz vor Ihrem Abschluss und brennen darauf, Ihr Wissen anzuwenden? Dann willkommen im Team! Hier ist Ihr Können gefragt, nicht nur hinter dem Schreibtisch, sondern auch vor Ort. Das ist Ihre Chance – packen Sie es an!

Trainee (m/w)

Mit einem Masterabschluss oder gleichwertigem Abschluss in Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften, in Mathematik, Informatik oder Agrarwissenschaften bieten wir Ihnen einen auf Ihre Stärken und Ziele zugeschnittenen Karriereanstieg.

Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Angabe Ihres frühestmöglichen Eintrittstermins über unser Online-Portal unter:

karriere.vgh.de/studenten-absolventen.

VGH Versicherungen

Personalentwicklung
Mirela Dlakic
Telefon: 0511 362-2973
Schiffgraben 4
30159 Hannover
www.vgh.de

fair versichert



Entfalte
deine
Stärken!

Gerne zur Arbeit kommen und nach Feierabend auf einen guten Job zurückblicken?

Die Viscom AG in Hannover schafft die Voraussetzungen dafür – als europäischer Technologieführer für modernste Inspektionssysteme, die in der Elektronikindustrie höchste Qualität garantieren. Unsere Teams im Bereich Entwicklung, Applikation, Fertigung, Vertrieb und Verwaltung bauen wir weiter aus und suchen Verstärkung: Menschen, die die Zukunft mitgestalten wollen und echte Teamplayer sind. Wir bieten eine leistungsgerechte Vergütung, flexible Arbeitszeit, moderne Arbeitsplätze, Kantine, Kinderbetreuung, Gesundheitsförderung, Schulungen und vieles mehr.

Bewirb dich **initiativ** oder auf eines unserer **Stellenangebote** auf www.viscom.de



Wir suchen

Verkaufsleiter (w/m)

So wirst du als Verkaufsleiter erfolgreich:

- Intensive Einarbeitung vom Verkauf über die Filialleitung bis zur Verantwortung eines eigenen Bezirks
- Ein persönlicher Pate, der Dir während der Einarbeitungsphase zur Seite steht
- Training on the Job und regelmäßige Fachseminare entwickeln deine Kompetenzen zielgerichtet weiter

Das bringt dir dein neuer Job:

- Ein überdurchschnittliches Gehalt
- Einen Dienstwagen, den du auch privat nutzen kannst
- Perspektive: Verantwortung für einen Bezirk von bis zu 6 Filialen sowie interne Entwicklungsmöglichkeiten

Überzeuge dich im Rahmen eines Praktikums von 3–6 Monaten, dass sich Lidl lohnt!

Jetzt bewerben auf jobs.lidl.de/verkaufsleiter

GmbH und die Landeshauptstadt über Studium und Forschung in Hannover.

GASTWISSENSCHAFTLERINNEN UND GASTWISSENSCHAFTLER

Dr. **Ahmed Abdalla**, University of Khartoum, Sudan, war vom 1. April 2017 bis zum 31. März 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Erdmessung.

Dr. **Ismail Abdelshafy Abdelhamid**, Cairo University, Ägypten, war vom 1. Juni bis zum 31. August 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Organische Chemie.

Mohammed Al-Saad, University of Basrah, Irak, war vom 1. Dezember bis zum 15. Dezember 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Kommunikationsmechanik.

Prof. Dr. **Elvira Narvaja de Arnoux**, Universidad de Buenos Aires, Argentinien, war vom 1. August bis zum 31. Dezember 2017 Gastwissenschaftlerin am Romanischen Seminar.

Dr. **Anton Ashkelianets**, National Metallurgical Academy of Ukraine, Ukraine, war vom 22. Oktober bis zum 22. November 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Werkstoffkunde.

Prof. Dr. **Hans-Albert Bachor**, Australian National University, Australien, war vom 1. Oktober bis zum 31. Oktober 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Quantenoptik.

Dr. **Pantelis Bampoulis**, Universiteit Twente, Niederlande, ist vom 16. Oktober 2017 bis zum 31. August 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Festkörperphysik.

Dr. **Segey Belov**, Saint-Petersburg State University, Russland, war vom 17. bis zum

21. September 2017 Gastwissenschaftler an der Philosophischen Fakultät.

Dr. **Viacheslav Boiarkin**, National Metallurgical Academy of Ukraine (NMetAU), Ukraine, war vom 23. Oktober bis zum 22. Dezember 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Werkstoffkunde.

Camila Daminello, Conservation Strategy Center, Brasilien, ist vom 1. November 2017 bis zum 30. September 2018 Gastwissenschaftlerin am Institut für Umweltplanung.

Prof. Dr. **Arnaud Durand**, Université Paris VII, Frankreich, war vom 1. Dezember 2017 bis 28. Februar 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Theoretische Informatik.

Dr. **Burkxon Elmuradov**, Uzbekistan Academy of Sciences, Uzbekistan, ist vom 1. Oktober 2017 bis zum 31. März 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Organische Chemie.

Dr. **Hongwei Fan**, Beijing University of Chemical Technology, China, ist vom 4. September 2017 bis zum 31. August 2018 Gastwissenschaftlerin am Institut für Physik, Chemie und Elektrochemie.

Prof. Dr. **Andrea Frisch** ist vom 4. April 2018 bis zum 31. Juli 2019 Gastwissenschaftlerin am Romanischen Seminar.

Dr. **Vasiliev Gennady**, Saint-Petersburg State University, Russland, war vom 17. September 2017 Gastwissenschaftler an der Philosophischen Fakultät.

Dr. **Naveen Gowrapura Halappa**, Chettinad Academy of Research and Education, Indien, war vom 15. Mai 2017 bis zum 31. März 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Sportwissenschaft.

Dr. **Samia Ben Hammouda**, University of Carthage, Tunesien, ist vom 1. November 2017 bis zum 31. Oktober 2019 Gastwissenschaftlerin am Institut für Technische Chemie.

Prof. **Amauri Hassui**, Universidade Estadual de Campinas, Brasilien, ist vom 1. Oktober 2017 bis zum 6. Juni 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Fertigungstechnik.

Prof. **Ke Huang**, State Key Laboratory of Laser Interaction with Matter, China, ist vom 1. Dezember 2017 bis zum 31. Dezember 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Quantenoptik.

Dr. **Adel A. Ismaili**, Najran University, Ägypten, war vom 1. Juli bis zum 30. August 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Technische Chemie.

Dr. **Pekka Jääskeläinen**, Tampereen Teknillinen Yliopisto, Finnland, war vom 1. August 2017 bis zum 31. Januar 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Mikroelektronische Systeme.

Prof. **Mohammadmahdi Jowkar**, Islamic Azad University, Kermanshah Branch, Iran, ist vom 1. Oktober 2017 bis zum 30. September 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Gartenbauliche Produktionssysteme.

Dr. **Andrei Korshunov**, Saint-Petersburg State University, Russland, war vom 8. bis zum 15. Oktober 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Mikroproduktionstechnik.

Dr. **Sebastian Kahn**, Cardiff University, Vereinigtes Königreich, ist vom 1. November 2017 bis zum 1. November 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Gravitationsphysik.

Prof. **Viktorii Kapralov**, Saint-Petersburg State Poly-

technic University, Russland, war vom 13. November bis zum 17. November 2017 Gastwissenschaftlerin am Institut für Mehrphasenprozesse.

Dr. **Gökce Ketizmen Önal**, Anadolu Universitesi, Türkei, ist vom 10. August 2017 bis zum 31. Juli 2018 Gastwissenschaftlerin am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur.

Dr. **Ilya Krasnikov**, Amur State University, Russland, war vom 19. September bis zum 30. November 2017 Gastwissenschaftler am Hannoverschen Zentrum für Optische Technologien.

Dr. **Peter Kraus**, Imperial College London, Vereinigtes Königreich, ist vom 1. Oktober 2017 bis zum 30. September 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Physik, Chemie und Elektrochemie.

Prof. **Alexander Korotkov**, Saint-Petersburg State Polytechnic University, Russland, war vom 5. bis zum 8. November 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Physik, Chemie und Elektrochemie.

Dr. **Zuxiang Lei**, Nanjing University of Science and Technology, China, ist mittels eines Humboldt-Forschungsstipendiats für Postdoktoranden vom 1. Dezember 2017 bis zum 30. November 2019 Gastwissenschaftler am Institut für Statik und Dynamik.

Dr. **Nuo Li**, Chinese Academy of Sciences, China, ist vom 1. Dezember 2017 bis zum 31. Mai 2019 Gastwissenschaftlerin am Institut für Mineralogie.

Dr. **Vera V. Loboda**, Saint-Petersburg State Polytechnic University, Russland, war vom 5. bis zum 8. November 2017 Gastwissenschaftlerin am Institut für Physik, Chemie und Elektrochemie.



Motiviert und neugierig?

Wir suchen Sie! Wachsen Sie mit uns über sich hinaus!

Seit der Etablierung im deutschen Gastransportmarkt baut Gasunie ihre starke Position als zentraler Pfeiler der nordwesteuropäischen Gasdrehscheibe zukunftsorientiert weiter aus.

- ▶ Sie haben Ihr wirtschaftswissenschaftliches, technisches oder naturwissenschaftliches Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen und möchten jetzt mit viel Einsatzwillen den Grundstein für Ihren beruflichen Erfolg in der Energiebranche legen?
- ▶ Wir bieten Ihnen ein anspruchsvolles Aufgabengebiet mit hoher Eigenverantwortung in einem engagierten Team, eingebettet in ein attraktives Vergütungssystem mit umfangreichen betrieblichen Sozialleistungen.

Blieben Sie neugierig! Besuchen Sie unsere Karriereseite unter www.gasunie.de und bewerben sich bei uns! Haben Sie Fragen? Dann nehmen Sie Kontakt auf: Esther.Wigger-Martens@gasunie.de



Wir suchen:

- **Softwareentwickler (m/w)**
- **Systemadministrator Webserver (m/w)**
- **Datenbankadministrator (m/w)**
- **Volljurist (m/w)**
- **Verwaltungsfachwirt (m/w)**

- **Hochschulabsolventen (m/w)**
Fachgebiete Informatik, Mathematik, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften.

- **Praktika und Abschlussarbeiten**
Wir bieten Ihnen Praktikumsplätze im Rahmen der jeweiligen Studienordnung.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an:



KVN

Kassenärztliche Vereinigung
Niedersachsen

**Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen
Unternehmensbereich Personal
Kennwort "Checkpoint Karriere"
Berliner Allee 22, 30175 Hannover**

Dr. **Liliane Meguekam Tekkam**, Université de Yaoundé, Kamerun, war vom 1. Oktober bis zum 1. Dezember 2017 Gastwissenschaftlerin am Institut für Gartenbauliche Produktsysteme.

Dr. **Jing Ming**, Indien, ist vom 17. August 2017 bis zum 31. Dezember 2018 Gastwissenschaftlerin am Institut für Gravitationsphysik.

Dr. **Divna Majstorovic**, University of Belgrad, Serbien, war vom 18. August bis zum 8. September 2017 Gastwissenschaftlerin am Institut für Thermodynamik.

Dr. **Marko Matikainen**, Lappeenranta Teknillinen Yliopisto, Finnland, war vom 1. August bis zum 30. September 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Kontinuumsmechanik.

Carlo Peruzzo, CISM – International Centre for Mechanical Science, Italien, ist vom 1. November 2017 bis zum 30. Juni 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Kontinuumsmechanik.

Dr. **Evgeniy Pyatyshev**, Saint-Petersburg State University, Russland, war vom 8. Oktober bis zum 15. Oktober 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Mikroproduktionstechnik.

Dr. **Saleh Rahimi-Keshari**, Indien, ist vom 1. August 2017 bis zum 31. Januar 2019 Gastwissenschaftler an der Fakultät für Mathematik und Physik.

Dr. **Filippo Ridolfi**, Università degli Studi di Urbino »Carlo Bo«, Italien, ist vom 1. Oktober 2017 bis zum 30. Juli 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Mineralogie.

Prof. **Kenneth Frederick Reardon**, Colorado State University, USA, war vom 1. No-

vember bis zum 31. Dezember 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Technische Chemie.

Dr. **Oleg Remez**, National Metallurgical Academy of Ukraine (NMetAU), Ukraine, war vom 23. Oktober bis zum 24. November 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Werkstoffkunde.

Patricio Rodriguez, Universidad de Cuenca, Ecuador, ist vom 16. September 2017 bis zum 20. September 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Kontinuumsmechanik.

Dr. **Andrey Shoom**, Memorial University of Newfoundland, Kanada, ist vom 1. Oktober 2017 bis zum 1. Oktober 2019 Gastwissenschaftler am Institut für Gravitationsphysik.

Dr. **Avneet Singh**, Indien, ist vom 11. November 2017 bis zum 31. Dezember 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Gravitationsphysik.

Ms. **Shivali Sugandh**, National Institute of Public Finance and Policy, Indien, ist vom 1. Juli 2017 bis zum 28. Februar 2018 Gastwissenschaftlerin am Institut für Technische Chemie.

Dr. **Kadyrbek Sultakeev**, Kirgisistan – Türkiye »Manas« Üniversitesi, Kirgisistan, ist vom 1. Oktober 2017 bis zum 31. Juli 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomie.

Dr. **Hiroki Sato**, University of Tsukuba, Japan, war vom 13. Dezember 2017 bis zum 1. März 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Anorganische Chemie.

Dr. **Willian Batista Silva**, Universität Vicosá, Brasilien, war vom 1. Oktober bis zum 31. Oktober 2017 Gastwissenschaftler am Institut für Pflanzengenetik.

Dr. **Sabrina Sposito**, Università degli Studi di Napoli Federico II, Italien, ist vom 1. Oktober 2017 bis zum 31. Juli 2018 Gastwissenschaftlerin am Institut für Entwerfen und Städtebau.

Dr. **Kirill Tikhonov**, St. Petersburg State University, Russland, war vom 7. November bis zum 8. Dezember 2017 Gastwissenschaftler am Institute for Theoretical Physics.

Prof. **Antonio Topa Gomes**, University of Porto, Portugal, war vom 1. August 2017 bis zum 14. Februar 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Risiko und Zuverlässigkeit.

Dr.-Ing. **Yongkai Yin**, Shandong University, China, ist vom 1. Oktober 2017 bis zum 31. März 2019 Gastwissenschaftler am Institut für Regelungstechnik.

Dr. **Viktor Zakharov**, Saint-Petersburg State Polytechnic University, Russland, war vom 25. bis zum 30. November 2017 Gastwissenschaftler am Fachsprachenzentrum.

Dr. **Bing Zhang**, Harbin Institute of Technology, China, ist vom 15. Oktober 2017 bis zum 15. Oktober 2018 Gastwissenschaftlerin am Institut für Theoretische Physik.

Dr. **Yuanhao Zhang**, Rochester Institute of Technology, USA, ist vom 18. September 2017 bis zum 14. August 2018 Gastwissenschaftler am Institut für Gravitationsphysik.

SONSTIGES

Dr. **Beate Brase**, Fachleiterin für Physik am Niedersächsischen Studienkolleg, ist in den Vorstand der Deutschen Physikalischen Gesellschaft gewählt worden.

Prof. Dr. **Wolfgang Ertmer**, Institut für Quantenoptik,

ist in das Governing Board von Science Europe gewählt worden.

Prof. Dr.-Ing. **Tobias Ortmaier**, Institut für Mechatronische Systeme, ist eines von 26 neu gewählten Mitgliedern von acatec – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften. Die von Bund und Ländern geförderte Akademie berät Politik und Gesellschaft in technologiebezogenen Fragen.



Netzwerke schaffen

Wir bieten Chancen. Sie bringen Potenzial.

In Ihrem Traineeprogramm erhalten Sie Einblick in unsere Systeme und Netzwerke und gestalten Ihre und unsere gemeinsame Zukunft. Schwerpunkte setzen Sie in den Fachbereichen, die Sie am meisten interessieren. Mit Ihnen werden wir als Unternehmen immer erfolgreicher, denn als Profi für übergreifende Funktionen sorgen Sie für vernetzte Menschen und Technik.

Mehr erfahren: f-i.de/Karriere/Studenten-Absolventen

Freiraum für Leistung.



Jetzt starten. Nicht warten.
Hochschul-Praktika sichern.

Mit Hochschul-Partnerschaften schaffen wir Win-Win-Situationen für Studierende, Lehrstühle, Fachbereiche und die NORD/LB als attraktiven, fairen Arbeitgeber. Mehrwerte und Grundlagen für Karriere-Chancen in unserem Haus bieten z. B. Stipendienprogramme, Hochschul-Praktika, Kooperationen mit Bachelor-/Masterthesis, Forschungsprojekte und NORD/LB Alumni. Nach Studienabschluss können **Trainee-Programme** die Möglichkeit eröffnen, erste Verantwortung in einem dynamischen, leistungsorientierten Berufsumfeld zu übernehmen.

Weitere Infos und ausgeschriebene Stellen unter: www.nordlb.de/praktikanten